

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements - Preis primum: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags - Nummer mit illustrierter Sonntags - Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post - Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post - Zeitung - Preisliste für 1898 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inserions - Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins - und Veranlassungs - Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 24. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der jetzige Stand der preussischen Lehrerbefoldung.

Als im Frühling dieses Jahres das preussische Herrenhaus mit jener Nonchalance, wie sie nur den Edelsten und Besten der Nation eigen ist, den Lehrerbefoldungs-Gesetzentwurf, die eingebüßte, spindelbäurige Verkörperung jahrzehntelangen Sehns und Hoffens bingerder Lehrproletariat, mit einem hochmuthigen Lächeln in den Papierkorb fallen ließ, da schwoh den Lehrern denn doch auf einige Zeit der Kamm und verschiedene Lehrereitungen schweigten damals in einem so bisigen Ton, wie sie ihn schon längst nicht mehr gewohnt waren.

Aber bald beruhigten sich die erhitzten Köpfe wieder. Man war ja so lange und so methodisch in die Rolle des geduldig Darstellenden hineingewängt worden, daß es nur einiger lahmher Versicherungen von demnächstigen außerordentlichen Aufwendungen, von der Vorlegung eines „umgearbeiteten Entwurfs“ in nächster Session bedurfte, um die Lehrer wieder „hoffen“ zu lassen.

Dieses unwürdige „Hoffen“! Schon im Jahre 1862 versuchte die damals von dem kürzlich verstorbenen Dresdener Oberschulrath Verhelft redigirte „Allgemeine deutsche Lehrzeitung“ den Muth und die Hoffnungslosigkeit der Lehrer zu lindern durch den Hinweis auf die in der Höhe des deutschen Schulwesens: „Noch ist von keinem fremden Staate unser deutsches Schulwesen übertriften und bis dahin sind noch in keinem die Verhältnisse der Volksschullehrer denen im eigenen Vaterland vorzuziehen. Kein deutscher Lehrer wird Lust in sich verspüren, die deutsche Volksschule mit der französischen zu vertauschen, oder seine deutsche Schulkollegie mit der eines französischen Elementarlehrers zu wechseln.“

Dängt ist auch den deutschen Lehrern schon dieser armselige Trost geraubt. Gerade die Berliner Lehrer hatten neulich durch einen Vortrag eines französischen Seminarlehrers Gelegenheit, einen Blick auf die geistige Höhe des französischen Schulwesens zu thun, der die materielle Höhe ebensbürtig zur Seite steht, und gern würden heutigen Tages vielleicht die deutschen Lehrer ihre mageren Wasserpfeifen mit den gefüllten Pfeifen französischer Lehrer vertauschen.

Im selben Jahre 1862 reichten die Berliner Lehrer bereits eine Petition an das Haus der Abgeordneten, in der sie betreffs der Befoldung ein Minimum von 250 Thalern bei Städten bis zu 6000 Einwohnern, von 300 Thalern bis zu 15000 Einwohnern und von 850 Thalern bei Städten über 15000 Einwohnern, daneben freie Wohnung, resp. Entschädigung verlangten. Außerdem forderten sie Alterszulagen von 50 Thalern nach 10 Jahren, bezw. von 5 zu 5 und von 8 zu 8 Jahren.

Im Jahre 1870 stellte der damalige Referent der Unterrichts-Kommission, Dr. Paur, die auf die Schulfrage bezüglichen Petitionen aus Lehrerkreisen an das Abgeordnetenhaus zusammen. Es waren mehrere Tausend, die nach Paur's Ansprache den Beweis lieferten, „wie übereinstimmend allenthalben in Preußen die materielle Lage der Volksschullehrer eine niederdrückende ist und wie übereinstimmend baldige und ausreichende Hilfe nothwendig.“

Diese Stichproben aus der glänzenden Geschichte der

preussischen Lehrerbefoldung mögen genügen. Man vergleiche damit, was der letzte, als Rettung vor dem Neupersten begrüßte Befoldungsentwurf den Lehrern nach jahrzehntelangen Warten, Hoffen, Tadeln und Entlagen für überwältigende Reichthümer verbieß. So sollte das Anfangsgehalt 720 — sage und schreibe — siebenhundert und zwanzig Mark nebst freier Wohnung, und das nach 32 Dienstjahren erreichte Maximum 1620 M. und Miethentschädigung betragen.

Und diese beschämend niedrigen Sätze, mit denen die Lehrer sich nur gezwungen, nur mit Rücksicht auf ihre ärmsten ostelbischen Kollegen einverstanden erklärt hatten, scheiterten noch an der agrarisch-oberbürgermeisterlichen Verstandlosigkeit des Herrenhauses für die Bedeutung und Würde des Lehrerstandes.

Jetzt, zum Beginn der Landtags Session, geht nun wieder ein allerdings nur trübseliges Säuseln der Hoffnung durch den deutschen „Lehrerzeitungs“-Wald. Jemand ein offiziöser Schnapshahn weiß zu melden, daß die Verhandlungen zwischen dem Kultus- und Finanzministerium über einen neuen Entwurf wieder aufgenommen sind. Und man hat ja schon ein festes Vertrauen zu dem jetzigen Kultusminister, dem großen „Lehrerfreund“ Dr. Hoffe, der bei Lehrereitungen und sonstigen feierlichen Anlässen stets mit so lebenswichtigen Worten oder gar mit einem Lebensbändchen aufwartet, der aber doch nicht einmal die nöthige Energie besaß, um die lumpigen 3/2 Millionen, die zum Zustandekommen des vorigen Entwurfs nothwendig waren, aus dem Finanzminister herauszuschlagen.

Damals schien es, als müsse der Staat gleichzeitig seinen Bankrott anmelden, wenn den Lehrern die 3/2 Millionen bewilligt werden sollten. Um so überraschter darf man in diesen Tagen auf die plötzliche Leistungsfähigkeit desselben Staatsfackels blicken, wenn man vernimmt, daß zur Ausbesserung der Beamtengehälter jetzt mit einem Schlage an die 27 Millionen Mark flüssig sind.

Aber der Lehrer ist doch auch ein Beamter sozusagen! Gewiß, in moralischer Beziehung und insofern, als er keine eigene politische Meinung haben darf. Aber nach der materiellen Seite hin steht es um die Beamten-Qualifikation des Lehrers etwas sehr brüchig. Da zählt man ihn nicht zu den für die Gehaltsausbesserung würdig erachteten mittleren und höheren Beamten, da stellt man ihn isolirt, da verurtheilt man ihn zu der Rolle eines einsamen Tantalus, dem selbst die sauren und angenagten Trauben eines kläglichen Befoldungsgesetzes immer wieder vorenthalten werden.

Es spottet geradezu aller Beschreibung und eine handgreiflichere Verhöhnung des Lehrstandes läßt sich thatsächlich nicht ausfügen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß erst durch das gesammelte Befoldungsgesetz die Lehrer finanziell mit den subalternen Beamten, mit Briefträgern, Weichenstellern, Postiers, Kassenboten, Geizern u. fast gleichgestellt werden sollten, daß die mittleren Beamten wie Rentmeister, Sekretäre, Bahnhofsmeister, Maschinenführer d. d. gl. das zwei-, drei-, ja zehnfache des Lehrergehalts erhalten, daß nichtdestoweniger diese mittleren Beamten jetzt durch die neue Beamtengehälter-Vorlage eine Gehaltsverhöhung von ungefähr je 300 bis 600 M. erhalten sollen, während man die Lehrer durch die Ablehnung des Be-

foldungsgesetzes wieder unter die Briefträger und Weichensteller degradirt hat.

Patheistisch rief auf der letzten Lehrerversammlung in Hamburg ein Redner aus: „Wer erschöpft Geduld und Fähigkeit der deutschen Lehrer! Wahrlich, bei solchen Kraftproben wie das Herrenhaus sich eine leistete, bei solcher grinsenden Verhöhnung der Lehrwürde möchte man glauben, daß von gewissen Seiten geradezu übermenschliche Anstrengungen gemacht werden, um diese Erschöpfung herbeizuführen. Es ist daher als Zeichen des erwachenden Stolzes bei den Lehrern nur anerkennend zu begrüßen, wenn sie sich nunmehr bei dem zu erwartenden neuen Entwurf nicht mit dem Anfangsgehalt von 720 M. begnügen wollen, sondern wenn sie sich auf die in einer früheren Lehrerversammlung in Magdeburg beschlossenen Gehaltsätze, bei denen u. a. das Minimum 1200 M. beträgt, berufen und diese als Ausgangspunkt aller weiteren Verhandlungen betrachtet sehen wollen.“

Es liegt vorläufig noch in erster Linie an den Volksschullehrern selbst, wenn sie so rücksichtslos behandelt werden. So lange sie sich zum gefügigen Trottel der herrschenden Gesellschaft hergeben, so lange sie sich im wahren Sinne des Wortes das Blut auspumpen lassen zu gunsten ihrer agrarischen, nationalliberalen und freisinnigen „Freunde“, nach denen die „Preussische Lehrzeitung“ ängstlich ausschaut, so lange sie sich in lächerlich-ausgeblähter Bornetheit von ihren Leidensgenossen abschließen, so lange das Gefühl für Menschenwürde und Freiheit in ihnen noch nicht zur lodernen Flamme emporgeschlagen ist, so lange werden sie das misachtete „Mädchen für Alles“, wie die „Pädagogische Zeitung“ die Lehrer neulich mit bitterer Selbsterkenntnis nannte, bleiben.

Wächten die Lehrer angesichts der Thatsache: „Wir haben vergeben gehofft und geharrt, Man hat uns geißelt und gesoppt und genarrt“ gelernt haben, daß es ebenso falsch, wie unwürdig und selbsterniedrigend ist, da demüthig zu bitten, wo man zu fordern ein heiliges Recht hat.

Die Schweizerischen Nationalraths - Wahlen.

Zürich, 17. Oktober.
Im Schweizerländli pflegt man bei den Nationalrathswahlen in der Regel recht spät aufzukehen, wenigstens soweit es die Propaganda nach außen hin betrifft. Man will die Karten nicht eben „zu früh“ abgeben. Die Signatur des ganzen Wahlaktes kann man in die Worte zusammenfassen: „Die Schweizerigen.“ Unter der Herrschaft des gegenwärtigen Wahlgesetzes, daß der Mehrheitspartei auf den Leib zugeschnitten ist, sind bedeutende Forderungen geradezu ausgeschlossen. Wenn da und dort etwa ein Mann wechelt, so hat das weiter nichts zu bedeuten.

So leidet der „Grätlianer“ seine heutigen Wahlbetrachtungen ein, die in jeder Beziehung zutreffend sind. Indessen ist doch für die besonders geringe Lebhaftigkeit der diesmaligen Wahlbewegung die vorangegangene überaus lebhaft Referendums-Kampagne um das Eisenbahnrückzahlungs-Gesetz und die zwei anderen Gesetzesvorlagen, welche die Geister auf der ganzen Linie tief aufrüttelte und auseinanderplähen ließ, eine aus-

Rienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen.

Stoman von Edward Dutton Bulwer.
Die Vecchini entfernten sich, die Karre fuhr weiter, und man hörte die Töne der Glöckchen, bis sie nach und nach in der Entfernung verstummten.

Trene nahte sich dem Bette, ihre Hand vor der Lampe haltend. Sie befürchtete, das Geräusch der Eingetretenen habe den Schlaf des Kranken gestört. Aber er bewegte sich nicht, sein Athemholen war kaum bemerkbar, seine abgemagerte Hand lag auf der Decke, sie fühlte seinen Puls, er ging ruhig, sie sah wieder neue Hoffnung, setzte die Lampe fort, und sich in einen Winkel des Zimmers zurückziehend, stellte sie das kleine Kreuz, das sie um den Hals trug, auf einen Tisch und betete zu ihrem Heiland, der selbst gestorben war und während seiner irdischen Leiden gefleht hatte, daß der Kelch vorübergehen möge.

Die Sonne ging auf, nicht wie im Norden, nach und nach die Schatten vertreibend, sondern in der plötzlichen Glorie, mit der in diesen Klimaten der Tag die Erde begrüßt, wie ein Riese, der aus seinem Schlaf erwacht. Ein plötzliches Lächeln, eine Rosengluth — und die Nacht war vorüber. Adrian schief noch, kein Muskel schien sich bewegt zu haben, der Schlaf war vielmehr noch tiefer als zuvor. Die einsame Wächterin wurde durch diese Abspannung, die dem Tode so sehr ähnlich sieht, beunruhigt und erschreckt. Die Zeit verging, der Mittag nahte, noch dauerte der Todesstummer fort. Die Sonne stand hoch am Himmel — der Mönch kam nicht. Als sie jetzt wieder Adrian's Puls fühlte, schien das Blut zu stocken, sie sah ihn verwirrt und athemlos an — nichts Lebendes konnte so still und so bleich sein. War es wirklich Schlaf, sollte es nicht — sie wendete sich ab, ihre Zunge konnte keine Worte finden. Weßhalb blieb der Mönch so lange, sie wollte zu ihm gehen, — sie wollte das schlimmste erfahren, — sie konnte diese schreckliche Ungewißheit nicht länger ertragen. Sie warf einen Blick in das Papier, welches der Mönch ihr gelassen hatte. „Von Sonnenaufgang

an (hieß es darin) bin ich in dem Kloster der Dominikaner zu finden. Der Tod hat manchen unserer Brüder zu sich genommen.“ Das Kloster lag in einiger Entfernung, aber sie wußte den Weg. Sie warf noch einen sorgfamen Blick auf den Schlafenden und eilte aus dem Hause. „Ich werde Dich bald wiedersehen“, flüsterte sie. Ach, welche Hoffnung kann über den Augenblick hinaussehen! Und wer kann wissen, wenn das „Bald“ eintreffen wird.

Kaum hatte Trene das Zimmer verlassen, als Adrian mit einem tiefen Seufzer die Augen aufschlug — ein veränderter und wie neugeborner Mann; das Fieber hatte ihn verlassen, der zurückgekehrte Puls schlug schwach, aber ruhig. Sein Geist gebot wieder seinem Körper, und, obgleich er sich noch schwach fühlte, so war doch die Gefahr vorüber und sein Leben gerettet.

„Ich habe lang geschlafen“, murmelte er, „und ach! solche Träume! und es schien mir, ich sah Trene, konnte aber nicht mit ihr sprechen, und als ich ihre Hand fassen wollte, veränderten sich ihre Züge und ihre Gestalt, und einer von den häßlichen Vecchinis hatte mich ergriffen. Es ist spät — die Sonne steht hoch, — Trene ist in der Lombardel. Nein, nein — das war eine Lüge, eine schändliche Lüge, — sie ist in Florenz, ich muß meine Nachforschungen fortsetzen.“

Als er sich dieser Pflicht erinnerte, erhob er sich von dem Bette; er wunderte sich über seine Schwäche, anfangs konnte er nicht aufrecht stehen, ohne sich zu stützen, nach und nach gewann er aber wieder so viel Gewalt über seinen Körper, daß er, wenn auch mit großer Anstrengung, gehen konnte. Ein nagender Hunger quälte ihn, er fand einige Lebensmittel in dem Zimmer, die er begierig verschlang. Er wusch sein abgefallenes Gesicht aus einem Wasserbecken, das in der Nähe stand. Er fühlte sich jetzt wieder erfrischt und neu belebt und zog seine Kleider an, die neben dem Bette lagen. Er blickte mit einer Art von Mitleiden mit sich selbst auf seine abgemagerten Hände und Glieder, und fing jetzt an einzusehen, daß er irgend eine gefährliche Krankheit überstanden haben müsse. „Und noch dazu allein“, dachte er. „Niemand in der Nähe, der

mich pflegen konnte. Die Natur, meine einzige Wärterin! Ach ach, wie viele Zeit mag so vergangen sein, und meine angebetete Trene — schnell, schnell, keinen Augenblick will ich mehr verlieren.“

Er war bald auf der Straße, die Luft erquickte ihn, und an jenem Morgen wehte, zum ersten Male seit vielen Wochen, wieder ein erfrischender Wind. Er ging langsam fort, bis er auf einen großen Platz kam, von dem man in einiger Entfernung eines der Hauptthore von Florenz und die Feigen- und Olivenbäume außerhalb erblickte. Es näherte sich ihm jetzt vom Thore her ein Pilger von hoher Gestalt, seine Kapuze war zurückgeworfen und man erblickte ein Antlitz mit traurigen aber gebieterischen Zügen, ein Antlitz, in dessen hoher Stirn, in dessen festem, lähnen Blick die Natur Majestät, aber das Schicksal Unglück geschrieben zu haben schien. Als auf jenem einsamen und öden Platz diese beide, die einzigen menschlichen Wesen, die man erblickte, sich begegneten, blieb Adrian plötzlich stehen und sagte mit zweifelnder Stimme: „Träume ich noch, oder sehe ich Rienzi?“

Der Pilger blieb ebenfalls stehen, als er den Namen hörte und sagte, den durch seine Krankheit fast unkenntlich gewordenen jungen Ritter lange betrachtend: „Ich bin es, der einst Rienzi war, und Du, bleicher Schatten, mußt ich in diesem Grabe Italiens mit dem einst so frohen und lebenskräftigen Colonna zusammentreffen? Ach, junger Freund“, fügte er freundlich hinzu, „hat die Best den Edelsten des römischen Adels nicht verschont? Komm, ich, der graufame und strenge Tribun, ich will Dich pflegen. Wer einst mein Bruder werden sollte, dem will ich jetzt die Sorgfalt eines Bruders widmen.“

Mit diesen Worten legte er sanft Adrian's Arm in den seinigen, und der junge Ritter, gerührt durch sein Mitleiden, lehnte sich schweigend an Rienzi's Brust.

„Armer Jüngling“, sagte der Tribun. „Ich liebte immer die Jugend, — mein Bruder starb jung! — und Dich mehr als viele. Welches Geschick brachte Dich hierher?“ „Trene“, erwiderte Adrian stammelnd.

(Fortsetzung folgt.)

reichende Erklärung: Es tritt regelmäßig nach der Beendigung aufregender und bestiger Referendumsämpfe eine gewisse politische Ruhe, eine gewisse Ermüdung ein, die man als eine ganz natürliche Reaktion gelten lassen kann. Dies ist nun auch jetzt der Fall und daß gerade in diese Situation hinein die Nationalratswahl fällt, ist in deren Interesse bedauerlich, denn etwas politisches Leben sollte diese bedeutsame eidgenössische Parlamentswahl doch hervorrufen. An dieser Auffassung darf man festhalten, trotzdem das Parlament in der Demokratie mit Initiative und Referendum nicht die Bedeutung hat, wie in einem konstitutionellen Staate, in dem ohne das Volksweto vom Parlament die Gesetze gemacht werden.

Was der „Grätlianer“ sodann über das geltende Wahlgesetz sagt, daß es der Mehrheitspartei auf den Leib zugeschnitten ist, so kann das von dieser selbst nicht bestritten werden. Das eidgenössische Wahlgesetz theilt die Schweiz unter Aufteilung an die Kantone in 52 Wahlkreise ein, wovon 1 Sechserkreis, 6 Fünferkreise, 9 Viererkreise, 11 Dreierkreise, 17 Zweierkreise und 8 Einerkreise. Gewählt werden 147 Abgeordnete und zwar einer auf je 20 000 Einwohner, wobei eine Bruchzahl von über 10 000 für 20 000 gerechnet wird. Wahlberechtigt ist jeder 20 Jahre alte Schweizerbürger, so daß gegenwärtig bei 3 030 000 Einwohnern 700 000 Stimmberechtigte vorhanden sind. Diese günstigeren Umstände werden durch die Listenwahl in den größeren, zusammengelegten Wahlkreisen vollständig aufgehoben, da selbst die industriellsten Bezirke durch die angegliederten ländlichen Bezirke majorisiert werden. Nun sind in der Schweiz bei der weit gedehnten Dezentralisation der Industrie große industrielle Bezirke sowie nicht häufig und soweit sie vorhanden sind, wie in Zürich, Basel und Genf, schwächen die Massen ausländischer nichtstimmberechtigter Arbeiter die sozialdemokratische Partei in empfindlichster Weise, so daß sie gegenwärtig noch in keinem einzigen Wahlkreise eine Mehrheit besitzt. Dies erklärt sich freilich auch noch aus der Jugend der ausgeprochen sozialdemokratischen Bewegung in der Schweiz und der politischen Harmoniebusel der tausende von Lohnarbeitern, welche von der Sozialdemokratie noch kaum berührt und noch nicht erobert wurden. Hier ist noch riesige Arbeit zu verrichten, wozu leider die Zahl der gegenwärtigen Kräfte nicht ausreicht und wozu namentlich eine aufgezeichnete, auf der Höhe der Zeit stehende sozialdemokratische Tagespresse, an der es fehlt, notwendig wäre.

Aus eigener Kraft kann also gegenwärtig die sozialdemokratische Partei in keinem der 52 Wahlkreise einen Vertreter siegreich durchbringen. Nun hat sich seit längerer Zeit eine Art freiwilliger „Proporz“ entwickelt, indem die Mehrheitspartei der Minderheitspartei ohne Kampf einen oder zwei Sitze, je nachdem, überließ. Diese freie Proporzialwahl ist bisher immer den Konservativen zu gute gekommen und nur in Zürich dem Herrn Polizeidirektor Vogelzanger als Vertreter der Sozialdemokratie. Diesmal dürfte diese Listilist unserem Genossen Wullschlegler in Basel zum Siege verhelfen, denn das Parteikomitee der dortigen freisinnigen Partei hat beschlossen, Wullschlegler auf ihre Liste zu nehmen und die freisinnige Parteiverammlung am Montag wird voraussichtlich diesem Beschlusse zustimmen. In Zürich wäre dem bürgerlichen Parteien ebenfalls schöne Gelegenheit zu solchem Entgegenkommen gegeben gewesen, da Herr Curti auf eine Wiederwahl in Zürich verzichtet und sich im Kanton St. Gallen, wo er Regierungsrath ist, wählen läßt. Aber da hat die demokratische Partei schon einen jahrelangen Aspiranten auf diesen Nationalratsstuhl auf Lager gehabt und ihn nun sofort nominiert und nun kommen die Liberalen mit einem Kandidaten und die Konservativen oder „Rechtsliberalen“ mit dem unvermeidlichen Durchfallskandidaten Oberst Wille. Dazu kommen dann die Sozialdemokraten, die sich erst morgen darüber einigen werden, ob sie eine volle Liste mit sechs Sozialdemokraten oder eine gebrochene Liste mit nur zwei Genossen aufstellen sollen. In Zürich, dem ersten eidgenössischen Wahlkreise, giebt es also einen richtigen Wahlkampf, der die nächste Woche etwas Färbung in die graue Alltagsstimmung bringen wird.

Unsere Genossen eröffnen den Kampf bereits heute mit einem gut geschriebenen Wahlausruf an das arbeitende Volk, welcher beginnt:

„Mitbürger! In einigen Tagen werdet Ihr an die Urne gerufen, um die Männer zu wählen, die Eure Interessen während der nächsten drei Jahre in Bern vertreten sollen. Die Willigkeit und Gerechtigkeit verlangt, daß alle Volksklassen im Parlamente gleichmäßig vertreten wären. Allein die Bundesversammlung war bisher keine Volksvertretung, sondern eine Vertretung der besitzenden Klassen: der Großindustriellen, der Kaufleute, der Fabrikanten, der Geldherren und ihrer Freunde. Nur die Stimme derjenigen hört man in Bern nicht, die doch vor allem des staatlichen Schutzes bedürfen: Die Stimme des arbeitenden, besitzlosen Volkes. Wie oft haben wir diesen Mangel in den letzten Jahren empfunden! Wir wollen nur an eins erinnern: Als 50 000 schweizerische Arbeiter das Recht auf Arbeit verlangten, da fand sich im ganzen Nationalrat nicht einer, der für diese milde Initiative eingetreten wäre. Maßregeln gegen die Volksfreiheit und das Volkswohl finden dagegen immer viele Fürsprecher. Wir erinnern nur an die schönen Militärgesetze. Eine große Zahl von Gesetzen ist in den letzten 3 Jahren in Kraft getreten, aber keines ist darunter, das die Noth des arbeitenden Volkes wirksam mildert. Im Jahre 1890 wurde die Kranken- und Unfallversicherung beschlossen. Und heute, nach sechs Jahren, ist noch nicht abzusehen, ob und wann sie ins Leben treten wird! Aber sind wir nicht zu einem großen Theile selbst schuld daran, daß die Arbeiterschaft in ihren heiligsten Rechten verkränkt wird? Wer soll denn jetzt für die Arbeiterschaft eintreten? Einwa der Fabrikbesitzer, der Nordostbahn-Aktionär, der Millionär oder der Herr Oberst? Will das arme Volk zu seinem Rechte kommen, so muß es den Vertrauensleuten des arbeitenden Volkes die Stimme geben und nicht denjenigen, die gerade die entgegengegesetzten Interessen vertreten. Man hat es noch nie erlebt, daß die besitzenden Klassen einen Sozialdemokraten wählten. Nur die Arbeiter waren bis jetzt gütwillig genug, immer und immer ihre Herren zur Vertretung ihrer Interessen zu wählen. Und wenn es je nöthig war, daß auch das arbeitende Volk im Parlamente vertreten sei, so trifft das für unsere Zeit zu. Wichtige sozialpolitische Aufgaben verlangen dringend ihre baldige Lösung. — Als solche Aufgaben werden genannt: die Kranken- und Unfallversicherung, die Revision des Fabrikgesetzes für den Jehnstundentag, die Beweinlichmachung des Strafgesetzes, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Unterstüfung der Volksschule durch den Bund, die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Demokratisierung des Meerwesens, das staatliche Streikemonopol im Interesse der Landesicherheit und die Proportionalwahl.“

Der vom sozialdemokratischen Wahlkomitee unterzeichnete Ausruf schließt: „Wohin wir also auch blicken, überall sozialpolitische Forderungen von größter Tragweite! Ueberall Bedürfnisse, von deren Erfüllung Wohl und Wehe des Volkes abhängen. Wir können nur zu einer Sozialreform Vertrauen haben, die mit Hilfe der Sozialdemokratie durchgeführt wird. Die Herren aber wollen eine Sozialreform ohne und sogar gegen die Sozialdemokratie. Wer aber seine Pflichten gegen sich, gegen seine Familie und gegen das ganze Volk nicht schamlich verleihen will, der stimme bei den kommenden Wahlen in erster Linie für die sozialdemokratischen Kandidaten! Die Sozialdemokratie war es, die zu allen sozialpolitischen Fortschritten der jüngsten Zeit den Anstoß gab. Alle alten Parteien leben von dem so oft verachteten und verhöhten Programm der Sozialdemokratie. Nur die Sozialreform durch die Sozialdemokratie kann das Volk aus der Knechtschaft der Noth befreien und die wahre Freiheit schaffen! Arbeitendes Volk wache, denke und handle!“

In Zürich gehört ein Drittel der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen der Sozialdemokratie und die Stärke jeder der beiden andern Parteien ist ungefähr die gleiche. Für sich allein hat keine der drei Parteien die Mehrheit. So sollten denn auch von den sechs Mandaten jeder Partei nur 2 gehören, während der Sozialdemokratie nur Herr Vogelzanger gehört.

So ungerecht, ja noch schlimmer ist es übrigens im ganzen Lande. Die Sozialdemokratie erhielt 1893 außer den Stimmen des Herrn Vogelzanger reine 32 000 Parteistimmen, aber keinen Vertreter, die Konservativen dagegen auf etwa 58 000 Stimmen 19 Vertreter und die Ultramontanen auf etwa 90 000 Stimmen 31 Vertreter. Die vereinigten Demokraten und Freisinnigen haben auf ihre ungefähren 215 000 Stimmen 94 Vertreter, also die große Mehrheit im Nationalrat gehabt. Mit ihren 32 000 Stimmen hatte die sozialdemokratische Partei, welche 1893 zum ersten Male in 15 Wahlkreisen mit Kandidaten austrat, einen ganz artigen Erfolg. Möge sich nun am nächsten Sonntag diese Stimmenzahl verdoppeln und mögen auch einige wirkliche, nicht bloß Pseudo-Sozialdemokraten siegreich aus der Urne hervorgehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. Oktober.

Allianz, Einvernehmen, Verhältnis oder wie sonst sind die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu bezeichnen? Das war die Frage, welche die französische Presse wochenlang beschäftigt hat. Jetzt ist diese wichtige Namensfrage durch eine andere Frage verdrängt worden, die sonderbarer Weise auch die deutsche Presse ernsthaft beschäftigt: besteht ein geschriebener Vertrag zwischen Frankreich und Rußland? Oder ist es bloß eine stillschweigende Verständigung? Nun, unseres Erachtens ist diese Erörterung die Tinte nicht werth, welche dabei vergossen wird. Wie das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland sich seit der Annexion von Elsaß-Lothringen gestaltet hat, ist jedem, der Augen hat zu sehen und ein Hirn zu denken, vollkommen klar. Die Franzosen sind dazu gezwungen worden, in Rußland einen Schutz zu suchen, und die Russen ziehen aus dieser Thatsache den sich ihnen von selbst darbietenden Vortheil, Europa zu beherrschen und insbesondere Deutschland lahm zu legen.

Wenn sie, um diese Thatsache festzustellen, ein Stückchen Papier in Gestalt eines Bündnißvertrags — beschrieben haben, so sind sie sehr verschwenderisch gewesen. Ein Sprüchlein besagt zwar: Geschrieben Wort bleibt!, das gilt aber nicht von Verträgen, die regelmäßig bloß so lange in Kraft bleiben, wie die Interessen und Stimmungen, durch welche sie ins Leben gerufen worden sind.

Der Dreibund beruht unzweifelhaft auf einem geschriebenen Vertrag, ja auf mehreren — wer glaubt aber heute noch an den Dreibund, obgleich die Verträge noch nicht abgelassen und auch nicht formell widerrufen sind?

So lange die Lage Europas so ist, wie seit 25 Jahren, hat Rußland die leitende Stellung in Europa, ob mit ob ohne Zweibund-Vertrag. Und wir fürchten dieser, in der Fäulniß der kapitalistischen Welt wurzelnde unheilvolle und beschämende Zustand wird dauern, bis die Sozialdemokratie stark genug ist, die greisenhafte hilf- und rathlose Junst der heutigen Schablonenpolitiker abzulösen.

Gegen die unsinnige Engländerhe eifert ein Graf Reina in der „National-Zeitung“. Er sagt u. a.:

Was könnte unsere deutsche Flotte im Kriege gegen den Zweibund im Verein mit der englischen Flotte leisten? Sehr viel. Ohne die englische Flotte, ohne Englands Freundschaft, wird unsere Flotte höchstens die Küste schützen können, aber nie offensiv auftreten können. Es liegt, da jede Nation nach Bündnissen streben muß, im Interesse Deutschlands, die Freundschaft Englands zu suchen, nicht aber, sie zurückzuweisen. Der internirte Sultan von Sansibar hätte ohne Nachteile für Deutschland an die Engländer ausgeliefert werden können. Wir hätten dadurch Englands Freundschaft errungen. Hätte Rußland in ähnlichen Fällen nicht sofort den Betreffenden ausgeliefert erhalten? Man hätte gesagt, daß wir uns die Gunst eines mächtigen Nachbarn nicht um solcher Kleinigkeit willen verheeren dürften. Dies ein Wort für England zur Beachtung.

Wir geben die Neußerung ohne einen anderen Kommentar, als daß die Auslieferung des Sultans von Sansibar ein Akt der Niedertracht gewesen wäre. Daß Deutschland in einem Kriege auf England als Bundesgenosse angewiesen und, mit England als Feind, in die verzweifeltste Lage käme, das haben wir schon wiederholt ausgeführt.

Ein zweiter Bräutigam? Die „Emdener Zeitung“ meldet, ein Offizier habe in Aurich den dortigen Gastwirth Hansen derartig mißhandelt, daß dieser an den Verletzungen gestorben sei. Es wird wirklich notwendig, daß in unserm an der Spitze der Zivilisation marschirenden Deutschland alle Bürger, die ihres Lebens sicher sein wollen, zu Schutz und Trug sich mit einem Panzerhemd und einem Revolver versehen.

Tiefer hängen. Das hiesige Stumm-Organ druckt heute unsere gestrige, gewiß durchaus sachlich gehaltene Noth über die Jltis-Legende ab und schreibt dazu:

Von einer Partei, deren Geharbeit Schuld daran trägt, daß Früchte, wie die Mörder des Justizraths Levy gezeitigt werden, kann man schließlich nichts anderes als die ärgste Gesinnungs-Lumpenhaftigkeit verlangen!

„Der Stil ist der Mann!“ Also an der Ermordung des Justizraths Levy ist die Sozialdemokratie schuld. Nicht auch an der Ermordung des armen Sieyemann in Karlsruhe? —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Anklage wegen Majestätsbeleidigung, welche sich Genosse Zahn wegen einer angeblichen Rede-wendung in einer Versammlung der Sattler im Februar d. J. zugezogen hatte, weshalb er vom Landgericht I zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, gelangte gestern abermals zur Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Wie schon früher gemeldet, war das erste Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache vor das Landgericht II zurückverwiesen und wegen Ladung von Zeugen und Beweismitteln bereits zweimal verlag worden. In der gestrigen Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, beantragte der Staatsanwalt abermals vier Monate Gefängniß, der Vertheidiger Dr. Harsfeld dagegen Freisprechung, weil eine Majestätsbeleidigung gar nicht vorliege. Nach längerer Beratung erkannte der Gerichtshof aber dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf vier Monate Gefängniß.

Begründet wurde das Urtheil damit, daß das Gericht den Aussagen der Polizeibeamten geglaubt und zur Ueberzeugung gelangt sei, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Beleidigung innewohnt habe. Eine Begnadigung sei aber entgegen der Meinung des Vertheidigers nicht eine Regierungs-handlung, sondern ein persönlicher Akt des Monarchen, der aus idealen Gründen des Rechtsbewußtseins, aber nicht wegen einer materiellen Vergünstigung seitens des Begnadigten erfolge. Darum sei auch

die Neußerung wegen der kaiserlichen Voge als eine Majestätsbeleidigung anzufassen, weil auch schon die Anklage dahin lautete: „... seinen Landesherren“ beleidigt zu haben.“ Wenn auch die Entlastungszeugen die Neußerung in anderer Form gehört haben wollen, so hätten die beiden Beamten, die doch gerade auf den Sinn der Neußerung besonders achteten, übereinstimmend bekundet, daß die Neußerung wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach so gelautet habe und demnach eine Beleidigung der Person des Kaisers enthalte. Within mußte, wie gesehen, erkannt werden.

Wie leichtfertig Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung in die Welt gejagt werden zeigte deutlich die Verhandlung gegen den Stallmann Heide, der sich wegen Majestätsbeleidigung vor der I. Strafkammer Landgerichts I zu verantworten hatte. Zum Termin war der Hauptbelastungszeuge und Denunziant, der berüchtigte Reporter Hiede, nicht erschienen, aber dennoch trat der Gerichtshof in die Verhandlung ein, weil der Zeuge bezüglich seines Ausbleibens genügend entschuldigt war. In einem Schreiben hatte er dem Gerichtshofe mitgetheilt, daß er zum Termine nicht erscheinen könne und nicht vernehmungsfähig sei, indem er als Morphium schwer erkrankt und laut Attest jetzt eine Heilanstalt aufsuchen müsse. Dieser Mustermensch hatte es bewirkt, daß man im September dieses Jahres den Angeklagten auf sechs Wochen ins Untersuchungsgefängniß sperrte, da er in der Anzeige angab, daß der Angeklagte in einem Schanklokale „gehobelt“ habe. Bereits vor vier Wochen stand schon Verhandlungstermin in diesem Majestätsbeleidigungs-prozesse an und da damals der Denunziant Hiede nicht erschienen war, wurde die Sache verlag und der Angeklagte aus der Haft sofort entlassen, weil der Gerichtshof schon damals von der Unschuld des Heise überzeugt war. In der gestrigen Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Angeklagte, der bis vor kurzem auf dem Lande gelebt und niemals etwas von Politik gemusst hatte, erst seit einigen Monaten in Stallmann eine Stellung bekleidet und am allerwenigsten aus Politischen denkt. In einer Kneipe in der Javalidenstraße befand er sich in „Stimmung“ und sang das bekannte Lied von der Königin Isabella, das man häufig in Spinnstuben zu singen pflegt. Hierin wollte der Reporter Hiede die Majestätsbeleidigung gefunden haben und brachte damit in Verbindung, daß der Angeklagte vom Attentäter Hodel Bemerkung gemacht hätte. Letzteres schien ganz und gar ungläubwürdig, da der Angeklagte ein noch junger Mensch ist, der auf seinem flachen Lande niemals etwas über die Attentats-geschichte von 1878 gehört hätte. Das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß Heise unschuldig verächtigt war und sprach ihn auf Staatskosten frei. Hiede hatte durch seine Denunziation wenigstens das ausgerichtet, daß der angebliche politische Verbrecher 6 Wochen unschuldig in Untersuchungshaft gefessen hatte.

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat in seiner am 22. dieses Monats abgehaltenen Plenarsitzung den Entwurf einer Militär-Strafgerichts-Ordnung für das Deutsche Reich, sowie die Vorlage, betreffend den Handels-, Schiffahrts- und Konsular-Vertrag zwischen dem Reich und Nicaragua, den zuständigen Ausschüssen und die vom Reichstag zu Petitionen über die Währungsfrage gefasste Resolution dem Reichskanzler überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Besteuerung der Bergwerke wurde die Zustimmung erteilt. Anherdem wurde über die dem Kaiser wegen Besetzung einer Senatspräsidenten-Stelle bei dem Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag, sowie über die Resolution des Reichstags wegen Kenderung der Ausführungs-Bestimmungen, betreffend den Verkehr mit denaturirtem Spiritus, und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

— Eine neue Einschränkung unseres Versammlungsrechtes? Die „Bergische Arbeiterstimme“ schreibt: „Öffentliche Versammlungen sind nach einem neueren Erlasse des Ministers an die Polizeistunde gebunden. Versammlungen, welche eine Erlaubniß zur längeren Tagung nicht nachgeholt haben, verfallen der polizeilichen Auflösung; der Minister des Innern, Herr v. B. Reck, hat demnach die ihm von der Düsseldorf-Behörde bekannte Praxis auf das ganze Land übertragen.“

Nach unserer Ansicht ist jedoch der Minister des Innern keineswegs befugt, das öffentliche Versammlungsrecht noch mehr zu beschränken. Doch wollen wir zuvor abwarten, wie sich die Sache in der Praxis gestalten wird.“

— Der pensionirte Reichsräpel im Sachsenwald hat wieder einen Rückfall in seine alten Gewohnheiten. Er leistet sich in seinem Hamburger Beiblatt folgendes:

„Wir konstatiren mit Genugthuung, daß die Unverschämtheit, mit welcher der ehemalige Schiffloch und spätere Speise-wirth Schwarz aus Lübeck auf dem Gothaer Parteitage der Sozialdemokratie die Angehörigen der deutschen Marine über ihre Pflicht im Moment höchster Gefahr zu belehren versucht hat, überall in der vaterländischen Presse zurückgewiesen wird. Wenn der sozialistische Schwärzer der untergegangenen Befahrung des „Jltis“ zum Vorwurfe macht, daß sie im Momente der Katastrophe ein Hurrah auf den Kaiser und das Flaggenglied angestimmt hat, anstatt auf die eigene Rettung bedacht zu sein, so ist die Absicht offenbar darauf gerichtet, den Eindrud zu erwecken, daß nicht alles geschehen sei, was pflicht- und naturgemäß zur Erhaltung von Schiff und Leuten geboten gewesen sei, und daß die Mannschaft gleichsam eines patriotischen, militärischen Theater-Effektes wegen voreilig in den Tod getrieben wäre. Für diese ruchlose Verächtigung der untergegangenen heldenmüthigen Befahrung des „Jltis“ verdiente der ehemalige Schiffloch eine Züchtigung, die wir hier ihm mit der Feder nicht zu theil werden lassen können, die ihm aber sicherlich in aus-giebiger Weise verabfolgt werden würde, wenn er die Unvorsichtigkeit beginge, sich demnächst im Kreise patriotischdenkender und fühlender deutscher Marinemannschaften blicken zu lassen.“

Wir konstatiren nur für den künftigen Kulturhistoriker, daß der brutale Rowdy, der dies geschrieben oder schreiben gelassen hat, in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts achtundzwanzig Jahre lang Haupt der Regierung von Preußen (einst „Intelligenz-staat“ genannt) und zwanzig Jahre lang Haupt der Regierung von Deutschland (dem Vaterland des „Volkes der Denker“) gewesen ist. —

— Zum Düsseldorf-Duell- und Spiritisten-Prozess ist noch nachzutragen, daß die Quellen mit bedeutend niedrigeren Strafen davongekommen sind, als die Kritiker des Duellstandals. Für die Mehrheit des deutschen Volkes wird dieses Urtheil nicht ganz verständlich sein. Erwähnen wollen wir auch noch die letzte Bemerkung des Angeklagten v. Erhardi. Er sagte:

„Ja, Herr Präsident, meine Ehre steht auf dem Spiel! Meine Familie ist mit mir ruiniert. Aber ich sage es nochmals, es ist eine Schmach, daß man sich nach unseren heutigen Ehrbegriffen wegen solcher Lappalien vor die Pistole eines Ehrenwortbrüchigen stellen muß, will man sich nicht vor den Augen dieser hohen Kreise ruiniren! Ich habe nichts mehr zu sagen. Menschen helfen mir nicht! Gott im Himmel wird mir mein Recht geben!“

— Gegen den Geheimrath Becker von der Firma Stantin u. Becker ist, nach der „Königsberg. Allg. Zeitung“, vom landwirthschaftlichen Ministerium am 16. Juli Strafantrag gestellt. Die Königsberger Staatsanwaltschaft hat gegen ihn das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Viele Zeugen sind vernommen worden. Ob es sich um die in dem Verurtheilungs-Prozesse erwähnten angeblichen Beamtendestellungen handelt, geht aus der Noth nicht hervor. —

Wartowitz, 21. Oktober. Was russische Zollamt beschlagnahme eine Sendung mit tausenden von Exemplaren nihilistischer Proklamationen, die sich in ausgehöhlten Oigertischen befanden. Wie weit die vorstehende, der „National-Zeitung“ entnommene Mitteilung die den Tatsachen entspricht, können wir vorläufig nicht feststellen. —

Brannschweig, 21. Oktober. („Volkstfreund.“) Gen. Jaech wurde heute Vormittag 10 1/2 Uhr nach eintägiger Haft im hiesigen Kreisgefängnis auf freien Fuß gesetzt. Als Jaech gestern Vormittag vor den Ersten Staatsanwalt geführt wurde, eröffnete ihm dieser, daß nach den „Ermittlungen“ der Staatsanwaltschaft Fluchtverdacht vorliege. Jaech erklärte auf Befragen, daß er die Strafe nicht antreten wolle, da er noch seine Familienverhältnisse zu regeln und die Vorbereitung einiger weiterer Prozesse — es liegen jetzt 5 Anklagen gegen ihn vor — zu erledigen habe. Auf dieses hin wurde ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt; eine halbe Stunde später sah er im hiesigen Kreisgefängnis. Das Landgericht hat den Haftbefehl abgelehnt und den Fluchtverdacht für nicht begründet erachtet.

Es ist uns unerfindlich, auf Grund welcher „Ermittlungen“ die Behörde Fluchtverdacht annehmen konnte. Genosse Jaech war auf dem Gothaer Parteitag, machte nach Beendigung desselben im Auftrag des Erfurter Agitationskomitees eine kleine Tour in Thüringischen und traf Montag Abend hier ein. Erst hier erfuhr er, daß seine Revision verworfen worden sei. Von Jena und von Nordhausen aus hat er seine Frau durch Depeschen über seinen Aufenthalt in Kenntnis gesetzt; das thut doch niemand, der die Absicht hat, auszureisen!

Im übrigen betrachten wir es als einen Schimpf, der einem sozialdemokratischen Redakteur angethan wird, wenn man ihm zutraut, er könne sich der Verbüßung seiner Strafe durch die Flucht freigeben. Es ist Treiberei in der Partei und der St. Galler Parteitag hat es ausdrücklich den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, die Strafen, die sie sich im Dienste der Partei zugezogen, unweigerlich zu verbüßen. Wer also ausdrücklich handelt gegen einen Parteitagbeschluss und stellt sich damit außerhalb der Partei. Die Behörde darf wohl versichert sein, daß unsere Redakteure sich der Tragweite ihrer Handlungen vollständig bewusst sind, und daß es keinem einzigen einfällt, sich der Verbüßung einer Strafe durch die Flucht zu entziehen.

Wir haben den Eindruck, daß die Unterlage der „Ermittlungen“ der Behörde nur mäßiger Klatsch ist, der allem Anschein nach in böswilliger Absicht gegen unsern Redakteur verbreitet worden ist.

Gotha, 22. Oktober. („Volkstblatt.“) Wie aus Arnstadt gemeldet wird, sind dort die Herren Staatsminister Petersen aus Sonderhausen, Regierungsdirektor Reishauer aus Sonderhausen, Staatsminister Starck aus Rudolstadt, Staatsminister v. Strenge aus Gotha, Geh. Regierungsrath Hierling aus Gotha, Staatsrath Heye aus Meiningen, Ministerialbeamter Geper aus Altenburg und Schmidt aus Weimar zu einer Konferenz zusammengetreten, um im Auftrage ihrer Regierungen über „Strafvollzug“ zu beraten. —

Roburg, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Zur Landtagswahl in Roburg. Nachdem die gesammten Wahlmänner-Wahlen im Herzogthum vorgenommen sind, ist es wohl von Interesse, einen Blick auf die Wahlbewegung zu werfen. Die freisinnige Presse poasant den Sieg der freisinnigen Volkspartei in die Welt. Wenn man sich jedoch die Siege betrachtet, so findet man, daß von politischen Wahlen gar nicht die Rede war.

Ausgenommen die Sozialdemokratie, welche sich das erste Mal an den Wahlen beteiligte und mit offenem Biss und mit einem sozialistischen Programm kämpfte, versuchten noch eine Anzahl von der nationalliberalen Partei, für ihre politische Partei den Sieg zu erringen. Die Freisinnigen hatten sich hinter der Altkonvent und Petersenschaft, welche in allen kleineren Städten bei Stadtverordneten-Wahlen ihr Wesen treibt, versteckt. Ihre Wahlmänner-Liste bestand aus Angehörigen aller Parteien. Ein nationalliberaler Herr verwarpte sich noch vor der Wahl, für einen Freisinnigen gehalten zu werden, er sei der Wahlmann der Bürgerversammlung.

Durch diese Taktik, diesen Wahlen den politischen Charakter zu nehmen, ist es noch einmal möglich gewesen, die Wähler zu täuschen. Auf unseren Listen vereinigten sich in den 8 Stadtbezirken 120 Stimmen, ein Resultat, welches unter den Umständen wie hier gewählt wurde, als günstiges bezeichnet werden kann.

Unser Wahlgesetz hat neben verschiedenen Unzulänglichkeiten — indirekter Wahl, gestempelte und nummerierte Stimmzettel — das gute für sich, daß die Wahl geheim ist. Es ist aber jedem Wähler nach § 19 des Reglements die Möglichkeit gegeben, die Wahl öffentlich mündlich vorzunehmen.

Dieser Umstand machten sich die Herren vom Misch-Masch zu nütze. Man sagte sich, ihr veranlaßt alle Wähler, offen zu wählen, dann hätten sich die wirtschaftlichen Abhängigen, und dieses sind meist unsere Anhänger, für die Sozialdemokraten zu stimmen. Auf diese Weise hat man es verstanden, unter Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen den Arbeitern das geheime Wahlrecht zu rauben.

In Neustadt ging man bekanntlich noch weiter, man bezichtigte unsere Partei indirekt der Brandstiftung. Dem „freisinnigen“ Kandidaten des 9. Wahlbezirks, Herrn Rodnager, war es vorbehalten, durch Aufregung nichtleibiger Arbeiter den Nachweis zu liefern, daß die freisinnige Volkspartei ein „Vollwerk politischer Freirei“ ist.

Der Herr kündigte am Morgen vor der Wahl dem Vorsitzenden des Lokalverbandes der Porzellanarbeiter mit dem Hinweis darauf: „Er habe in einer Wahlversammlung in Einberg am Tische des Referenten Walter von Roburg gesessen“.

zieht man alle diese Umstände in betracht und berücksichtigt, daß die meisten Wahlen in den Nachmittagsstunden vorgenommen wurden, so können wir mit dem Erfolg sicher zufrieden sein.

Das Ergebnis der Landtags-Wahlen in Hesse erleidet insofern eine Aenderung, als sich herausgestellt hat, daß ein Abgeordneter, dessen Parteistellung nicht genau bekannt war, sich der nationalliberalen Partei zurechnet. Die Nationalliberalen verfügen demgemäß von den 50 Kammerstimmen (in einer großen Anzahl Blätter sind irrtümlich 51 angegeben) über 26, die gesammten Gegner über 24. Durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Pfannstiel ist jedoch in dessen Wahlkreis eine Neuwahl notwendig geworden, deren Ausgang darüber entscheiden wird, ob die Nationalliberalen die absolute Mehrheit behalten. Der Wahlkreis wird von den Antisemiten stark bedroht. Siegen die Nationalliberalen, so würden die den vereinigten Gegnern mit 26 gegen 24 gegenüberstehen, liegen die Antisemiten, so würde das Verhältnis 25 zu 26 betragen. —

Mannheim, 22. Oktober. Auch die Erziehung in der dritten Wählerklasse zu der Gemeindevertretung endete mit einem vollständigen Siege unserer Partei. Mit 2708 gegen etwa 30 Stimmen brachten wir unseren Kandidaten durch. —

Zu vier Jahren Festung und Dienstentlassung soll der Wörder von G. K. W. nach der „Admischen Volkszeitung“ verurteilt sein. Wir glauben nicht an dieses ebenso schnell gefällte als milde ausgefallene Urtheil, das ebenso sehr im Widerspruch stände mit dem langwierigen Gange der Militärstrafgesetzgebung wie mit den Strafbestimmungen des Gesetzes. —

Wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Vereins resp. dessen Vorstands wurde der Polizeibediener Kraft von Zrossingen (Württemberg) vom Schöffengericht Tuttingen zu

drei Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt. Wenn die Strafe auch sehr niedrig ist, so wird den Herren doch die Erkenntniß dämmern, daß Sozialdemokraten auch Leute sind. —

Mühlhausen i. Ess., 21. Oktober. (Fig. Ver.) Wieder reigefallen wurde am letzten Sonnabend der Arbeiter Reich, der letztes Jahr acht Tage vor der Ermordung des Fabrikanten Schwarz an diesen den bekannten Warnbrief schrieb und vor vierzehn Tagen deshalb verhaftet wurde; die Untersuchung ist nunmehr abgeschlossen und wird die Angelegenheit am Freitag, den 23. Oktober, die Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigen. —

Der Kolonialrath beriet bei Beginn seiner Sitzung am 22. Oktober vormittags den Bericht des Ausschusses für Vorbildung der Kolonialbeamten. An den eingehenden Erörterungen beteiligte sich neben einer größeren Anzahl von Mitgliedern des Kolonialraths auch der kaiserl. Gouverneur v. Wischmann. Es wurde besonders betont, wie überaus wichtig die jetzt nur in geringem Maße vorhandene Mangelheit weiterer Verwendung der nicht mehr tropendienstfähigen Kolonialbeamten im Reichs- und Staatsdienst sei, da ohne eine solche Aussicht es nicht möglich sei, dauernd über tüchtige Beamte zu verfügen. Gegenwärtig bleibe nichts übrig, als gute Beamte in den besten Jahren in den Ruhestand zu versetzen. Staatssekretär a. D. Herzog warnte außerdem vor weiterer Ausgestaltung und auch nur Erhaltung des Rang-, Titel- und Uniformwesens in den Schutzgebieten. Geheimer Legationsrath Dr. Freiherr von Nichthofen erachtete die Erweiterung des Orientalischen Seminars zu einer Art von Kolonialschule für wünschenswerth, da dann der Leitung der Kolonialverwaltung Gelegenheit geboten werde, unter gut vorgebildeten jungen Leuten, welche sich dauernd der Thätigkeit in den Schutzgebieten widmen wollen, die Auswahl zu treffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung, welche nachmittags 2 Uhr nach kurzer Pause fortgesetzt wurde, billigte die Versammlung den bisher von der Kolonialverwaltung befolgten Grundsatz, die Beamten aus allen Berufskreisen zu nehmen, wenn nicht eine besondere Berufsvorbildung erforderlich sei.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung des Kolonialraths am heutigen Vormittag einigte sich die Versammlung auf die Annahme des von dem Herzog Johann Albrecht modifizierten Antrags in folgender Form: Der Kolonialrath empfiehlt der Regierung, unter Berücksichtigung der in betracht kommenden Verhältnisse darauf hinzuwirken, daß, wenn in den Schulen neben der Sprache der Eingeborenen noch eine europäische Sprache gelehrt wird, die deutsche in den Lehrplan aufgenommen werde. —

Wien, 22. Oktober. Eine Gruppe von Sozialpolitikern hat beschlossen, als Kandidaten für die bevorstehende Wahl in den niederösterreichischen Landtag im I. Bezirke die Herren Ober-Sanitätsrath Dr. Max Gruber, Dr. Ferdinand Kronawetter, Emil von Neumann, Dr. Julius Osner, Professor Dr. Eugen von Philippovich und Otto Wittelsböcker aufzustellen, die sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt haben.

Wien, 23. Oktober. Abgeordnetenhause. In der heute fortgesetzten Verhandlung über das Heimathsgesetz wurde die zehnjährige Erziehungsfreiheit angenommen. —

Frankreich. Nach dem „Matin“ wäre von der Regierung eine Vorlage betreffend die Zuckerversteuerung zu erwarten, nach welcher die Vertheilung eines Prämienbetrags von 16 Millionen Franken für die Gesamtproduktion einschließlich der Fabrikations-Überschüsse vorgeschlagen wird. Gleichzeitig soll die ordentliche Steuer von 80 auf 64 Fr. für 100 Kilogramm und die Steuer für die Ueberschüsse über den gesetzlichen Ausbeutebetrag (von 7,75 Kilogramm Zucker auf 100 Kilogramm Rüben) von 80 auf 82 Fr. erhöht werden. Der Regierungsvorschlag würde dahin gehen, diese neue Zuckersteuer während 2 Kampagnen zu erproben und unterdessen eine internationale Verständigung zur Abschaffung der Prämien abzuwarten.

Man sieht, alles spielt sich in den verschiedenen Zucker produzierenden Ländern in gleicher Weise ab. Das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn erhöhen auch ihre Prämienätze und betheuern dabei, daß sie das lebhafteste Interesse an der Abschaffung der Prämien haben. Es ist wohl kein Zufall, daß die Wiener „Neue Freie Presse“ gerade jetzt wieder von Verhandlungen unserer Regierung mit der österreichischen betreffs Abschaffung der Zuckerprämien zu berichten weiß. Eins scheint uns aber sicher: die Zucker-Liebesgabe bleibt bestehen! —

Ein harmloses deutsches Witzblatt in Paris konfisziert! Nämlich die „Luhigen Blätter“, weil sie in einem sehr hübschen Bild das französisch-russische Liebesverhältnis verspottet. Das witzige Frankreich vor deutschen Witzern sich fürchtend — das ist eine so grausame Bestrafung des Heuschreckenschwinds und der republikanischen Zuchtbegeisterung, daß der grimmigste deutsche Chauvinist zufrieden sein dürfte — wenn diese Gesellschaft nur Witz verstände!

Ob nicht Voltaire sich in seinem Grab umgedreht hat? —

Belgien. Die anarchische Verleumdertippe des Herrn Risuenhuis verleumdet und benutzert fort. Jetzt behauptet sie, Ansele habe vor 3 Jahren 200 Fr. gegeben, um Dynamit fabrizieren zu lassen zum Zweck der Diskreditirung der Anarchisten! —

Ansele giebt diesen böshaftern Blödsinn einfach der öffentlichen Verachtung preis. Er hätte sagen können, daß die Freunde des Herrn Risuenhuis sich im Datum irren — und in den Personen. Es war vor 9 Jahren, als die Dynamit-attentate in Belgien fabrikmäßig gemacht wurden. Der anarchische Wiedermann hieß aber Pourbaix, und der Mann, der das Geld gab — mehr als 200 Fr. — war der belgische Minister des Innern. Ober verwechselt der Freund des Risuenhuis etwa Ansele mit dem Bombenbaron? Das Geld des Bombenbarons wurde von den belgischen „Anarchisten“ sehr gern genommen. —

Inzwischen schwebt der Prozeß, den die „anarchistische“ Denunziation gegen den „Booruit“ veranlaßt hat, vor den Gerichten. Der Paragraph des Fabrikgesetzes, der verletzt sein soll, lautet:

„Es ist dem Arbeitgeber verboten, mit dem von ihm beschäftigten Arbeiter durch Ueberschneidung (conventionnellement) Bedingungen festzusetzen, durch welche demselben die freie Verfügung über seinen Lohn beeinträchtigt wird.“

Dadurch, daß die Arbeiterinnen einen Prozentsatz ihres Lohns als Beitrag in die Streikliste und in die Reisekasse bezahlen, soll diesem Paragraphen zumidergehandelt sein. Aber hier handelt es sich um eine freie Vereinbarung der Arbeiter, nicht um eine von einem Bourgeois-Unternehmer den Arbeitern auferlegte Bedingung. Der „Booruit“ ist eben kein Bourgeois-Unternehmer, sondern ein Arbeiter-Unternehmen, und ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter des „Booruit“ vollkommen frei sind in ihren Entschlüssen und daß keinerlei Druck auf sie ausgeübt werden kann und wird, ist es offenbar mala fides — Böswilligkeit — eine zum Schutz der Arbeiter gegen die Unternehmer erlassene Bestimmung, auf eine von Arbeitern unter sich freiwillig und in ihrem eigenen Interesse getroffene Einrichtung anzuwenden zu wollen. —

England. Chinesische. Man telegraphirt unter dem heutigen Tag aus London:

Wie verlautet, hat Lord Salisbury ein Schreiben an den hiesigen chinesischen Gesandten Kung-ta-Jen gerichtet, in welchem er die sofortige Freilassung des chinesischen Doktors der Medizin Sun-Yat-Sen fordert, welcher wegen Beteiligungs an einem Komplott gegen die herrschende Dynastie in China durch Agenten der chinesischen Gesandtschaft aufgehoben worden sei und seitdem in der Gesandtschaft zwecks heimlicher Fortschaffung nach China festgehalten werde.

So das Telegramm. Wenn die englische Regierung wohl unterrichtet ist, dann hätte die chinesische Gesandtschaft sich allerdings eines — Irrthums schuldig gemacht; nämlich England mit Italien verwechselt. In Italien ist — oder war wenigstens unter Crispi — der Menschenraub noch erlaubt. Wir erinnern an die Sequestrierung der beiden Nissen Meneliks, mit der allerdings der beabsichtigte Zweck nicht erreicht wurde. —

Dänemark.

Die Polizeistandale. Im Folkething hat es nun der neue Justizminister Rump endlich für gut befunden, die Stellungnahme der Regierung zu den Polizeistandalen auszudrücken. Natürlich findet der Herr Minister die Sachlage nicht so schlimm, die ganze Oppositionsstimmung sei nur durch Reden und Zeitungsartikel herangezählet, die vorzugsweise von Leuten ausgehen, die mit der Polizei zu thun gehabt haben. (Daher wohl auch die allgemeine Empörung der Bevölkerung, die sich in großen Protest-Vollversammlungen Luft gemacht hat, die von Tausenden aus allen Gesellschaftskreisen besucht waren?) Dennoch will er nicht die allgemeine Meinung über diese Sache als un begründet bezeichnen. Sostum ist bereit, wenn man die Sache ganz nüchtern betrachten will, (was das Ministerium vielleicht gut kann, aber nicht die Bürgerschaft) solche Zustände zu schaffen, daß die Polizei mit der Bevölkerung wieder auf guten Fuß kommt. Schließlich gab er die wenig tröstliche Versicherung ab, daß die ganze Frage „noch im Stadium der Untersuchungen und Ueberlegungen sei“. Na, da wird sie wohl auch bleiben, so lange Herr Rump Minister ist, denn er hat selbst die dänische Polizeikarriere gemacht und wurzelt durchaus in den Brutalitäts-Traditionen, die dort üblich sind. —

Australien.

Die Neuseeländische Einwanderungs-Gesetzgebung. Die Regierung von Neuseeland hatte, wie wir der „Adm. Bg.“ entnehmen, im September einen eigenthümlichen Gesetzentwurf beraten. Es handelt sich um die Abwehr unerwünschter Einwanderer. Zu diesen gehören in Australien wie in Amerika die gelben Rassen, ferner Ausländer, verruchte und gänzlich mittellose Einwanderer, die doch bald dem Staate zur Last fallen würden. Der neuseeländische Entwurf verfolgt aber insofern ganz neue Bahnen, als er mit äußerst scharfen Bestimmungen die Einwanderung Schwindsüchtiger zu verhindern sucht. Wird er Gesetz, so wird der Kapitän jedes ankommenden Schiffes einen Bericht über den Zustand der Lungen eines jeden Passagiers einzureichen haben. Verweigert oder versäumt er dies, so verfällt er in eine Strafe von 1000 M. Auch fehlt es nicht an anderen Strafbestimmungen; er darf seinen Reisenden landen, der sich auf der Reise eine Lungenkrankheit zugezogen hat, und darf auch eine solche Person mit niemandem eine Kabine theilen lassen; aber selbst nachdem der Kapitän seine Reisenden mit gesund befundenen Lungen ans Land gesetzt hat, hört seine Verantwortlichkeit noch nicht auf. Wenn innerhalb dreier Monate nach der Landung ein Reisender schwindsüchtig wird, so sollen die Behörden nachforschen, mit welchem Schiff der Betreffende angekommen ist, und haftbar gemacht werden. Das „womöglich“ fällt dabei freilich sehr ins Gewicht, denn fremde Länder werden schwerlich Rechtshilfe leisten.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. In Rathenow sprach am Donnerstag Genosse Liebknecht vor einer begeisterten Versammlung von 1500 Menschen. Er charakterisirte in 1 1/2 Stunden Rede die drei im gegenwärtigen Wahlkampf mit einander ringenden Parteien. Obgleich viele Gegner anwesend waren, wagte doch niemand gegen uns aufzutreten. Der Referent konnte die Ueberzeugung nach Berlin zurücknehmen, daß die Rathenower Genossen aus dem Posten sind und daß der Wahlkampf sehr günstig für uns steht.

Ueber die Nothwendigkeit der bürgerlichen und politischen Gleichstellung der Frauen mit den Männern sprach Genosse Bebel in Breslau unter stürmischem Beifall in einer Volksversammlung, die von den Genossen Geiser, Kayser und Jungbauer geleitet wurde und so stark besucht war, daß Hunderte keinen Einlaß finden konnten.

Nächsten Sonntag wird in Württemberg ein Flugblatt, betitelt „Der Volksfreund“ in mehr als hunderttausend Exemplaren vertheilt werden. Es befaßt sich ausschließlich mit der ländlichen Bevölkerung und hat als Beschluss der letzten Landesversammlung in wagnelosen Zwischenräumen als Beilage der „Schwäbischen Tagwacht“ zu erscheinen, wie es außerdem in ganz Württemberg gratis vertheilt werden soll.

Aus Elsas-Lothringen wird uns berichtet: Zum ersten Mal sind bei der Wahl in diesem Sommer reichslandische Genossen in verschiedenen Gemeinderäthe eingezogen. Ist die Zeit ihrer praktischen Thätigkeit auch nur kurz, so kann es doch heute schon ausgesprochen werden, daß sich dieselbe sowohl nach innen wie nach außen vorthelhaft bemerkbar gemacht hat. Wie leider auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Elsas-Lothringen, so herrscht auch auf dem der Gemeindeverwaltung Grabsdrücke, was nur durch die historische Entwicklung des Landes beziehentlich durch die Art seiner Verwaltung unter napoleonischer wie deutscher Herrschaft erklärlich ist. In den Gemeinden, in deren Rath unsere Genossen eingezogen sind, ist diese Grabsdrücke nunmehr gebannt. Die Arbeit ist dort allerdings nicht leicht. Außer der Boreingekommenheit, mit denen ihnen der größte Theil ihrer Kollegen aus dem bürgerlichen Lager entgegentritt, haben unsere Genossen auch noch die oft ins grenzenlose gehende Stupidität der Bürgerlichen in Beziehung auf die sozialen Pflichten und Aufgaben gemeinderäthlicher Thätigkeit zu überwinden.

In der größten Industriestadt des Landes, Mühlhausen, dem Hauptstuh der elassischen Textilindustrie, haben unsere beiden Vertreter im Gemeinderath, die Genossen Bueh und Dinkel, dieser Tage folgenden Antrag eingebracht: „In Erwägung, daß, nach verschiedenen Anzeichen aus der gegenwärtigen Lage der Textilindustrie zu schließen, es als sicher gelten kann, daß bereits in nächster Zeit eine größere Arbeitslosigkeit in genannter Industrie eintreten wird, deren Anfänge heute schon vorhanden sind, wolle der Rath beschließen: Es ist sofort eine Spezialkommission zu wählen, die den Zweck hat: 1. Eine Einrichtung zu treffen, deren Aufgabe es ist, durch Aufnahme und Fortführung einer Arbeitslosen-Statistik die tatsächlichen Verhältnisse in bezug auf Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit festzustellen; 2. diejenigen Mittel und Wege zu suchen, die geeignet sind, durch Beschäftigung Arbeitsloser bei städtischen Betrieben den verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit vorzubeugen.“

Dieser Antrag ist durch die Verhältnisse durchaus gerechtfertigt. Nach einer kurzen Periode des Aufschwunges, während welcher durch eine bis zum äußersten getriebene Ueberarbeit in planloser Weise eine Unmenge Waaren auf den Markt geworfen wurden, macht sich jetzt bereits der Rückschlag geltend. Die ersten, die hierunter zu leiden haben, sind natürlich die Arbeiter, von denen einer größeren Anzahl, auf einzelnen Fabriken bereits bis zu dreißig und vierzig Mann, gekündigt worden ist. Weiters Entlassungen werden sicher folgen. Und um nun für die Unglücklichen wenigstens etwas zu thun, haben

unsere Genossen den hier mitgetheilten Antrag eingebracht. Ob sie damit durchdringen werden, ist im Hinblick auf den reaktionären Charakter der Reichshäuser Gemeinderaths-Mehrheit allerdings zweifelhaft. Wir werden über das Schicksal des Antrages weitere Mittheilung machen.

Von anderer Seite wird uns geschrieben: In Burgfeld zu haben unsere Genossen im Gemeinderath den Antrag gestellt, das Schulgeld abzusuchen und den Schülern die Lehrmittel auf Gemeindefosten zu verabreichen. Dieser Antrag wurde vom Gemeinderath mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben und fand bei der gesammten Bevölkerung ungetheilten Beifall.

Weniger Glück mit ihrer Vertretung in der Gemeinde hatten unsere Genossen in Colmar. Der dort von den Sozialisten als Gemeinderath gewählte Herr Böll entpuppte sich nachher als Spießbürger und Bierbankpolitiker. Kurz nach seiner Wahl erklärte er, das sozialdemokratische Programm nicht zu kennen, er sei überhaupt kein überzeugter Sozialdemokrat. Die Colmarer Genossen erklärten daraufhin in der Zeitung: „Elsass-Loth. Volkspartei, daß sie den Herrn Böll nicht mehr als ihren Vertreter betrachten können.“

Die Straßburger Genossen, denen die elsässischen und badischen Behörden schon dreimal die Verichterstattung ihres Reichstags-Abgeordneten vorgelegt hatten, haben einen vierten Versuch gemacht, ihrem Abgeordneten Bebel Gelegenheit zur Verichterstattung über seine Thätigkeit im Reichstage zu geben. Sie planten die Abhaltung einer Elssasser Versammlung in dem sieben Stunden von Straßburg entfernten badischen Städtchen Offenburg, wo Bebel referiren sollte. Für die Fahrt nach Offenburg war ein Extrazug in Aussicht genommen. Doch auch dieser Plan mußte unersüßlich bleiben, da Bebel am Erscheinen verhindert ist. Bebel hat erklärt, daß er erst im nächsten Frühjahr dem Verlangen der Straßburger Genossen entsprechen könne. Es ist doch wirklich zu traurig für einen Reichstags-Abgeordneten, bemerkt dazu die „Elsass-Lothringische Volkspartei“, das Organ der elsässischen Demokratie, daß ihm jeder Versuch zu seinen Wählern zu sprechen, vereitelt wird. Ob dies den Herren von der eisernen Hand bei den nächsten Wahlen nicht fühlbar werden wird?

Im Münchener Gemeinderath wurde am Donnerstag über den modifizierten Antrag unseres Genossen Birk verhandelt: „Das Kollegium wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, bei den nächsten Gemeindevahlen die Wahl der Gemeindebevollmächtigten auf einen Sonntag und die Wahl der Ersatzmänner auf den darauffolgenden Montag zu verlegen.“ Der Ausschuß hatte den ursprünglichen Antrag des Genossen Birk zur Kenntnissnahme an den Magistrat empfohlen. Der modifizierte Antrag Birk's wurde gegen die Stimmen des Genossen Birk und des Gemeindebevollmächtigten Kleitner, welcher die Würdigung des Antrages verlangte, dem Magistrat lediglich zur Kenntnissnahme hinübergegeben. Damit ist, schreibt man uns aus München, der für die Arbeiterklasse hochwichtige Antrag dem magistratischen Papierkorb überantwortet, allein die agitatorische Wirkung des Antrages wird bei den heurigen Gemeindevahlen trotzdem ihre guten Früchte zeitigen. (Die neulich von uns nach einem anderen Blatte wiedergegebene Mittheilung, der Birk'sche Antrag sei von der Mehrheit des Gemeinderaths verworfen worden, war hiernach verfrüht.)

Todtenliste der Partei. Einen schweren Verlust hat die deutsche Sozialdemokratie erlitten. Am 18. Oktober starb in der Kuranstalt Sommerstein an den Folgen einer Blutvergiftung, die zu völliger Entkräftung führte, unser alter Parteigenosse Otto Kapell im 54. Lebensjahre. Geboren in Berlin, seines Handwerks Zimmermann, war er einer der ersten, die sich dem von Ferd. Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anschlossen. Sowohl auf politischem wie auch auf gewerkschaftlichen Gebiete entfaltete er, besonders Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre, eine rege und energische agitatorische Thätigkeit. Die erste Organisation der Bauhandwerker verdankt wesentlich ihm mit ihrer Entstehung und Entwicklung. Es giebt kaum eine Gegend Deutschlands, wo er nicht mitgewirkt hätte, den Boden für die Sozialdemokratie zu bereiten. Der Haß und die Verfolgung der Gegner ist auch ihm für seine Thätigkeit reichlich zu Theil geworden. Dester landbildete er in verschiedenen Kreisen, zuletzt in Berlin 1877, bei den Reichstagswahlen. Als 1878 das Ausnahmegesetz gegen unsere Partei in Kraft trat, gehörte er mit zu den ersten der aus Berlin ausgewiesenen Genossen. Dann erreichte ihn in Hamburg, wo er sich niedergelassen und eine neue Gruppierung gegründet hatte, abermals die Ausweisung. Vor die Unmöglichkeit gestellt, sich an einem anderen Orte oberhalb schloß zu machen, und in Rücksicht auf seine geschäftlichen Verhältnisse, entschloß sich Kapell, die Aufhebung der Ausweisungsbefehle bei der Hamburger Behörde zu erwirken. Dessenhalb trat er dann nicht mehr hervor, wohl aber förderte er im Stillen in weiten Kreisen der Hamburger Bevölkerung nach Kräften unsere Grundsätze, wie er auch stets Mitglied der Partei blieb, jederzeit bereit, für dieselbe finanzielle Opfer zu bringen. „Längst hat, sagt das „Hamburger Echo“, der Unmuth, den seine Rückkehr unter dem Sozialistengesetz hier und da in Parteikreisen erregte, einer ruhigen und objektiven Beurteilung des Falles Platz gemacht. Die Liebe und Achtung der Partei giebt ihm das Geleite zum Grabe. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren als einem von der alten Garde, die unter den schwierigsten Verhältnissen für unsere Sache die Bahn gebrochen und ihr den Boden geschaffen hat, auf welchem sie sich entwickeln konnte.“

Unserem englischen Parteigenossen William Morris widmet die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das führende Organ der deutschen Buchdruckereibesitzer, folgenden Nekrolog: „Von dem kürzlich erfolgten Tode des Dichters und Buchdruckers William Morris werden alle Liebhaber guter Dichtung und Einbände mit Trauer gelesen haben. Ein berühmter Poet, vollendet Geschäftsmann, bedeutender Sozialist, eröffnete er zuerst die „Gilmerscott Press“ zum Druck seiner eigenen Bücher und machte sie dann zu einem Spezialgeschäft. Er lebte in den alten Schriftcharakteren zurück, kopierte alte Schriftbilder und zeichnete seine Antiquaraturen, seine Kopfstellen und seine prächtigen Bucheinbände selbst. Seine Formen fanden im Einklang mit dem übrigen Material und das prächtige Papier war dem besten Wattenpapier nachgebildet. Der gesammte Druck erfolgte auf der Handpresse. Morris' Arbeiten wurden von den Buchdruckern viel kritisiert, aber er machte die Arbeit, wo immer er sie anfaßte, zur Kunst, und ein großer Mann ist in ihm für das Gewerbe verloren gegangen.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Weil an seinem Geburtstage deklamatorische Vorträge gehalten sind, erhielt Genosse Kolla und der Gastwirth Baugay in Heegermühle, bei dem die Feier stattfand, ein Strafmandat über 5 M., gegen das beide gerichtliche Entscheidung beantragten, das Amtsgericht in Oberwalde sprach die beiden Missethäter frei, da man ja doch eine Geburtstagsfeier nicht in der Kirche abhalten kann. Dagegen wurde Genosse Rietzsch auf 12 Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er, wie die Anklage behauptet, in Gegenwart des Sendarmen bei einer anderen Gelegenheit das Lied gesungen habe: „Wenn wir kein Geld mehr haben, spamm' wir'n Sendarm vor'n Wagen“. Auch gegen dieses Urtheil ist Berufung eingelegt.
— Wegen Beleidigung der Magdeburger und der Erfurter Staatsanwaltschaft ist Genosse Wiertelatz in Erfurt als verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribüne“ beizeitenlich des „Nordhäuser Volksblatts“ zu insgesamt fünf Monaten Gefängniß verurtheilt. Diese Strafe ist rechtskräftig, da das Reichsgericht die von Wiertelatz eingelegten beiden Revisionen leider verworfen hat.
— Konfisziert wurden am Donnerstag in Erfurt auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die noch vorhandenen

Exemplare der am 7. Oktober erschienenen Nummer der „Thüringer Tribüne“ (Stadtausgabe) und des „Nordhäuser Volksblatts“ vom selben Datum. Die Nummern sollen beleidigenden Inhalts sein.

Gewerkschaftliches.

Von der Brauereiarbeiter-Fabrik Siegfried Warschauer Nachfolger (Siegfried Lewy) in Berlin ging uns eine Erklärung zu, worin auf eine Bekanntmachung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes über den bei dieser Firma ausgebrochenen Streik gesagt ist, die Angabe, ein Streik wäre dort ausgebrochen, sei unwar. Der Einsender der Erklärung sagt dann: Wenn in meiner Fabrik acht Arbeiter aus reinem Uebermuthe die Arbeit niederlegen und denselben von mir erklärt wird, daß sie bei mir niemals wieder eingestellt werden, so ist dies doch nichts weniger als ein Streik.“

Zu dieser „Verdichtung“ wird uns vom Vorstande des Berliner Metallarbeiter-Verbandes mitgetheilt; Am 25. September beschloß eine große Versammlung der Gärtler und Dräher in allen Werkstätten, wo die Mehrzahl der dort Beschäftigten dafür eintreten werde, die Forderung auf neunstündige Arbeitszeit zu stellen. Diesem Vorgehen schlossen sich die Arbeiter der Firma Siegfried Warschauer Nachfolger an. Dieselben stellten ihrem Chef die Sache vor und als die Forderung abgelehnt wurde, legten sie sämtlich die Arbeit nieder. In 52 Werkstätten vollzog sich dasselbe, nur mit dem Unterschied, daß die Forderungen für insgesamt 1332 Arbeiter dieser Branche bewilligt wurden. Es ist also ein regelrechter Streik zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie solches dem Arbeiter gesetzlich gestattet ist. Daran ändert auch die Thatsache nichts, daß die Inhaber der Firma nach Verlauf von über einer Woche den Arbeitern brieflich mittheilten, daß dieselben niemals wieder in ihrer Fabrik Beschäftigung erhalten würden.

Achtung, Schuhmacher Verlus! Nächsten Montag wird in der Löhlostr. 11/112 (Victoria-Brauerei) eine Versammlung abgehalten, worauf hiermit besonders aufmerksam gemacht sei. Ferner gelangen am Sonntag, morgens 8 Uhr, Flugblätter zur Vertheilung, die im Restaurant Freigang, Schützenstr. 18/19, entgegenzunehmen sind. Um zahlreiche Theilnahme ersucht die Agitationskommission.

Achtung, Buchbinder! Die im Lohnkampf stehenden Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen zu Hamburg-Altona zu erfuchen alle Kollegen des In- und Auslandes, den Zutritt strengstens fernzuhalten. Der Streik dauert unverändert fort. Arbeitsgelegenheit für Zurückgekehrte absolut unmöglich! Die bezügliche Korrespondenz sind zu richten an: G. Grimm, „Karlsruhe“, Kurierstr. 11, Ecke Fischmarkt. Sonstige Sendungen wolle man an H. Schmidt, unter derselben Adresse richten.

Arbeiter Charlottenburgs. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr im Lokal Bismarckshöhe statt.

Die Fabrikanten der Berliner Metallindustrie schließen sich, angelehnt an die Lohnbewegungen der Arbeiter, immer zahlreicher zusammen. Neben dem bereits bestehenden, durch seine Rühmlichkeit zu so fragwürdigem Ruhme gelangten „Verband Berliner Metallindustrieller“ hat sich am 5. Oktober eine „Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten“ gebildet, der bereits über 70 Firmen mit einem Personal von circa 5600 Arbeitern angehören sollen, darunter die Aktien-Gesellschaft Scharfetter u. Walter, F. Bugle u. Co., J. C. Spinn u. Sohn, G. H. Stollwieser u. Co. Die neue Vereinigung steht im starren Verhältnisse mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller, dessen Mitglieder, soweit sie der Abtheilung II. dieses Verbandes angehören, wahrscheinlich der neuen Vereinigung beitreten werden, da die Satzungen des Verbandes hauptsächlich den Großbetriebern der Eisengießereien und Maschinenbau-Anstalten angepaßt sind, weniger den Metallwaaren-Fabriken. Die neue Vereinigung umfaßt die Fabrikation von Militär-Effekten, Thür- und Fensterbeschlägen, Möbelbeschlägen, Bronze, Alufabrik, Zinkguss, Lampen und sonstigen Beleuchtungsgegenständen, Kurz- und Galanteriewaaren, Zink- und Bronzegegießereien, Metalldruckwaaren, Armaturen etc.

Zweck der Vereinigung ist: Vertretung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder, insbesondere: 1. Beschwerden der Arbeiter auf Antrag zu untersuchen und darüber mit für den Unternehmer verbindlicher Wirkung zu entscheiden, 2. auch ohne einen solchen Antrag, sobald ihre Beschwerden oder Mißthätigkeiten bekannt werden, aus eigener Veranlassung den Versuch zur Abhilfe oder einer gütlichen Veiligung zu machen, 3. gemeinsame Maßregeln durchzuführen, falls in einem der Vereinigung angehörenden Betriebe die Arbeiter versuchten sollten, Lohnherabsetzungen oder sonstige Forderungen vermittelst Arbeitseinstellung, Sperrre, Verurtheilung oder auf ähnliche Weise durchzusetzen; 4. einheitliches Handeln zu bewirken in allen Fragen, welche für das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter von grundsätzlicher Bedeutung sind (z. B. Maximalarbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, l. Mai, Fabrikordnungen u. dergl.), 5. sich bei Regelung allgemein wirtschaftlicher sowie der auf Wohlfahrts-Einrichtungen der Betriebe bezüglichen Fragen in geeigneter Weise zu betheiligen, 6. eine Vereinigung mit anderen Verbänden gleicher oder ähnlicher Art zu versuchen.

Weiter bestimmt das Statut, daß ausländische Arbeiter bei Strafe bis zu 100 M. in jedem einzelnen Fall in keinem der zur Vereinigung gehörigen Betriebe beschäftigt werden dürfen. Den berühmten Grundsatz: Herr im Hause zu sein, mit dem das Unternehmertum die Organisation der Arbeiter belämpft, müssen die Mitglieder der Fabrikantenvereinigung in dieser also fast völlig aufgeben, und wenn sie den statutenmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen, so verfallen die Wechsel auf Sicht, die der Vereinsleitung ausgedient und von dieser bei der Reichsbank deponirt werden müssen; der Betrag dieser Wechsel ist wie folgt festgesetzt: bis 15 Arbeiter 500 M., bis 50 Arbeiter 1000 M., bis 100 Arbeiter 2000 M., bis 250 Arbeiter 4000 M., bis 500 Arbeiter 6000 M., bis 1000 Arbeiter und darüber 10 000 M.

Die neue Vereinigung hat natürlich auch einen eigenen Arbeitsnachweis, um die Arbeiter noch besser im Zaume zu halten.

Derjenige Theil der Metallarbeiter Berlins, der, anstatt sich der Organisation seiner Fachgenossen anzuschließen, im Schlafe dahin lebt, mag sich den Organisationsfeier der Unternehmer zum Beispiel nehmen. Gerade die deutschen Metallindustriellen sind hierin besonders rührig. Wie in Berlin, so sind sie in Albed und Hamburg am Werke, die Arbeiterorganisationen durch ihre Arbeitsnachweise zu zerstören. Mit Händen zu greifen ist es, daß sie irgendwann ihre ganze Kraft ausbieten werden, um die blühenden Organisationen gerade der Berliner Metallarbeiter durch einen Hauptschlag zu vernichten. Die Folgen eines etwaigen Sieges der Metallindustriellen würden sich jedem Berliner Metallarbeiter und in erster Linie denen fühlbar machen, die nicht durch die Organisation zum Kampfe geföhrt sind. Möge man das in den Kreisen der Indifferenten beachten und durch Eintritt in die Metallarbeiter-Organisation sich gegen künftige Wechselfälle bei Zeiten einen Halt schaffen.

Zu Dresden haben die Riffenmacher der Zigarrenfabrik von Otto Deter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Briefe und Sendungen werden an Paul Ritschke, Schweitzerstr. 14, 2 Tr., erbeten.

Der „Korrespondent“, Organ der Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaaren-Industrie, erscheint von jetzt an in vergrößertem Format ohne Preiszuschlag. Er wird statt wie bisher in einem Altenburger Privatgeschäft in der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei gedruckt.

Beim Streik in der Thörl'schen Fabrik in Harburg hat ein Arbeiter zwei Streikbrecher mittels eines Werkzeuges geschlagen. Wegen Nötigung und Körperverletzung verurtheilte ihn das Landgericht in Stade zu 6 Monaten Gefängniß. Er war von seiner eigenen Frau, die von ihm getrennt lebt, denunziert worden.

In Lauterberg a. S. hatten die Stuhlarbeiter infolge der von uns schon gemeldeten Vereinbarung mit den Fabrikanten, wodurch Genosse Erfurt zum Verlassen des Ortes gezwungen wurde, eine Volksversammlung einzuberufen, wo Genosse Jahn aus Berlin über das Thema referirte: Was lehren uns die Streiks? Er bemerkte ausdrücklich, daß er als Unbetheiligter kein Urtheil über diese Vereinbarung fällen könne, aber Sache der Arbeiter wird es sein, den Fabrikanten kein allzu großes Vertrauen entgegen zu bringen, da diesen jedenfalls nur daran lag, den „Führer“ des Ausstandes los zu werden, um mit den Arbeitern desto ungenierter umspringen zu können. (Zustimmung.) Umso mehr aber müßten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen trenn und fest zur Organisation halten, um die Streiche der Fabrikanten jederzeit pariren zu können. Wie aus der Diskussion hervorging, sind die Arbeiter mit der von drei Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes getroffenen Vereinbarung keineswegs einverstanden und darüber ungemein verbittert, weil mit diesem Opfer der kostspielige Streik schon nach den ersten vier Wochen hätte beendet werden können. Auch wurde von mehreren Arbeitern mitgetheilt, daß nicht nur dem als Nachfolger Erfurt's ansersehenen Genossen Müller, sondern auch einer Anzahl anderer Arbeiter trotz des mit den Fabrikanten getroffenen Abkommens die Arbeit rüdweg verweigert wurde. Daraufhin erklärte Erfurt unter dem Beifall der Versammlung, daß, falls die Fabrikanten vorbrüchig werden und die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen sollten, er binnen kurzer Zeit wiederkommen werde. Ein Theil der Kundschait ist den Fabrikanten, wie sie sagen, verloren gegangen. Die Stimmung unter den Arbeitern ist fest und selbstbewußt, also keineswegs entmutigend.

Beendet ist der Ausstand auf der Karlsfegengrube bei Kattowiz. Die Verwaltung hat die gestellten Forderungen bewilligt.

Der Ausstand der Leipziger Holzbrechler dauert fort. 32 Mann sind zur Zeit noch ausständig. Infolge der guten Geschäftskondition mehrten sich die Bewilligungen von Tag zu Tag. Die Arbeiter, die sich bis jetzt der Bewegung der Gehilfen gegenüber passiv verhielten, haben sich derselben zum großen Theil noch angeschlossen. Die Firma Grunert u. Lehmann (Papierische Straße), deren Personal mit dem allgemeinen Ausstand drohte, wenn die Forderungen der Holzbrechler nicht bewilligt werden sollten, hat unterschrieben bewilligt.

Die Leipziger Steinarbeiter (Steinmehnen) haben den Beschluß gefaßt, den bisherigen Tarif nicht wieder zu verlängern, sondern betreffs eines neuen Tarifes mit den Meißnern in Unterhandlung zu treten. Im neuen Tarif fordern die Steinmehnen nehmündige Arbeitszeit an stelle der zehnständigen, 55 Pfennige Stunden-Mindestlohn, 100 pCt. Zuschlag für Ueberstunden und Freigabe des 1. Mai.

Der Vorstand der Münchener Bäckereinnung hat an sämtliche Bäckereimeister Münchens ein Zirkular verfaßt, worin die Meister aufgefordert werden, nur den 3 n u n g s a r b e i t s n a c h w e i s zu benutzen; unter allen Umständen soll es vermieden werden, Gehilfen durch schon in Arbeit stehende Kollegen beschaffen zu lassen. Das Zirkular schließt mit den Worten: „Wir erwarten, daß sich das Solidaritätsgefühl wie bisher auch jetzt wieder recht lebhaft kundgeben möge zum Wohle unseres ohnehin sehr verfolgten Gewerbestandes!“ Natürlich wollen die Herren durch diesen Schritt die Gehilfenorganisation lahm legen.

Depschen und letzte Nachrichten.

Flensburg, 23. Oktober. (W. Z. B.) Das hiesige Schwurgericht verurtheilte heute den Arbeiter Sellhorn aus Osium wegen vorsätzlicher Brandstiftung in 14 Fällen zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenloß. Sellhorn hatte als Mitglied der Feuerwehr, um sich durch Erweisen als Erster auf der Brandstätte die hierfür angelegte Prämie zu verdienen, die Brandstiftungen verübt. Im ganzen wurden dadurch 16 Wohnhäuser eingeschmert.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. (W. Z. B.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Karlsruhe gemeldet: Eine Befähigung der Verurtheilung des Lieutenant v. Präfewitz liegt nicht vor. Auskunst darüber ist gleichfalls nicht zu erhalten. Einzelne Blätter bereiten die Verurtheilung überhaupt und betonen, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

Prag, 23. Oktober. (W. Z. B.) Im deutschen Stadttheater zu Pilsen ist gestern Abend während der Vorstellung Feuer ausgebrochen. Sämtliche Garderoben wurden geröhrt. Nur der Geistesgegenwart des Regisseurs, der das Publikum ermahnte, das Theater ruhig zu verlassen, ist es zu verdanken, daß eine Panik vermieden wurde.

Bern, 23. Oktober. (W. Z. B.) Auf der ganzen Strecke der schweizerischen Hochebene herrscht seit heute früh ein sehr starker Schneefall, der große Störungen im Telephonverkehr verursacht. In Chaux-de-Fonds liegt der Schnee einen halben Meter hoch; die telegraphische und telephonische Verbindung ist ganz unterbrochen; durch die Last des Schnees wurden große Bäume geknickt; Telegraphenstangen stürzten auf die Straßen herab. Ueberschwemmungen werden aus den Kantonen Neuchburg, Waadt, Basel und Tessin gemeldet, wo die Weineernte vollständig zerstört wurde.

Marseille, 23. Oktober. (W. Z. B.) Gestern versuchten mehrere Individuen, die aus dem Auslande gekommen waren, sich einer in einem hiesigen Depot lagernden Menge Dynamit, die sich auf 20 Kilogramm belief, zu bemächtigen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Nach neueren Ermittlungen fehlen von diesen 20 Kilogramm 3 Kilogramm, über deren Verbleib man nichts weiß. Gleichzeitig mit dem Fehlen des Dynamits wurde auch das Verschwinden der verdächtigen Personen festgestellt, von denen einige die italienische Grenze überschritten haben sollen.

London, 23. Oktober. (W. Z. B.) Ueber die Gefangenhaltung eines chinesischen Arztes, welcher wegen Betheiligung an einer Verschwörung zur Beseitigung der Mandschu-Dynastie nach England geföhrt und in die chinesische Gesandtschaft gelockt war, verlautet weiter, daß derselbe ständig in seinem Zimmer in der Votshast bewacht wird. Thüren und Fenster sind mit Vorhängeschloßern versehen. Die Votshast erklärt, er sei chinesischer Untertan, während seine Freunde ihn als Engländer bezeichnen. Die Votshast wird von Truppen bewacht. Da das Publikum eine immer drohendere Haltung annimmt, mußte die Umgebung abgesperrt werden.

London, 23. Oktober. (W. Z. B.) Es bekräftigt sich, daß Lord Salisbury in der Angelegenheit Sun-Yat-Sen ein Schreiben an den hiesigen chinesischen Gesandten gerichtet hat. Dasselbe war in sehr entschiedenem Tone gehalten. Vom Auswärtigen Amt wurde ein Polizei-Agent nach der Gesandtschaft geschickt, um Sun-Yat-Sen abzuholen. Daraufhin wurde dieser um 5 Uhr nachmittags freigelassen.

Kiew, 23. Oktober. (W. Z. B.) In Mengrow vergiftete ein 18jähriger Bauernbursche seine Eltern und Geschwister, um deren Vermögen zu erben. Die Mutter starb an den Folgen der Vergiftung; die übrigen wurden gerettet.

Saloniki, 23. Oktober. (W. Z. B.) Wie amtlich festgestellt wurde, ist die bei Demitapu erfolgte Entgleisung des türkischen Militärzuges, bei welcher drei Personen getödtet und vier verwundet wurden, auf die Thätigkeit der Insurgenten zurückzuführen, die an einer Stelle die Schienen ausgehoben hatten.

lokales.

Für den zweiten Wahlkreis findet am Sonntag, den 25. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Hubert, Lindenstraße 106, eine Versammlung statt, in welcher Genosse M. Grempe über „Kulturbringende Europäer in Afrika“ referieren wird.

Achtung, 6. Wahlkreis! Parteigenossen, welche gewillt sind, an der am Sonntag Vormittag 8 Uhr stattfindenden Flugblatt-Verbreitung theilzunehmen, werden ersucht, sich pünktlich in folgenden Lokalen einzufinden: Pfarr, Pottlitzstraße 10, M o a b i t; Kleinert, Mülletstr. 7n, Gieshoit, Poyenstraße 40, Bedding; Mörchel, Schönhauser Allee 28, Schönhauser Vorstadt; Brinkmann, Prinzenallee 21; Gafeland, Wellermannstr. 87, Gesundbrunnen; German, Putschstraße 45, Schöpinger, Schweinmünderstr. 120, Rosenthaler Vorstadt. Am rege Theilnahme ersuchen die Vertrauensleute.

Arbeiter-Bildungsschule. Morgen Vormittag um 10 1/2 Uhr beginnt im Lokale der Nordschule, Brunnenstr. 25, der Sonderkursus in Nationalökonomie unter der Leitung des Herrn Dr. Konrad Schmidt. Die Vorträge, denen das „kommunistische Manifest“ zu Grunde gelegt wird, wird Genosse Schmidt mit Rücksicht auf das für jeden Arbeiter hochwichtige Thema so gestalten, daß auch diejenigen Mitglieder daran theilnehmen können, die bisher noch nicht Nationalökonomie belegen hatten. Wir erwarten mit Rücksicht darauf einen möglichst zahlreichen Besuch.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß zu der morgen Vormittag um 10 Uhr stattfindenden Sondervorstellung in der alten Urania, Invalidenstr. 2, „Neue Versuche mit Röntgenstrahlen“ noch Billets zum Preise von 50 Pf. in den bekanntgemachten Zahlstellen, sowie am Eingange der „Urania“ zu haben sind. Der Vorstand.

Der Fall Nothenburg beschäftigte am Donnerstag die Stadtverordneten-Versammlung. Die Direktion der Irrenanstalt Herzberge, in deren Pflege sich die vermittelte Frau Nothenburg seit mehreren Jahren befindet, hatte die Entlassung derselben aus der Anstalt wiederholt davon abhängig gemacht, daß eine geeignete und angemessene Pflege für die Kranke nachgewiesen werde. Die Gesuche des Sohnes, die Mutter in seine Pflege zu geben, sind mehrfach mit der Motivierung abgewiesen worden, daß er nicht geeignet hierfür erscheine, weil er selbst schon in einer Irrenanstalt gewesen und außerdem auch nicht genügenden Verdienst bezugs. Mittel habe, um für seine Mutter sorgen zu können. Aus Anlaß einer Petition, welche der junge Mann, ein Referendar a. D. an die Stadtverordneten-Versammlung in dieser Angelegenheit gerichtet hatte, wandten sich unsere Genossen scharf gegen den Standpunkt der Verwaltung, den sie als rechtlich völlig unhaltbar bezeichneten. Es kann auch nach unserer Ansicht unter keinen Umständen gebilligt werden, daß die Entlassung aus einer Irrenanstalt von dem Nachweis genügender Subsidienmittel abhängig gemacht wird. Wird ein Geisteskranker ärztlichseits für entlassungsfähig erklärt, so darf er aus dem Anstalt, daß er keine Mittel besitzt, nicht eine Stunde länger in dem Irrenhaus gehalten werden — wenn möglich, hat in solchem Falle die Armenpflege einzutreten. Die Irrenhäuser sind dazu da, um Geisteskranken Unterkunft und Pflege zu gewähren, nicht aber um Personen, deren geistiger Zustand es nicht erforderlich macht, zu beherbergen. Im vorliegenden Falle war diese Einwendung der Verwaltung übrigens um so weniger am Platze, als der Sohn ein monatliches Einkommen von 100 M. hatte, als er um die Ueberführung der Mutter in seine Pflege ersuchte. Die Einwilligung des Vormundes der Entmündigten war ebenfalls vorhanden und auch der letzte Grund, die Thatsache nämlich, daß der Sohn selbst früher in einer Irrenanstalt gewesen, kann als stichhaltig nicht angesehen werden. Der junge Mann war zwar vor mehreren Jahren in einer Anstalt, ist aber von dort als gesund entlassen, ist nicht entmündigt, rechtlich und geschlechtlich also

dispositionsfähig. Gegenüber der Geltendmachung dieser Gesichtspunkte suchten sich die Vertreter der Verwaltung, in die Enge getrieben, dadurch zu retten, daß sie erklärten, man habe es dem jungen Mann freigestellt, seine Mutter aus der Anstalt abzuholen. Den klaffenden Widerspruch zwischen dieser Ausführung und der amtlicherseits festgelegten Verweigerung der Uebergabe der Frau N. an ihren Sohn aus den oben angeführten Gründen, scheinen die Herren Stadträte gänzlich zu merken. Am drastischsten jedoch trat die widerspruchsvolle und schwankende Behandlung der Angelegenheit zu Tage, als der Oberbürgermeister, nachdem eine Stunde lang vom Magistratsamt aus mit Aufwand von weniger Gruben als bedeutender Vungentkraft, immer wieder die Hindernisse, welche der Uebergabe an den Sohn im Wege ständen, betont waren, liebenswürdig lächelnd erklärte: Wenn der Referendar Nothenburg morgen seine Mutter aus Herzberge abholt, wird sie ihm nicht vorenthalten werden. Diese oberbürgermeisterliche Zusage erfüllt die Wünsche des Petenten, und insofern hat die Besprechung in der Stadtverordneten-Versammlung ihren Zweck vollaus erreicht.

Der Kampf um die Gewerbeausstellungen-Bauten hat ein rasches Ende gefunden, — hoffentlich nicht nur vorläufig, sondern definitiv. Die Stadtverordneten-Versammlung ist am Donnerstag über den Antrag Rosenow auf Erhaltung des Hauptrestaurants, der Kuppelhalle und des Neuen Sees zur Tagesordnung übergegangen. Am Abend vorher hatte in den „Konfözialitäten“ noch eine „große Volksversammlung“ stattgefunden, in der ein Häuflein betrübter Garantiefonds-Zeichner und reingefallener Hausbesitzer aus dem Südosten Berlins — der Vorherrscher des Grundbesitzervereins, „Südost“ übernahm das Präsidium — eine bezügliche, dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zu überreichende Petition beschloß. Man unterhielt sich noch einmal darüber, was nun anzufangen sei, nachdem die Ausstellung mit einem Defizit, das manchem allzu vertrauenselig gewesenen Garantiezeichner recht unbehaglich werden kann, abgeschlossen hat und auch den mancherlei „Interessenten“, in erster Linie den benachbarten Grundbesitzern, den erhofften Gewinn nicht gebracht hat. Die tolle Idee, die Ausstellung im nächsten Jahre, zu einer nationalen oder internationalen erweitert, zu wiederholen, fand keine Gegenliebe mehr; die sonderbaren Schwärmer haben sich inzwischen darüber bekehren lassen, daß der Garantiefonds nur für 1896 gilt, also auch durch einen etwaigen Erfolg des nächsten Jahres (für das ein neuer Fonds zu beschaffen wäre) nicht entlastet werden könnte. Man begnügte sich jetzt mit dem geringeren Wunsch, den Treptower Park durch Erhaltung des eventuell für Gastausstellungen zu verwerthenden Kuppelbaus, des Sees und vor allem des Restaurants zu einem dauernden Anziehungspunkt für die „bessere“ Gesellschaft Berlins zu machen, die den Park erst in diesem Sommer kennen und schätzen gelernt habe; dadurch werde der bisher von dieser „besseren“ Gesellschaft vernachlässigte und über die Schulter angegebene Südosten gewinnen. Alle diese Hoffnungen — auch die der Herren Adlon und Drefsel, die noch ganz zuletzt, um sich den Park und ihr Monopol für spätere, größere Ausstellungen zu sichern, die Unabschiedenheit ihrer Forderungen durch mehrere Konzeptionen gemildert hatten — sind nun durch den Beschluß der Stadtverordneten grausam vernichtet! Der Treptower-Park endet ähnlich wie er angefangen hat: erst der Kampf um die Wahl des Platzes und nun der Kampf um die Erhaltung der Bauten. Damals wie heute wurde „das Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung“ vorgehoben, während es sich doch nur um den Profit einer kleinen Skizze von „Interessenten“ handelte. Der einzige Unterschied zwischen dem frohgemüthen Anfang und dem trübseligen Ende besteht darin, daß man damals vor dem „vornehmen“ Westen Berlins mit dem arbeitssamen Osten Staat machen zu können erklärte, während man heute den ordinären Osten durch die Gäste aus dem sich amüsierenden Westen haben will. Der Kampf war kurz — der Regenjammer wird länger sein.

Auf Antrag der Subkommission zur Vorberathung der Frage wegen Abänderung der Einkommensteuer-Verordnung hat

das Magistratskollegium beschlossen, die Bauplatzsteuer einzuführen und die in der Grund- und Bauplatzsteuer-Ordnung befindlichen Bestimmungen der Bauplatzsteuer fortzufallen zu lassen. Die Rückzahlung der bereits gezahlten Bauplatzsteuer soll nicht nur an diejenigen Besitzern, welche gegen dieselbe rechtzeitig Einspruch erhoben und verfolgt haben, erfolgen, sondern auch an diejenigen, welche einen solchen Einspruch unterlassen haben und die Rückzahlung beantragen. Bei der Grundsteuer-Ordnung soll die Umsatzsteuer erweitert werden; dieser Steuer waren bisher die in dem Substitutionsverfahren erstandenen Grundstücke nicht unterworfen; diese Befreiung soll ferner nicht mehr stattfinden, es soll vielmehr bei freiwilliger Veräußerung unbebauter Grundstücke die Abgabe auf 1 pSt. des Werthes erhöht werden.

Der Magistrat hat beschlossen, an diejenigen Steuerpflichtigen, welche zu einem Einkommen bis zu 900 M. jährlich eingeschätzt sind, besondere Veranlagungs-Benachteiligungen nicht mehr abzulassen, sondern nur an diejenigen Personen, welche zu einem Einkommen von mehr als 900 M. eingeschätzt sind. Durch diesen Beschluß wird die Wahlberechtigung der Besitzern unter 900 M. in keiner Weise berührt.

Von Gasarbeitern wird uns über die erfolgte Auflösung der Versammlung vom 21. d. M. folgendes geschrieben: Die Versammlung bot eine gänzlich an der Physiognomie, als wie alle, die bisher stattgefunden haben. Schon kurz nach 8 Uhr kamen in größeren Trupps die Arbeiter der Kolonnen, namentlich die der Anstalt Müllerstraße, welche bisher der Bewegung vollständig fern gestanden haben und weiter jene, die an die Stelle der Ausgesperrten eingetreten sind. Man sah es einigen derselben an, daß sie sich in einem ziemlich angeheiterten Zustande befanden. Außerdem waren auch zu der Versammlung Gaspoliere, Inspektoren und andere Beamte in nie dagewesener Stärke erschienen. Die erwähnten Arbeiter besetzten bestimmte Stellen des Versammlungsortes und kaum war die Versammlung eröffnet worden, so machten sie sich durch fortwährende Zwischenrufe und Unterbrechungen bemerkbar, welche die Ausführungen des Referenten und der ausgesperrten Arbeiter als unwirksam und erlogen bezeichneten. Diese Zwischenrufe führten schließlich zu der Auflösung der Versammlung. — Ob die betreffenden Arbeiter, Bolliere u. aus eigenem Antriebe zu dieser Versammlung erschienen waren und die erwähnten Szenen ausführten? — Das es sich um eine beabsichtigte Störung der Versammlung gehandelt hat, wird durch folgendes bewiesen: Bevor die Versammlung eröffnet wurde, kam zum Genossen Börsch ein Arbeiter der Anstalt Müllerstraße heran und bat ihn, mit der Begründung, daß er kein Redner sei, besonders die Arbeiter der Anstalt anzusprechen, in welcher er arbeite, da das Verhalten derselben lächlich sei. Genosse Börsch unterließ jedoch dieses und als dann die geschilberten Dinge sich abspielten, gehörte dieser Arbeiter mit zu denen, die den Stöbel aufführten. Wir bitten die Berliner Arbeitergesellschaft, die Sammlungen für die Ausgesperrten fortsetzen zu wollen, da bis jetzt von denselben, trotz des vor dem Einigungsamte geschlossenen Vertrages, noch niemand wieder eingestell worden ist und erst eine kleine Anzahl der Ausgesperrten anderwärts Beschäftigung erhalten hat.

Ueber den hientigen Stand der Elektrotechnik sollen nach Beschluß des Magistratskollegiums 10 Doppelvorlesungen in dem Hörsaal der ersten Handwerker-Schule in der Lindenstraße gehalten werden. Der Subdirektor dieser Schule, Herr Professor Dr. Szymanski hat sich bereit erklärt, diese Vorlesungen zu halten. An den Vorlesungen werden sich insbesondere die städtischen Bautechniker, Beamte der Feuerwehr, des Polizeipräsidiums u. s. w. betheiligen. Die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung soll zu diesem Vorhaben des Magistrats nachgesucht werden.

Aus den Mitteln des Schmidt'schen Nachlasses, mit welchem die Vereinigung des Galle'schen Nachlasses für spätere Zeit beabsichtigt ist, sind zur Errichtung eines Kinderasyls in der Kirastr. zwei Grundstücke erworben worden, nach

Kunst und Wissenschaft.

Graf August Platen wurde vor hundert Jahren (am 24. Oktober 1796) zu Andach in Franken, als Sohn eines norddeutschen Adelsgeschlechts geboren. Um vor der hohen Kunst die jubiläum-übliche Reverenz zu machen, wird jetzt in der deutschen Presse das Gedächtnis an den Dichter in feierlich gehobener Weise betont. Viel wohlfeile Schwärmerel und Ueberschwenglichkeit macht sich da breit und täuscht darüber hinweg, daß Platen, so seine, ja edle Gaben ihn auszeichnet hatten, zu den immer mehr verblasenden Dichtererscheinungen gehört, die nicht zur geistigen Führerschaft hohen Stils berufen waren. Wenn Immermann im „Münchhausen“ von seinem literarischen Gegner, eben dem Grafen Platen sagt: Platen gehört in die Walhalla (die Ruhmeshalle bei Regensburg), so ist der Ausspruch ohne Zweifel ehrenvoll für Immermann und berechtigt. Aber wie mancher ist in die Walhalla aufgenommen, der für unsere Tage wenig mehr bedeutet und nicht vorbildlich wirken kann.

Zu den Glucks- und Sonntagkindern hat Platen nicht gehört; unglück und häufig von Vitternissen erfüllt, verließ sein Leben. Der Heimath entfremdet, der „undankbaren“, wie er singt, starb der Dichter in Sorraus. Er war 39 Jahre alt geworden. Aus dem Offiziersstand war Platen hervorgegangen. Aber sein reichbewegter Geist fand naturgemäß im starren Garnisondienst kein Genügen. Der Dichter mußte sich unglücklich fühlen; und als er auf einer Ferienreise nach Venedig kam und Schönheits-tranken dort seinen Urlaub überschritt, da verübte er noch in Nürnberg als bayerischer Offizier eine mehrwöchentliche Gast, entsagte dem Offiziersberuf und zog 1826 nach Italien, wo er von nun an mit kurzen Unterbrechungen als „wandernder Rhapode“ lebte.

Als Romantiker hat Graf Platen begonnen, als Klassizist geendet, nachdem er zuvor noch in zwei literarischen Feldzügen, der „verhängnisvollen Gabel“ und dem „romantischen Oedipus“ der Romantik erbitterten Krieg angefangen hatte. Viel Fernwirknisse, viel Kerger und Kränkungen mußte der überaus reizbare Dichter erfahren. Literarische Feinde werden nirgends sehr läuberdlich ausgeföhnt und am allerwichtigsten in Deutschland. Immermann und Heine waren waffenbewehrte Gegner, und namentlich Heine's Wobheiten verwundeten schwer. Schonungslos verfolgte Heine den Grafen Platen bis auf fernwelle Gebiete und warf ihm Dinge vor, die wir heutzutage, wären sie nicht wahr, nicht mehr Laster, sondern krankhafte Entartung nennen möchten.

Was der romantischen Periode Platen's entsprang, das hat heute nur mehr für den Literatordoxitor Werth und Interesse. Nach Märchenländern und zu Märchenträumen war die Romantik geföhnt; mit Rückert zugleich entließ Platen den „Bundeländern des Orients“ besondere Verehrerinnen und schuf seine Schafelen. Dann dichtete er phantastische Märchenträume, wie den „Schah des Kampfhilf“, den „Gläsernen Pantoffel“. Nach Art der Romantiker verweb er Ironie in seine Märchen. Mit den bereits erwähnten Satiren gegen die

Schiedelstragödie, gegen Immermann und seinen Einfluß begann Platen's neue Entwicklung. In ihnen hatte Platen die politische Komödie des Aristophanes sich zum Muster genommen und gern wandte er sich von nun ab in seiner formdeden, gedankenreichen Dicht der Antike und ihren Kunstmitteln zu. Man hat in neuer Zeit zu Paris das Wort von der „Kunst für die Künstler“ gebragt. Das Wort ist sehr bezeichnend für eine gewisse Kunstübung, die durch besondere Freiheit oder besonderes Raffinement sich an einen kleinen Kreis von Kennern und Schaffenden wendet, mitunter die Kunsttechnik sogar bereichert, aber den großen elementaren Zug vermissen läßt, der einem Gedicht wie dem „Gauk“, die unvergleichliche suggestive Kraft über das Volksgemüth lieh. Rehnlicher Art war Platen's Schaffen auch. Ueberlegene, mitunter warme Reflexion waltete bei ihm vor; selten begegnet man bei ihm der stark persönlichen Form des Liebes, die er sehr wohl beherrschte, wie das herrliche Stimmungsbild „Wie raff' ich mich auf in der Nacht, in der Nacht“ beweist. Selten auch durchbricht eine subjektive Leidenschaftlichkeit, wie in den Potentledern mit ihrem Küssenhaß, den nachdenklichen, ein wenig freitig-stolzen Grundton Platen's.

So kommt es, daß die Reichthümer seines Geistes der Volkseele verhältnismäßig geringen Gewinn brachten. Sein größttheil beschaulicher Sinn konnte schwerwiegende Gedanken in kunstvolle Form gießen; Klagen über sein Geschick konnten wärmere, melancholische Empfindungen wecken; aber die Gabe, die erst den ganz Großen macht, die Gabe hinzureisen, zu enthusiastischen, blieb ihm verlag.

Ueber einige Ergebnisse von Nansen's Polarfahrt hat der norwegische Meteorologe und Hydrograph Professor Mohn bereits Mittheilungen gemacht, welche Herr O. Wasmann, einer der Theilnehmer an Dr. Drigalski's Westgrönlands-Expedition, in Heftner's „Geographischer Zeitschrift“ zusammengestellt hat. Ganz kurz sei das wesentlichste aus diesem Aufsatz rekapituliert. Das erste ist, daß sich die Annahme einer freitich von den Winden — wie schon Weiprecht beobachtete — abhängigen Meeresströmung von der Gegend der nördlichen Inseln bis nach dem Meer zwischen Ost-Grönland und West-Spizbergen bestätigt hat und daß somit die Theorie von einem unbeweglichen Polareis ausgegeben werden muß. Die größte Entdeckung der Expedition besteht aber darin, daß sie in den höchsten Breiten eine ausgedehnte Tiefsee mit eigentümlichen Verhältnissen in der Tiefe feststellte, während man nach den Ergebnissen der neueren englischen und amerikanischen Expeditionen eine beständig mit schwimmendem Eis bedeckte Flachsee mit eiskaltem Wasser in der Tiefe annehmen mußte. Der Meeresboden im Norden und Westen der nördlichen Inseln hat nach Nansen's Ermittlungen Tiefen bis zu 2000 Faden und ist somit eine ununterbrochene Fortsetzung des von Nordenstid und Mohn untersuchten nordeuropäischen Tiefmeeres. Danach ist es im hohen Grade wahrscheinlich, daß am Nordpol selbst ein tiefes, beständig von dicht gepacktem treibenden Meereis bedecktes Meer vorhanden ist. Am merkwürdigsten ist aber die ermittelte Temperaturvertheilung in diesem Nord-

Polarmeer. Die norwegische Nordmeer-Expedition unter Mohn (Dampfer „Vörsing“) fand in der obersten Wasserschicht des europäischen Nordmeeres bis zu einer Tiefe von etwa 100 Faden überall Temperaturen unter 0 Gr. bis herab zu — 0,5 Gr. In dem Circum-Polarmeer aber fand man, wie wir schon früher als besonders bemerkenswerthe Thatsache berichtet, in Tiefen unter 100 Faden Wassertemperaturen über 0 Gr. bis zu + 0,5 Gr. Man erklärt sich dies dadurch, daß das wärmere Golfstromwasser des Nordatlantischen Ozeans durch die 1878 von der „Vörsing“ ermittelte Rinne westlich von Spizbergen in das Polarbecken ost- und nordwärts eintritt. Die tiefe Temperatur und Eisführung der oberen Schichten rührt außer von der Länge des Winters wahrscheinlich von dem geringen Salzgehalt dieser Schichten her, der bei der Menge des durch die sibirischen und nordamerikanischen Ströme dem Polarbecken zugeführten Süßwassers leicht erklärlich ist. Das Golfstromwasser hat dagegen einen höheren Salzgehalt, es wird daher bei der Abführung schwerer als das Süßwasser der oberen Schichten und sinkt zu Boden. Daß seine Temperatur dabei nicht unter 0 Gr. sinkt, ist eines der merkwürdigsten Phänomene. — Die zahlreichen und sorgfältigen Beobachtungen über Windrichtung und Windstärke, Oberflächenströmungen, Eistricke, Wassertemperatur und Salzgehalt in verschiedenen Tiefen, während dreier Jahre an Bord der „Fram“ angestellt, liefern ein unschätzbares Material zum Studium der Meeresströmungen, welches durch die Ergebnisse der neueren dänischen Expeditionen („Gekka“ und „Ingolf“) in werthvoller Weise ergänzt wird. Wenn man bedenkt, daß es nach neueren Untersuchungen namentlich die Temperaturverhältnisse und Strömungen im europäischen Nordmeere sind, welche die Bitterungsverhältnisse des nördlichen Europa's und namentlich der skandinavischen Halbinsel beeinflussen, so haben wir Aufklärungen über unsere klimatischen Verhältnisse und unser Wetter zu erwarten, die zur Vervollkommnung der Wetterprognosen beitragen und so auch von wirtschaftlicher Bedeutung werden können. Eine meteorologische Normalstation, wie sie die mit vorzüglichen Instrumenten ausgestattete „Fram“ drei Jahre hindurch in einer Entfernung von nur 4 bis 5 Breitengraden vom Nordpol bildete, muß unsere Kenntnis von den Zuständen und Bewegungen der Atmosphäre erheblich erweitern. Ein Forschungsgebiet, das die reine Wissenschaft im höchsten Grade interessiert, aber auch eine eminent praktische Bedeutung hat, ist der Erdmagnetismus. Die „Fram“ war mit vorzüglichen Instrumenten ausgerüstet, die speziell für Messungen in hohen Breiten vom Direktor der deutschen Seewarte, Geheimrath Neumayer in Hamburg, konstruirt waren und welche von Lieutenant S. Hansen zu regelmäßigen Messungen benutzt wurden. Die Berechnungen der erdmagnetischen Messungen der internationalen Polarstationen 1882—83 haben gezeigt, daß unsere Kenntnis des Erdmagnetismus noch sehr unvollkommen ist und daß, um die für die Schiffahrt so wichtigen Karten der magnetischen Deklination zuverlässig zu konstruiren, namentlich Beobachtungen aus den höchsten nördlichen und südlichen Breiten äußerst nothwendig sind. Nansen wird solche aus dem Norden nun liefern.

deren Niederlegung das neue Kinderasyl errichtet werden soll. Dasselbe soll die Front nach dem sogenannten Waldeck'schen Parke, früher aller Jakob-Kirchhof, in der Oranienstraße erhalten und mit diesem und dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße durch Thüren verbunden werden, sodas ein eingetretener Durchgang geschaffen wird. Dem Magistratskollegium lag die betreffende Bauplätze vor, welches dieselbe genehmigte.

Kommunales. An der Debatte über die Kirchen-Visitations- und Konfessionalsordnung, welche in der Stadtverordneten-Versammlung am 22. Oktober geführt wurde, hatten sich die Stadtverordneten Bogt Herr und Bergmann (nicht Bergmann) beteiligt, deren Reden auf Vorschlag des Stadtv. Spinola im Gemeinblatt veröffentlicht werden sollen. Der Irrthum wurde durch einen Druckfehler veranlaßt.

Jugendliche Verbrecher. Nach einer Zusammenstellung der „Voss. Ztg.“ sind wegen Verbrechen und Vergehen im Jahre 1885 bestraft 30 704, im Jahre 1886 31 513, 1887 33 113, 1888 33 069, 1889 36 790, 1890 41 003, 1891 42 312, 1892 46 496, 1893 48 776 und 1894 45 504 Jugendliche. Hiernach hat von 1885 bis 1894 eine Zunahme um 15 792 oder 51,4 pCt. stattgefunden. Wenn das folgende Jahr 1895 einen erheblichen Rückgang zeigt, so ist dabei zu berücksichtigen, daß die Zahl der Diebstähle, an denen die Jugendlichen besonders stark beteiligt sind, in diesem Jahre erheblich zurückgegangen ist. Das Jahr 1894 zeigt wieder eine Zunahme. Die allgemeine Bevölkerungszunahme schließt zwar diese Zahlen etwas ab, immer aber läßt sich feststellen, daß auf je 100 000 jugendliche Personen der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1883—1887 562, im Durchschnitt der Jahre 1888—1892 634 und im Jahre 1893 690 Verurtheilte kommen. Für 1894 und 1895 liegt das Zahlenmaterial noch nicht vor. Die Kriminalität der Jugendlichen ist viel stärker gestiegen, als die Kriminalität der Erwachsenen. Auf je 100 000 Erwachsene kamen im Durchschnitt der Jahre 1883—1887 1160, im Durchschnitt der Jahre 1888—1892 1204 Verurtheilte, die Zahl der Verurtheilten ist hiernach vom ersten zum zweiten Jahrfünft um 3,8 pCt. gestiegen. Bei den jugendlichen Personen betrug die entsprechende Kriminalitätsziffer im ersten Jahrfünft 562 und im zweiten 634, so daß eine Zunahme um 12,8 pCt. stattgefunden hat. Die Straftaten der Jugendlichen beschränken sich nicht auf die leichteren Vergehen, vielmehr sind auch die schweren Verbrechen unter ihnen ziemlich stark vertreten. Wegen Mordes (einschließlich Versuch, Anstiftung dergleichen) sind im Jahre 1894 12, im Jahre 1893 11, im Jahre 1892 15 und im Jahre 1891 11 jugendliche Personen verurtheilt. Sind solche Zahlen verwunderlich, wo die „göttliche Weltordnung“ von heute die Frau in die Fabrik oder in andere Arbeitsstätten außerhalb des Hauses zwängt und dadurch ein Familienleben, geschweige denn eine Erziehung der Kinder geradezu zur Unmöglichkeit macht? Wunders muß man sich nur über die Schamlosigkeit gewisser staatsverhaltender Kreise, welche den Proletarier für die Folgen der kapitalistischen Revolutionierung verantwortlich machen wollen und als Heilmittel Stock und Ruteherrschaft empfehlen.

Der Mörder Willy Große wurde gestern Mittag 12 Uhr zum ersten Male dem Untersuchungsrichter vorgeführt, nachdem die ersten Vernehmungen vor dem ersuchten Richter des Amtsgerichts I erfolgt waren. Der ganze Korridor, an welchem die Zimmer der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter liegen, war von Beamten gefüllt, welche den Mordbuben gelegentlich der Vorführung sehen wollten. Sie alle waren erstaunt darüber, wie es möglich war, an den Anschlagssäulen von Männern im Alter von 20—25 Jahren zu reden. Der Bursche ist zwar verhältnismäßig hoch aufgeschossen, er hat aber noch ein richtiges Jungengesicht. Er wurde mit dem Knebel an der rechten Hand vorgeführt, die Finger der linken Hand trug er noch in der Wunde. Der Ausdruck seines Gesichts erschien recht gleichgültig. Die Vernehmung dauerte mehrere Stunden. Die Untersuchung wird von Herrn Landrichter Telle geführt, demselben, der als früherer Amtsrichter in Spandau auch die Untersuchung gegen den Raubmörder Weigel geleitet hat.

Der Mörder Bruno Werner ist noch immer nicht gefaßt. Seine Verfolgung scheint sich ähnlich gestalten zu wollen, wie vor einigen Jahren die des Spandauer Raubmörders Weigel. Bald soll der Gesuchte hier, bald wieder dort aufgelaucht und gesehen worden sein. Man nimmt an, daß er sich an der Peripherie von Berlin und in den Vororten herumtreibt. Daß er sich das Leben genommen habe, glaubt man nicht. Die Möglichkeit, daß Hunger und Noth den Mörder doch noch einmal nach Berlin und in die Wohnung seiner Mutter zurücktreiben werden, wird natürlich nicht außer acht gelassen.

Ueber eine merkwürdige Verhaftung in der Angelegenheit des Mordes in der Mohrenstraße wird uns berichtet: Der 23jährige Feuerwehrgeselle August H. wurde am Donnerstag Abend gegen 10 Uhr in der Rosenthalerstraße von einem Schuttmann urplötzlich festgenommen und des Mordes

Ueber die sozialistische Universität in Brüssel wird der „Voss. Ztg.“ berichtet: Die von den Fortschrittler und Sozialisten vor zwei Jahren in Brüssel neu errichtete Universität und das ihr angeschlossene Institut der hohen Studien machen unverkennbare Fortschritte. Man hat zuerst über das ganze Unternehmen gespöttelt, aber wie die Erfolge beweisen mit Unrecht. Die Universität besitzt heute alle Fakultäten und zwei Grundstücke; sie begann mit 20 Studirenden; im zweiten akademischen Jahre stieg ihre Zahl auf 60 und für das gestern eröffnete neue akademische Jahr sind 194 Studirende eingetragen. Außerdem hören in dem Institute der hohen Studien durchschnittlich hundert Personen die Vorlesungen. Die Lehrerschaft umfaßt 117 Professoren, und es ist ein Verdienst der neuen Universität, daß sie hervorragende ausländische Lehrkräfte dafür gewonnen hat, Lehrkurse an ihr abzuhalten und somit die belgischen Fachkreise Gelegenheit gefunden haben, die Forschungen ausländischer Gelehrten kennen zu lernen. Selbstredend steckt das Unternehmen noch in den Kinderschuhen und hat viele Mängel, aber seine Lebensfähigkeit steht außer Zweifel. Meldungen dieser Art werden die liberalen Blätter nicht abhalten, sich bei anderer Gelegenheit wieder über das Banauenthum der Sozialdemokratie zu moquiren.

Im Schiller-Theater ist für Montag die erste Aufführung von Otto Erich Hartleben's vieraktigen Schauspiel „Ein Ehrenwort“ angesetzt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Pauly, Detsch, Heindorf und der Herren Patry, Winterstein, Frohde, Panty, Meimann. Heute kommt „Chamisso-Weid“, und „Der Jeriffene“ zur Aufführung. — Im „Chamisso-Weid“, den das Schiller-Theater im Bürger-saal des Rathhauses am Sonntag, den 25. d. M., veranstaltet, wirken von den Mitgliedern des Theaters die Damen Heindorf und Meyer und die Herren Bach und Pauly mit. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Albalbert von Hanstein.

Im Lessing-Theater wird als nächste Novität das Schauspiel „Ninon“ von Maurice Donnay vorbereitet, das unter dem Titel „Getheilte Liebe“ zur Aufführung gelangen wird. Das Werk, das fast während der ganzen Dauer der letzten Spielzeit das Repertoire des Renaissance-Theaters in Paris beherrschte, wird am nächsten Mittwoch, den 28. d. M., im Lessing-Theater zu ersten Aufführung gelangen.

Eingelaufene Druckschriften.

Jahreshefte Verbrechen. Von C. S. Herrmann. Deutsch von H. Kuhnemann. Berlin, Grieben.
Sozial-hygienisches Lehr-Buch. Von A. B. Berlin, O. Köhler.
Zur freiwilligen Versicherung. Jülich, Schönböck.

verdächtig dem Revier 12 an der Ecke der Linienstraße zugeführt. Zwei ihm unbekannte Herren sollten den Mann als verdächtig bezeichnet haben. Auf dem Revierbureau wurde H. von dem amwesenden Lieutenant genau betrachtet, und dann fertigte der Polizeibeamte ein Schriftstück aus, ohne daß der Sistrice vernommen wurde. Der Versicherungsbeamte legte zur Legitimation seine Invaliditätsversicherungs-Karte vor, sowie die mit seiner Photographie versehene Pferdebahn-Abonnements-Karte und drittens einen ihm vom Polizeipräsidenten ausgestellten Feuerpaß. Ferner beantragte er noch, sich über seine Person auf dem Polizeirevier 9 und besonders bei dem dort angestellten ihm persönlich bekannten Kriminal-Schuttmann 2 zu erkundigen. Der Revierbeamte ließ den Sistrice fesseln; ein Schuttmann brachte ihn nach dem Droschkenhalteplatz und dann ging die Fahrt nach dem Polizeipräsidenten, wo H. zu Wagenbinden in eine Zelle gesperrt wurde. Dort blieb H. die ganze Nacht hindurch bis zum nächsten Mittag halb zwölf Uhr. Um diese Zeit erst führte man den Versicherungsbeamten zum Kriminalkommissar Braun. Dieser Herr legte dem Sistrice zunächst die Photographie des Mörders Werner vor und fragte, ob er mit dem Verbrecher identisch sei, was natürlich höflich aber entschieden verneint wurde. Dann verlangte der Versicherungsbeamte eine Bescheinigung über seinen unfreiwilligen Aufenthalt in der Sistrizelle, um sich über seinen Ausbleib im Geschäft legitimieren zu können. Nachdem der Kommissar anfänglich gemeint hatte, daß die Person, die ein Interesse daran habe, dies zu erfahren, sich schriftlich auf dem Polizeipräsidenten erkundigen solle, wurde die Bescheinigung doch endlich ausgestellt. Zum Schluß gab der Polizeikommissar selber seine Verwunderung darüber zu erkennen, daß ein derartiges Mißverständnis, wie diese Sistrizung, möglich gewesen sei. Wir bemerken, daß der trotz all seiner Legitimationspapiere festgehaltenen Versicherungsbeamte sieben Jahre älter ist, als der jugendliche Mörder und daß jedermann auf den ersten Blick erkennen mußte, daß man es in ihm nicht mit einem 16jährigen Burschen zu thun habe. Man spricht jetzt viel von einer „Fieberhafte“ Thätigkeit der Polizei in der Angelegenheit des Mordes. Aus der eben mitgetheilten Affäre erhellt, daß dieser Ausdruck durchaus richtig gewählt ist.

Der Werth unserer Kriminalpolizei ist durch die Mordaffäre in der Mohrenstraße in ein ähnliches Licht gerückt worden, wie die Bedeutung der politischen Polizei durch den unschätzbaren Vereinsprozeß gegen Auer und Genossen. Bei 14 von den 22 Morden, die sich seit Ende 1888 in Berlin ereignet haben, hat das beunruhigte Publikum auf die Entdeckung der Thäter verzichtet müssen; und daß wenigstens einer der Mörder des Justizraths Levy jetzt hinter Schloß und Riegel sitzt, ist auf alles andere eher als auf das Verdienst der Sicherheitsbehörde zurückzuführen. Der Thäter war ein fabelhaft dummer Junge, und sein Bruder, der Postangestellte, ein Mann von antiken Heroismus, als er das Gefühl der Blutsverwandtschaft zurückdämmte und den Verbrecher mit eigener Hand den Organen der öffentlichen Sicherheit zuführte. In allen Blättern, die nicht in freiwilliger Polizeifrommigkeit sans phrase machen, wird denn auch das Genie unserer Sicherheitsbeamten einer Kritik unterzogen, als das Strafgesetzbuch nur eben zuläßt. Ganz besonders drastisch tritt die Hilflosigkeit, in der sich die Polizei am Sonntag befand, an der Mittheilung der „Vossischen Zeitung“ hervor, daß der Chef der Kriminalpolizei, Graf Pädler, am Sonntag die Herren Raue u. Hartmann dreimal dringend habe auffordern lassen, die polizeiliche Belanntmachung und die ausgesetzte Belohnung an die Säulen anzuschlagen. Die Herren Raue u. Hartmann hätten sich jedesmal geweigert mit dem Hinweis auf die Sonntagruhe und auf die Unmöglichkeit, das Personal herbeizuschaffen. Die Polizei sei daher außer Stande gewesen, mit Rücksicht auf das Privileg der Firma Raue u. Hartmann die Belanntmachung vor Montag früh zu bewirken.

Als ob es keine Reichsdruckerei und keine Schulkunde gäbe, die sich in diesem Falle durch Ankleben der Plakate ein öffentliches Verdienst hätten erwerben können. Die merkwürdige Anschauung der Polizei vom Wesen der Publizität tritt auch an dem Umfange hervor, daß das zweitgrößte der in Berlin gelieferten Blätter, der „Vorwärts“ am Alexanderplatz konsequent boykottiert wird, wenn die Sauerheitsbehörde ihre Angelegenheiten der Presse kundgibt. Während alle anderen Blätter die Mittheilungen der Kriminalpolizei zugestellt erhalten, wird der „Vorwärts“ aus unbekanntem Grunde als Luft betrachtet. Wir erwähnen diese merkwürdige Thatsache nicht, weil wir besondere Sehnsucht nach den doch im Interesse der Polizei zu veröffentlichenden Mittheilungen haben. Bislang haben wir auch ohne behördliche Beihilfe immer vollständig die Neuigkeiten des Tages registriert und dies wird auch ferner geschehen. Aber Erwähnung verdient solches Verhalten unserer Sicherheitsbehörde doch.

Anarchistisches. Der Regierungspräsident zu Merseburg, Graf Stolberg, hat der „Voss. Ztg.“ zufolge gegen die Anarchisten Frau Agnes Reinhold und den Redakteur des „Sozialist“, Gustav Friedrich, Strafantrag wegen Verleumdung des Direktors des Delitzsch'schen Zuchthauses, Herrn v. Unruh, gestellt. Frau Reinhold verläßt einen Theil ihrer sechsjährigen Zuchthausstrafe in Delitzsch. Als sie am 10. Juli d. J. das Zuchthaus verlassen hatte, veröffentlichte der „Sozialist“ eine Notiz der Frau Reinhold über ihren Aufenthalt daselbst. Dasselbe Blatt bringt folgende Nachricht: Zahlreiche anarchistische Schriften sind der Polizei in die Hände gefallen. Als sie am Donnerstag in der Lühbenerstraße bei einem Manne, der verdächtig war, in der Ausstellung Gegenstände entwendet zu haben, eine Haus-suchung vornahm, fand sie einen großen Posten anarchistischer Schriften, die sofort beschlagnahmt wurden. Die Frau des Behauptungswilligen will die Schriften von der Frau des Tischlers Johann Sundat, früherem Redakteur des „Sozialist“, zur Aufbewahrung erhalten haben. Frau Sundat wurde in Haft genommen, ist indes wieder freigelassen worden.

50 silberne und 300 bronzene Staatsmedaillen hat das Handelsministerium für die Ausstellung der Berliner Gewerbe-Ausstellung gestiftet. Nun wird Bescheid darüber erlassen, daß auch heute die Namen der mit diesen Medaillen Bedachten noch nicht veröffentlicht sind. Der Handelsminister hat bisher nur dem Arbeitsausschuß mitgetheilt, die Empfänger silberner und bronzener Staatsmedaillen würden vom Handelsministerium direkt benachrichtigt werden, daß sie eine Medaille erhalten haben, worauf dann die Liste im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht werde. Es habe sich als nothwendig herausgestellt, so heißt es dann noch im Schreiben des Handelsministeriums, zu ermitteln, ob keine Umstände bei dem einen oder anderen Empfänger obwalten, welche die Verleihung einer staatlichen Auszeichnung aus-schließen. Soll ermittelt werden, ob sich auch Sozialdemokraten unter den Aspiranten befinden?

Wie die „Post“ erfährt, ist das angeblich jetzt aufgefundenene „Schriftstück aus dem 15. Jahrhundert“ längst bekannt.

Frauen dürfen die Decke der Omnibusse nicht benutzen. Die Omnibusgesellschaft hat ihren Schaffnern anbefohlen, Frauen das Sitzen auf dem Verdeck der Wagen nicht zu gestatten, weil die Ausgangstreppe den polizeilichen Anforderungen noch nicht entspricht.

Von evangelischen Pastorenpflichten giebt folgende Mittheilung des „Berl. Tagebl.“ Kunde: Fürbitte für die Prinzessin Heinrich. Der Evangelische Oberkirchenrath hat die Konfessionen der neun älteren Provinzen der Monarchie angewiesen, die kirchlichen Fürbitten für eine glückliche Entbindung der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen in den evangelischen Kirchen ihres Aufsichtsbezirks mit dem nächsten Hauptgottesdienst beginnen zu lassen.

Die Direktion der Charite ersucht uns, folgendes zu veröffentlichen: Während des bevorstehenden Winterfestes

werden in Verbindung mit dem königlichen Charitee-Krankenhaus folgende Polikliniken abgehalten: 1. für Kinderkrankheiten unter Leitung des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. Heubner von den Oberärzten Dr. Erich Müller und Dr. Wendig, im westlichen Seitenflügel der Alten Charitee, parterre (Eingang im Hauptportal), werktäglich von 12—1 Uhr; 2. die chirurgische Poliklinik unter Leitung des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. König von dem Professor Dr. Hildebrand und dem Stabsarzt Dr. Tilmann, Luisenstr. 2, werktäglich von 10—12 Uhr; 3. für innerliche Krankheiten in dem Institut-Auditorium, gegenüber dem Hauptportal der Alten Charitee, und zwar: a) seitens der 1. medizinischen Klinik unter Leitung des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. v. Leyden von dem Oberarzte Dr. Paul Jacob, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 12—1 1/2 Uhr; b) seitens der 2. medizinischen Klinik unter Leitung des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. Gerhardt von dem Oberarzte Dr. Hans Ruge, Montags, Mittwochs und Freitags vormittags von 1/9 bis 10 Uhr; 4. für Nervenkrankheiten in demselben Auditorium unter Leitung des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. Jolly von dem Oberarzte Dr. Laehr, Montags, Mittwochs und Freitags von 10 bis 12 Uhr; 5. für Hautkrankheiten in dem eine Treppe hoch gelegenen Auditorium der Alten Charitee (Eingang im Hauptportal) von dem Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Schwemmer und dem Oberarzt Dr. Eisenberg, Dienstags und Freitags von 12 bis 1 Uhr. Die ärztliche Behandlung ist unentgeltlich, auch erhalten Unbemittelte freie Arznei und Verbandstoffe aus der Charitee-Apothek.

Der Schriftsteller Rudolf Menger ist in der Nacht zum Freitag, 72 Jahre alt, gestorben. Er war seit vielen Jahren erblindet. Vor 25 Jahren leitete Menger das „Berliner Tageblatt“.

Eine größere Verkehrsstörung auf der Stadtbahn entstand vorgestern Abend dadurch, daß die Maschine des um 9 Uhr 56 Min. am Bahnhof Bellevue fälligen Säckling-Juges defekt wurde und den Dienst verlagte. Der mit Passagieren überfüllte Zug konnte aus der Bahnhofshalle nicht herausfahren, und hinter demselben stand bereits auf jeder Station bis zum Alexanderplatz ein Zug, der Weiterfahrt harrend. Es wurde deshalb schleunigst eine Reserve-Maschine requirirt. Zu diesem Behufe mußte auch das zweite Gleise, auf welchem die Züge von Charlottenburg her einfahren, für den Verkehr gesperrt werden. Auf diesem passierte dann die Reservemaschine den Bahnhof und wurde vor den wartenden Zug gelegt.

Ueber eine interessante Operation zum Zwecke der Verschönerung eines Menschen machte in der letzten Sitzung der Medizinischen Gesellschaft Herr Dr. J. Josef aus der Franzstraße Mittheilung. Ein zehnjähriger Knabe, der der Verlammlung vorgeführt wurde, hatte eine arge Mißbildung der Ohren aufzuweisen gehabt; die Ohrmuscheln zeichneten sich durch ungewöhnliche Größe aus und dadurch, daß sie weit von dem Kopfe fast zu einem rechten Winkel abstanden. Die letztere Mißbildung beseitigte Herr Dr. J. durch Ausschneiden entsprechender Stücke Hautpartien aus der Furche zwischen Ohrmuschel und behaarter Kopfhaut, während die Verkleinerung — und eine solche ist bisher noch nie zu Verschönerungszwecken gemacht worden — durch leistungsfähige Ausschneide aus der Ohrmuschel bewirkt wurde. Die Verheilung der Wunden hat einen sehr guten Verlauf genommen; an der Operationsstelle hinter den Ohren, die übrigens jetzt normale Größe und Lage aufweisen, ist nur beim Umlegen der Ohrmuscheln eine Narbe zu sehen, an der Ohrmuschel selbst ist jedoch von der vorgenommenen Entfernung der Fleischtheile nichts erkennbar und nur dort, wo die Wundränder zusammenge-sehen, zeigt sich eine, jedoch nur aufmerksamen Beobachtern sichtbare Verknorpelung. Der Knabe hatte nach den Operationen weder Schmerzen noch Wundstieber gehabt.

Der Kellner Monzier ist am Donnerstag Abend, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, seiner Verletzung erlegen. Die Kugel hatte den Schädel durchbohrt und war im Gehirn stecken geblieben. Monzier scheint den Mord in einem Anfall von Delirium-tremens ausgeführt zu haben. Er hatte an seine Frau, welche er in Leipzig verheiratet, noch am Dienstag, als am 24. Geburtstag derselben, eine Gratulation geschickt, in welcher er sie wegen der Mißhandlungen, die er ihr angethan hatte, um Verzeihung bat. Nachher aber erzählte er verschiedenen Personen, daß seine Frau ihn bestohlen habe und daß er sich dafür rächen werde. Vor der Ausführung des Mordes hat der Kellner verschiedene Gastwirthschaften besucht und daselbst viel Schnaps getrunken. Die Leiche wurde heute nach dem Schauhanse überführt.

Zwei internationale Hochstapler, die auch in Berlin bekannt sind, hat man auf Veranlassung mehrerer Staatsanwaltschaften in Mannheim festgenommen. Es handelt sich um den Ingenieur Hermann Weider und den Bankier Daniel.

Unbekannt gestorben ist am Donnerstag Morgen eine Frau im südlichen Osdach in der Froebelstraße. Schlaganfall hatten sie in der Frühe als Leiche auf. Wahrscheinlich hat ein Schlaganfall ihrem Leben ein Ende gemacht. Die Unbekannte mag gegen 40 Jahre alt gewesen sein.

Vom Polizeipräsidenten erhalten wir folgende Mittheilung: In der Nr. 247 des „Vorwärts“ wird über einen schweren Mißgriff der Berliner Kriminalpolizei berichtet. Der Inhalt dieses Zeitungsartikels ist falsch. In dem Hause Chausseest. 1a hieselbst wohnte eine Frau F., welche des wiederholten Verbrechens wider die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs dringend verdächtig und deshalb am 17. Oktober d. J. verhaftet worden ist. Die Kriminalpolizei hat durch Beobachtung festgestellt, daß vier Mädchen, unter ihnen die Stieftochter eines Herrn S., unverschämte Margarethe A., in der Wohnung der Frau F. verkehrt und sich dadurch verdächtig gemacht haben. Diese Mädchen sind zur Kriminalpolizei sistrirt worden und haben mit Ausnahme der Stieftochter des S. die Besuche bei Frau F. zugegeben. Dagegen behauptete die A., daß ihre Besuche in dem qu. Hause nur dem dort wohnenden Zahnarzt gegolten hätten. Diese Angabe ist aber nicht richtig, denn die A. hat nicht nur den Zahnarzt besucht, sondern, wie durch einwandfreie Zeugen erwiesen ist, auch längere Besuche in der Wohnung der F. abgesehen.

Durch Spielen ist der 4jährige Sohn des Ritters Ritt aus der Landsberger Allee 50 zu Tode gekommen. Vor einigen Tagen spielte ein älterer Bruder mit dem Knaben und hob ihn auch auf ein Pferd, um ihn reiten zu lassen. Es dauerte nicht lange, so fiel der Kleine herunter und schlug unglücklichweise gerade mit dem Kopfe auf das Asphaltpflaster auf. Seit dem Tage war er krank, und nun ist er gestorben. Es scheint, daß der Sturz eine Gehirnerschütterung zur Folge hatte, die zum Tode führte.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes, in Zeitungspapier eingeschlagen, wurde gestern Mittag auf dem Abort der Markthalle in der Andreasstraße aufgefunden. Ob das Kind gelebt oder von der unnatürlichen Mutter getödtet worden, konnte nicht sofort festgestellt werden.

Auf einen berüchtigten Mädchenhändler sind die deutschen Polizeiverwaltungen aus aufmerksam gemacht worden. Es handelt sich um einen gewissen Mosche Kufonowsky, der sich augenblicklich auf einer Reise nach Europa befindet, um eine Anzahl junger Mädchen zur Auswanderung nach Montevideo zu verketten und dort in sein Etablissement zu bringen.

Arbeiterrisiko. In der Geldschrankfabrik von M. Fabian, Badstr. 59, ist gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr der Arbeiter Kern,

Prinzen-Allee 17, beim Transport eines 40 Zentner schweren Geldschrankes dadurch verunglückt, daß ihm der Schrank auf beide Hüfte fiel. In schwer verletztem Zustande wurde Kern in das Lazarus-Krankenhaus geschafft. Der Verunglückte hat eine kräftliche Frau und drei Kinder zu Hause.

Aus dem Polizeibericht vom 23. Oktober. Beim Spielen mit einem geladenen kleinen Revolver brachte sich vormittags vor dem Hause Dresdenstr. 68 der 17-jährige Arbeiter Otto Bohan aus Unvorsichtigkeit einen Schuß in die Brust bei. Er wurde nach der Unfallstation V und von dort auf Anordnung des Arztes nach dem katholischen Krankenhaus in der Niederwallstraße gebracht. — In der Neuen Königstraße wurde vormittags der 18-jährige Arbeiter Emil Kluge durch einen sich übermäßig schnell fortbewegenden Radfahrer umgestoßen und am rechten Fuße so erheblich verletzt, daß seine Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. Der Radfahrer entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht. — Nachmittags ging in der Belle-Alliancestraße das Pferd eines Geschäftswagens durch und lief nach der Eisenbahnstraße zu. An der Bergmannstraße versuchte der Kaufmann Moriz G. das Thier anzuhalten, wurde jedoch überfahren und erlitt anscheinend nur leichte Verletzungen am Kopfe. Das Pferd wurde bald darauf zum Sieden gebracht. — Vor dem Hause Friedrichstr. 217 fand ein Zusammenstoß zwischen einem Pferdewagen der Linie Weißbiergasse—Niedertor und einem Geschäftswagen der Firma G. Unterst. wobei der auf letzterem sitzende Dienstmann Julius Minkle herabgeschleudert und an der linken Hand leicht verletzt wurde.

Aus den Nachbarorten.

Wegen Einführung des 10 Minuten-Verkehrs auf dem Siedring war bekanntlich vor einigen Wochen der Niddorfer Grundbesitzer-Verein bei der Eisenbahn-Direktion vorstellig geworden. Auf diese Eingabe ist ein ablehnender Bescheid ergangen.

Wegen Errichtung eines neuen Kreis-Krankenhauses im westlichen Theile des Kreises Zeltow will der „Nichtersfelder Verein“ bei dem Landrath vorstellig werden.

In der Karlsruher Landfriedensbruch-Affäre sind außer den bereits genannten drei Reitburischen noch die Heitburischen Adreas Bril, Wenzel und Jachsch verhaftet worden. Die Recherchen dauern fort, da ungefähr 15–20 Personen sich an dem Kravall beteiligten. Die bis jetzt Verhafteten sind Böhmen.

Gerichts-Beilage.

Das nicht gewerbmäßige Vertheilen von Druckschriften betrifft eine höchst wichtige Entscheidung, die der Strafsenat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung gefaßt hat. Uebermüßige Parteigenossen Schriftsteller Mehl und Zigarettenmacher Estermann an aus Finkenwalde wurde seinerzeit ein Strafmandat von je 15 M. verhängt, weil sie am 12. Januar 1896 in Döbrilung Exemplare des im Verlage des „Vorwärts“ erschienenen Kalenders „Märkischer Volksbote“ vertheilt hatten, ohne im Besitze einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Sie sollten sich gegen den § 10 des preussischen Pressgesetzes vom Jahre 1851 verhalten haben, der durch Reichsgesetz vom 7. Mai 1874 nicht außer Kraft gesetzt ist und der bestimmt: „Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke ausbreiten, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat und ohne daß er den Erlaubnisschein, in welchem sein Name ausgedrückt sein muß, bei sich führt.“ Die Polizei hatte einzelne Kalender in den Häusern der mit den Schriften besetzten Häuser und auch hinter Thürklappen eingeklemmt gefunden und angenommen, daß die Plakate öffentliche Orte seien. Die beiden Genossen beantragten richterliche Entscheidung und bestritten vor allem irgend ein Exemplar im Treppenhause niedergelegt zu haben. Das Schöffengericht hielt dies jedoch für erwiesen und erließ auch in den Hausfluren öffentliche Orte; es verurtheilte jeden zu der ungewöhnlich hohen Strafe von vier Wochen Gefängnis. Die Strafkammer in Kottbus verwarf die Berufung, indem sie sich dem Schöffengericht anschloß. Das Landgericht erklärte die hohe Strafe mit Rücksicht auf den Inhalt des Kalenders für gerecht. Der Inhalt sei durch und durch verkehrend und das Büchlein enthalte destruktive Irrlehren. Besonders verweise wird auf die Seiten 8 und 12. Auch enthalte es Anrufe zum Anschluß an die Sozialdemokratie und auf der 4. Seite des Umschlages würden sozialdemokratische Schriften angepöbeln. Durch die Verbreitung hätten die Angeklagten unter der Bevölkerung bewußtlose Haß wider die bestehenden Verhältnisse hervorzurufen wollen. — Wenzel und Estermann ergriffen nacheinander das Rechtsmittel der Revision an das Kammergericht, zu deren Begründung geltend gemacht wurde, daß hier von einem Vertheilen an öffentlichen Orten nicht die Rede sein könne. Nicht jeder Hausflur sei ein öffentlicher Ort und die Thürklappen gehörten zu den Privat-Wohnungen. Die Angeklagten hätten ferner auch nicht angegeben, daß von ihnen auf Hausfluren Kalender hingelegt worden seien. — Der Straf-Senat hob die Sorensenscheidung auf und sprach beide Angeklagte frei. Das Urtheil wurde folgendermaßen begründet: Sowohl die Gründe des Schöffengerichts als der Strafkammer, als auch die Einwendungen des Vertreters der Kläger trafen nicht das Richtige, denn nicht § 10 des preussischen Pressgesetzes, sondern einzig und allein § 43, Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung sei hier entscheidend. Nach diesem bedarf es zur nicht gewerbmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken in geschlossenen Räumen seiner Erlaubnis. Hausflure seien aber, selbst wenn die Thür fehlt, als geschlossene Räume anzusehen. Deshalb habe ohne Nachprüfung über die hier in Frage gekommenen Treppenhäuser die Freisprechung sofort durch das Revisionsgericht ausgesprochen werden können.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern ein Prozeß, dessen Verlauf und Ergebnis besonders in kaufmännischen Kreisen mit Interesse entgegensehen wird. Schon im April d. J. wurde in derselben Sache verhandelt, am zweiten Sitzungstage wurden aber seitens der Verteidigung darüber Zweifel angeregt, ob einer der Angeklagten, der Agent Georg Hüfte, auch völlig geistesgesund sei und die Verhandlung mußte verlagert werden. Es wurde beschlossen, den Hüfte auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Er ist für gesund befunden worden, sodas darauf ein neuer Termin anberaumt werden konnte. Hauptangeklagter ist der frühere Weinhändler Adolf Bohan, welcher inzwischen wegen Untreue und Unterschlagung zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden ist. Jetzt werden ihm betrügerischer und falscher Bankrott, wissentlicher Meineid und Falschheit einer wissentlichen falschen eidesstattlichen Versicherung zur Last gelegt. Mitangeklagte sind die beiden Direktoren der Berliner Volksbank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Franz Zuder und Max Häufel, sowie der obgenannte Agent G. Hüfte, welche der Vorsehung des dem Angeklagten Bohm zur Last gelegten betrügerischen Bankrotts beschuldigt sind.

Wegen öffentlicher Beleidigung der Niddorfer Gendarmen und ihres Oberwachmeisters Peino hatte sich gestern Nachmittag Genosse Emil Neheran vor dem Niddorfer Schöffengericht zu verantworten. Die Beleidigungen wurden in Neheran'sen gefunden, welche unser Genosse in seiner Eigenschaft als Gemeinde-Vertreter in einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung gethan hatte. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, während der Rechtsanwalt sogar 6 Monate beantragt hatte. Wir berichten über die Verhandlung, welche in mehr als einer Hinsicht von allgemeinem Interesse ist, morgen ausführlich.

Wiederum hatte sich ein Schuhmann des zweiten Polizeireviers in Potsdam am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer zu verantworten. Der 29-jährige Wilhelm Knoop war angeklagt, am 5. Februar d. J. als Beamter für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke angenommen zu haben. Knoop hatte von dem Kellner Streng, gegen den am Tage vorher wegen groben Unfugs Anzeige erstattet, 3 M. zum Geschenk erhalten, als er ihn am 5. Februar in dem Zimmermann'schen Lokal, wo Streng thätig war, aufsuchte. Von diesen 3 M., die Knoop mit dem Bedienten erhalten, er möge von der Sache nichts machen, damit der Restaurateur Zimmermann nichts erfahre, sollte Knoop dem Schuhmann Schwante 1,50 M. abgeben, was derselbe aber nicht that. Knoop war geständig und entschuldigte sich damit, daß er am Tage angetrunken gewesen. Er wurde, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Die 3 M. wurden der Staatskasse verfallen erklärt.

Unschuldig verurtheilt. Aus Amiens wird vom Freitag berichtet: Das Schwurgericht sprach unter stürmischem Beifall des Publikums die Schenkweibin Druang, welche im Jahre 1887 von dem Schwurgericht in Rouen wegen Giftmordes an ihrem Gatten und ihren Kindern zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden war, frei. Es war inzwischen festgestellt worden, daß die angeblich Ermordeten durch Einathmung von Kohlenoxydgas gestorben sind. Der Gerichtshof proklamierte feierlich die Unschuld der Wittve Druang, verfügte den öffentlichen Anschlag des Urtheilspruches und erkannte ihr eine Entschädigung von 40 000 Fr. zu.

Gewerkschaftliches.

Eine Agitationstour durch Thüringen wird demnächst Frau Köhler aus Wandbühl unternehmen. Dieselbe ist bekanntlich Mitglied der Generalkommission in Hamburg.

Betreffs der Agitation unter dem Personal der Binnenschiffahrt geben die „Lübeckischen Anzeigen“ zu, daß diese Arbeiter unter argen Umständen zu leiden haben. Bedauerlich sei es, daß man den Sozialdemokraten die Genugthuung läßt, in fatale Verhältnisse hineinzuleuchten.

Der nächste deutsche Väterkongreß wird in Gera abgehalten. Die Väter dieser Stadt haben bereits eine Kommission gewählt, die die nöthigen Vorarbeiten zu besorgen hat.

Im Münchener Gewerkschaftsverein wurde am Dienstag vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß der dortige Fabrikinspektor, der schon Anfang dieses Jahres um statistische Angaben über die Gewerkschaften gebeten hatte, welchem Verlangen bisher nur in durchaus ungenügender Weise nachgekommen wurde, neuerdings in einem Schreiben um Beantwortung einer Reihe von Fragen gebeten hat, durch deren Beantwortung er über die Stärke, die Entwicklung, die Erfolge und die Bestrebungen der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete, wie in Beziehung auf die von den Gewerkschaften getroffenen Veranstaltungen zur geistigen Entwicklung der Arbeiterbevölkerung Aufschluß zu erlangen hofft. Es wurde nun beschlossen, jedem Delegierten diese Fragen in Abschrift zu übermitteln und für Beantwortung derselben in ihren Branchen zu sorgen.

Die Kaiser-Stuttgarter beschloßen, sich mit den Zugewandenen der Kaiser-Zinnung für dies Jahr anzufreunden zu geben. Eine Versammlung der Kaiser faßte eine Resolution, worin die Bevölkerung Stuttgarts ersucht wird, um eine geregelt Arbeitzeit und die Abschaffung der Nachtarbeiten zu erwünschten, die Arbeiten zur Herstellung des Moses in Moserien nicht nach 7 oder 8 Uhr abends, sondern tags über verrichten zu lassen. Die Versammlung erklärt ferner, daß die diesjährige Lohnbewegung nur genüge bewiesen hat, daß nur durch eine kräftige und starke, leistungsfähige Organisation bessere Existenzbedingungen geschaffen werden können, weshalb sie von jedem Kaiser-Stuttgarter, ob beim Kleinmeister oder in einem Großbetrieb beschäftigt, erwartet, daß er Mitglied des Verbandes wird. Um für eine fernere Lohnbewegung eine wirksame Unterlage zu haben, beantragte die Versammlung den Vorstand der Mitgliedschaft des Kaiserverbandes, statistische Erhebungen über Lohn-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse Stuttgarts machen zu lassen. Damit die getroffenen Vereinbarungen einen offiziellen und verbindenden Charakter erhalten und Abweichungen nicht vorkommen können, sollen beide Kontrahenten, also Unternehmer und Arbeiter, die Vereinbarung durch je drei Mitglieder der Unternehmer- und der Arbeitervereinigung unterschreiben lassen.

Aus Wien. Das Personal der Zutespinnerei in Floridsdorf hat die Arbeit, entgegen seinem Beschlusse, noch nicht wieder aufgenommen, sondern beschloß, ebenso wie das Personal der Zutespinnerei in Simmering, den Streik fortzusetzen. Grund: Das zweideutige Verhalten der Direktoren. Die Lohnbewegung der Schabmacher ist infolge der Wortbrüchigkeit der koalirten Fabrikanten Wiens, die einseitig einen Lohntarif aufgestellt haben, noch nicht zu Ende. Die Situation verschärft sich. Die Fabrikanten planen eine Aussperrung. Bei der Firma Bedeles u. Co. haben die Arbeiter den Fabrikantentarif zerrissen und die Arbeit fast sämtlich niedergelegt. Die Personale aller größeren Fabriken halten Besprechungen darüber ab, was angesichts des Auftretens der Fabrikanten zu thun ist.

Der Zentralvorstand der Schweizerischen Eisenbahner stellt die Preisangabe: „Der Schweizerische Eisenbahner als Staatsbeamter“. Es soll untersucht werden, in welcher Weise die Anstellungs-, Beförderung- und Pensionverhältnisse bei der Verstaatlichung der Bahnen in rationaler und gerechter Weise auszugestalten sind. Auf Grund dieser Untersuchungen sollen eingehende Vorschläge ausgearbeitet werden, die der Verstaatlichungs-Kommission zur Berücksichtigung eingereicht werden können. Die ausgegebenen drei Preise betragen 125, 75 und 50 Fr. Die Eingabefrist für die Preisarbeiten ist auf den 31. März 1897 festgesetzt.

Buchdrucker-Bewegung in der Schweiz. Neben den bereits gemeldeten Sektionen Schaffhausen, Aarau, Chur und Luzern ist nunmehr auch die Sektion Glarus des Schweizerischen Topographenbundes in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit einschließlich der Frühstück- und Vesperpausen, 88 Fr. Minimallohn pro Woche und Abschaffung der Berechnung event. Erhöhung des Tageslohnes um 5 Cts. für alle Schriftstellungen. Zwei der größten Firmen in der Stadt Glarus haben die Forderungen der Buchdrucker-Gehilfen sofort anerkannt, ein Beweis, daß die Forderungen zeitgemäß und nicht übertrieben sind.

Aus England. Die Fabrikanten von Thür- und andern Schließern beabsichtigen eine 10prozentige Lohnherabsetzung, wobei sie sich auf die deutsche Konkurrenz berufen. Von dem in Sheffield errichteten internationalen Sekretariat der Metallarbeiter ist deshalb an die deutschen Korrespondenten der Metallarbeiter — in Berlin an Genossen Mäher — das Ersuchen gerichtet worden, ihm Mittheilung über die deutschen Arbeitsverhältnisse zu machen. Man sieht an diesem Beispiel, daß gerade die Engländer über kurz oder lang, aus wohl verstandenen Interesse, die überzeugtesten Anhänger der internationalen Arbeiterbewegung sein werden.

Soziales.

Die Cris-Krankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin veröffentlicht soeben ihren Jahresbericht für 1895. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember v. J. 538. Unter den Ausgaben figuriren für Verwaltungskosten 1908,13 M., wovon 1588,78 M. auf Gehälter und Entschädigungen entfallen. Wie sehr das Barbiergewerbe daniederliegt, kann man daraus entnehmen, daß in 414 Fällen Zwangsvollstreckungs-Anträge gestellt werden mußten, um von den Meistern die Beiträge zu erlangen. Die Einnahmen der Kasse betragen in Summa 10 404,50 M., die Ausgaben 9712,09 M.; so daß ein Kasseebestand von 692,41 M. blieb.

Der Vorsitzende des Arbeitergerichts in Tuttlingen (Württemberg) erhielt vom Landgericht einen Verweis wegen seiner Geschäftsführung. Wie früher im „Vorwärts“ berichtet, hatten die Arbeiterbesitzer Beschwerde über den Vorsitzenden eingereicht.

Die Verwendung von Kindern zum Steineklöpfen ist aus Anlaß einer schweren Verletzung, die sich ein Knabe beim Steineklöpfen zugezogen hatte, vom sächsischen Ministerium verboten worden. Unser Dresdener Parteiorgan hat diese Ausbeutung der Kinder seitens der Gemeinden bereits im Jahre 1895 gerügt. Wäre das sächsische Ministerium gleich damals eingeschritten, so würde das betreffende Kind vor der schweren Verletzung wohl behütet geblieben sein.

Ein städtischer Arbeitsnachweis wird nun auch in Würzburg errichtet werden, sobald ein geeignetes Lokal beschafft ist.

Dem Landrath der Rheinpfalz, der Anfang November zusammentritt, wird von der bayerischen Regierung ein Antrag vorgelegt, die Mittel zu bewilligen, damit das Minimal-Einkommen der Volksschullehrer in Gemeinden unter 2500 Seelen auf 830 M. und in Gemeinden über 2500 Seelen auf 900 M. erhöht und somit dem durchschnittlichen Minimal-Einkommen der durchschnittlichen Volksschullehrer gleichgestellt werden kann.

Von der Dankbarkeit des Unternehmerrthums. Sechswöchentlich Jahre lang hat ein Steindruck in der lithographischen Anstalt von Wilh. Menges in Stuttgart ausgehalten, da kam seines noch nicht schuldschuldigen Entlassens wegen — er wohnte mit dem Prinzipal in einem Hause — eine kleine Auseinandersetzung vor und der im Geschäft grau gewordene Arbeiter wurde sofort entlassen. „Mein Verdienst war sehr dürftig“ — theilte der entlassene Arbeiter der Redaktion der „Schwab. Tagwacht“ mit — „ich verdiente wöchentlich 12 Mark pro Woche, aber mein Prinzipal versprach mir, daß ich auch im Alter Beschäftigung haben würde, und damit tröstete ich mich.“

Wohnungsuntersuchung in Zürich. In der Stadt Zürich hat am 15. Oktober eine Wohnungs-Untersuchung begonnen, deren Dauer auf vier Wochen und deren Kosten auf 30 000 Fr. veranschlagt sind.

Arbeitslosigkeit in Paris. Für 1300 vakante Stellen in der Pariser Gemeindeverwaltung haben sich nicht weniger als fünfundsechzigtausend Kandidaten angemeldet, darunter 7000 Lehrern für 115, 2141 Schreiber für 60, 8600 Hauswörter für 26, 25 909 Straßlehrer für 875 Stellen. Mag sein, daß in den ersten drei Berufen die Zahl der Stellenlosen geringer ist als die der angemeldeten Kandidaten, indem die günstigen Bedingungen einer Kommunalanstellung auch Anmeldungen beschäftigter Personen hervorgerufen. Der enorme Zubrang der Straßlehrer-Kandidaten ist aber sicherlich ein trauriges Zeichen der in Paris herrschenden Arbeitslosigkeit.

Aus England. Der soeben erschienene amtliche Bericht über die Lage der Arbeitergenossenschaften im Jahre 1895 enthält Berichte über 1442 Konsumgenossenschaften. Diese arbeiten mit einem Kapital von ca. 19 Millionen Pfund Sterl., haben einen Umsatz von rund 48 Millionen Pfund Sterl., und erzielen einen Nettogewinn von 5 204 496 Pfund Sterl. Ebenso berichten 181 Produktivgenossenschaften, die mit einem Kapital von 2 200 000 Pfund Sterl. arbeiten und einen Profit von 180 052 Pfund Sterl. erzielen. Die Posten zeigen überall eine Zunahme gegen das Jahr 1894. Die Zahl der in diesen genossenschaftlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter beträgt 51 000, die im allgemeinen besser gestellt sind als in Privatgeschäften.

Vermishtes.

Der Rhein ist bei Hünningen, wie aus Straßburg t. G. berichtet wird, seit Donnerstag Abend um 60 Zentimeter, die Zu bei Kolmar seit gestern Abend um 37 Zentimeter gestiegen.

Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1896.

Stationen.	Barometerstand in mill. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (50 C. 40 F.)
Swinemünde	757	SB	3	wolfig	7
Hamburg	757	SB	2	heiter	4
Berlin	756	SBW	3	heiter	7
Bielefeld	758	SB	1	bedeckt	6
München	758	W	1	bedeckt	6
Wien	757	SB	2	bedeckt	11
Saparanda	748	S	2	heiter	-1
Petersburg	752	S	0	Nebel	6
Carl	764	WB	2	halb bedeckt	2
Ardenen	760	W	2	heiter	2
Paris	758	W	1	Nebel	5

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Oktober 1896.

Ziemlich trübe und kühl mit leichten Regenfällen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6—7 Uhr statt.

Karl Schmidt. Kann die Dame mit den Zeugen nicht im Laufe des Tages bei uns vorprechen?

W. N. 100. Das hängt von der Abrede und dem früheren Verhalten der Parteien ab. — G. N. 97. 1. Zwei Jahre lang. 2. Wer zuerst pfänden läßt, geht den anderen vor. Der Hauswirth geht allen vor. — 19.20. Grünwaldstraße 118 gehört nicht zu Berlin, sondern zu Schöneberg. Zuständig ist daher das Amtsgericht Berlin II, Hallesches Ufer 29—31. — G. N. 30. E. K., Magdeburg, N. W. Die Ehecheidungssache ist durch einen Anwalt beim Landgericht anzustellen. Der Ehecheidungssache muß ein Eshenerver such vorangehen. Zu diesem Behuf muß der Klagende Ehegatte seine Ehehülle vor das Amtsgericht des Bezirks laden, in dem der Mann seinen Wohnsitz hat. Zu dem Termin muß der Antragsteller persönlich erscheinen. Ist der Termin fruchtlos ausgefallen, so kann die Ehecheidungssache durch einen Anwalt angestellt werden. Will der Kläger das Arme recht für diesen Prozeß für sich erwirken, so wendet er sich an die obrigkeitliche Behörde (in Berlin an den Bezirksvorsteher, auf dem platten Lande an die Ortspolizeibehörden, in den Städten mit königl. Polizeiverwaltung an die Gemeindebehörden) mit dem Antrag, ihm ein Zeugniß auszustellen,

daß er zur Bestreitung der Prozesskosten unvernünftig ist. Nach dem er dies nicht erhalten hat, wendet er sich unter Beifügung desselben, der Heirathsurkunde und des Sühnattestes schriftlich an die Zivilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirk der Ehemann wohnt, setzt die Ehehindernisse auseinander und beantragt: ihm das Armenrecht zu bewilligen. Durch Bewilligung dieses Armenrechts gehen keinerlei politische Rechte verloren. — **N. R. 2. C. Ja. — S. B.** Eine gesetzliche Lage bezüglich der Höhe der für uneheliche Kinder vom Erzeuger zu zahlenden Alimente giebt es nicht. 12—15 Mark bis zum vollendeten sechsten, 15—18 Mark bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre werden für angemessen erachtet. — **N. 200.** Verlangen Sie den gezahlten Vorschuss, abzüglich der Schreibgebühren, zurück. — **S. 30.** Wenden Sie sich an Herzfeld, Heinemann, Freudenthal oder Heine. Die Adressen und Sprechstunden ersehen Sie aus dem Adresskalender. — **N. R. 5.** Der betreffende Mangel berechtigt Sie nicht vom Miethsvertrage zurückzutreten. —

Bayer 100. 1. Sie haben auf Lohn, abzüglich des Krankengeldes, Anspruch. 2. Aus dem Einweiß. — **Luckenwalde 100.** Wegen der Namen der Vertrauensmänner an den verschiedenen Orten wollen Sie sich an dortige Parteigenossen wenden. 3. Polizeiliche Anmeldung genügt. 3. Rein. — **S. 43. Ja. — F. T. 50.** 1. Eine Darlehnsforderung verjährt in dreißig Jahren. 2. Ein Mordverbrechen verjährt in 20 Jahren. Jede gegen den Thäter gerichtete richterliche Handlung, z. B. Erlass eines Steckbriefes, unterbricht den Lauf der Verjährung. 3. § 211 des Strafgesetzbuchs bedroht einen Mord, der einen Menschen vorsätzlich, aber ohne Überlegung tötet, mit Zuchthaus von 5 Jahren bis lebenslanglichem Zuchthaus. § 213 gestattet bei Annahme mildernder Umstände z. B. die Minimalstrafe des Todtschlägers auf 6 Monate. § 214 droht demjenigen, der bei Unternehmung einer kraßbaren Handlung, um ein der Ausführung derselben entgegenstehendes Hinderniß zu beseitigen oder um sich der Ergreifung auf freier That zu entziehen, vor-

fällig einen Menschen tötet, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslanglichem Zuchthaus. Für Thäter, die bei der Ausführung der That noch nicht 18 Jahre alt waren, tritt Gefängniß von 3 bis 15 Jahren, wenn die That Erwachsenen gegenüber mit dem Tode oder mit lebenslanglichem Zuchthaus bedroht ist. Ist die Handlung mit Zuchthaus oder mit einer anderen Straftat bedroht, so ist gegen Leute unter 18 Jahre die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrag und der Hälfte des Höchstbetrages der für Erwachsene angeordneten Strafe zu bestimmen und statt auf Zuchthaus auf Gefängniß zu erkennen. — **N. R. 101.** Die Frage wird zur Zeit vor dem Ober-Verwaltungsgericht ausgesetzt. — **Huglängiger aus Weissensee.** Für Wohnungen, die aus höchstens 2 Stuben und Zubehör (Küche, Kammer u. s. w.) bestehen, besteht für Berlin die Vorschrift (Polizeiverordnung vom 26. 3. 1870), daß die Räumung am 1. Quartalsstage (also nicht um 12 Uhr mittags) beendet sein muß.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 24. Oktober.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauerlehre.) Hänsel und Gretel.
Schauspielhaus. Der Graf v. Casanova. Der Admiral.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Lydia. Der Krummer und die Picarde. Die Verlobung bei der Laterne.
Deutsches Theater. Julius Cäsar.
Berliner Theater. König Heinrich.
Kesselt-Theater. Der Stellvertreter. (Lo Remplacant.) Vorher: Erlauben Sie, Madame!
Festung-Theater. Anna's Traum.
Theater des Westens. Diana von Barnhelm.
Neues Theater. Bodsprünge. Hierauf: Concert Gemma Bellincioni.
Schiller-Theater. Der Sohn der Wildniß.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)
Selle Alliance-Theater. Ramsell Bielliebchen.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Hierauf: Variété fremder Künstler. Zum Schluß: Pladderadautz.
Theater Unter den Linden. Der Pumpmajor.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Tili.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Münchhausen. Der Zerzissen.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
 Direktion: Richard Schultz.
 Emil Thomas a. G.
 Sonnabend, den 24. Oktober:
 Zum 85. Male:

Eine wilde Sache.

Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstadt und J. Freund. Musik von J. Gindshofer.
 Anfang 1/8 Uhr.

Thalia-Theater

(vormals: Adolph Ernst-Theater)
 Dresdenstr. 72/73.
 Direktion: W. Hasemann, königl. preuss. Kommissionsrath.
 Zum 1. Male:

Prima Ballerina

(Maison Tamponin).
 Bauderville in 3 Akten von Blum und Lohé, deutsch v. Hugo Wittmann. Musik von Karl Weinberger.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei bis auf die Hälfte ermäßigten Preisen:
Gebildete Menschen.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Prima Ballerina.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
Niagara-Trio.
 Unglaubliche Leistungen auf dem 50 Fuß hohen Thurmsfel.
Elsa Dowe, Kunstschänkin. U. A. Schließen mit dem Militär-Gewehr Modell 88 auf den Original.
Dowe-Panzer.
 Dazu das so erfolgreiche kolossale **Oktober-Programm**
 20 Sensations-Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater

Chausseestr. 25/26. Dir. Max Samst.
Tili.
 Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl. Anfang 8 Uhr.
 Biletts an der Theaterkasse und im „Zuvaldbank“, Unter d. Linden 24.
 Sonntag, den 25. Oktober, nachmitt. 3 Uhr: Klaffter-Vorstellung zu ermäßigten Preisen: Die Räuber, Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
 Abends 8 Uhr: **Tili.** Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.

Alexanderplatz-Theater.

Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
 Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von W. Friedhold. Anfang 8 Uhr.
 (Wons haben Gültigkeit.)
 Sonnabend: **Ohne sittlichen Halt.**
 Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 Uhr: Auf allgemeines Verlangen: **Schneewittchen und die sieben Zwerge.** Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann. Abends 8 Uhr:
Ohne sittlichen Halt.
 Sittenbild aus dem Berliner Leben von Wilhelm Friedhold.

Ostend-Theater.

Grosse Frankfurterstr. 132.
 Carl Weiss.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr: **Der liebe Onkel.**

Volks-Theater

Reichenbergerstr. 34.
 Pferdebahn-Haltestelle:
Kottbuser Thor.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Ein vorsichtiger Mann!

Repertoire-Posse des Volks-Theaters.
Größter Lacherfolg der Saison!
 Jeden Abend 9 1/2 Uhr: Beginn des gemischten Künstler-Theils.
 1. Gebr. Godart, erste Reduktion.
 2. Hella Collier, drastische Chansonette.
 3. Louise Bonwmoeester, Hollands schönste u. geübteste Pistolenvirtuosin.
 4. Gebr. Kulper, Elite-Gymnastiker u. Instrumentalisten.
 Zum Schlusse des Abends:
Pladderadautz.
 Berliner Rückblicke in Wort und Bild.
 Entree 50 Pf. bis 3 M.
Familienbiletts Entree 10 Stk. 3 M.
Parquet 10 Stk. 6 M.
 Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters nur durch die Zeitungen erfolgen, nicht durch Säulenanschläge.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernardi
 „Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
 die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldio.
 Robert Steidl. 7 Troubadours
 u. s. w., u. s. w., u. s. w.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Schluss der Saison am 31. d. M.

Nur noch 8 Tage
 2 Vorstellungen täglich
 Nachm. 5—7; Abends 9—11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
 Riesentheater.
 Größtes Schauspiel der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende.
 Uebertrifft alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.
Pichelswerder.
 Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorrätig.
 Es ladet ein
 Der alte Freund.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte

Invalidenstr. 57—62
 Lebrt. Stadtbahnhof
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
 Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche!
42
wilde
Weiber
 aus
Dahomey.

Castan's

Panopticum
 Neu! Die wunderbaren
 Neu! indischen
 Neu! Pygmäen
 Neu! Ur-Australier
 (Kannibalen).



KAIRO

Sonntag, den 25.:
 Unwiderlich
 letzter Tag!!
Entree 1 Mark
 einschliesslich der
 Arena-Schaustellungen
 Jeder Besucher erhält
 1 Kairo-Lotterie-Loos
 gratis!

Am Mittwoch, den 21. Oktober, verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Freund und Kollege **der lithogr. Maschinen-drucker** **Gustav Hoffmann.**
 Sein ehrenhafter, lebenswürdiger Charakter machte ihn uns stets zum besten Kameraden, wir werden sein Andenken darum auch hoch in Ehren halten.
Die Kollegen
 der königl. Hof-Steindruckerei von Adolph Engel, Berlin.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Okt., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des heil. Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
 Täglich (außer Sonnabends):
Konzert, Theater-Vorstellung.
Auftr. von Spezialitäten.
 Künstler 1. Ranges.
 Neu! Neu! Neu!
Die Weber
 Original-Burleske mit Gesang u. Tanz von W. Gerike. Musik von Stenjel.
 Jeden **Sonntag, Dienstag** u. **Donnerstag** nach d. Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Alcazar.

Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
 Dresdenstrasse No. 52/53.
 City-Passage
 Das Riesen-Oktoberprogramm
 enthaltend 14 Sensationsnummern.
Li-Hung-Chang!
 Das Neueste vom Neuen!
 Margarethe Nasarowska.
 Josephine von der Heilsarmee.
 Miss Ara. The two Gomez.
 Lotte Slegor. 3 Bollini.
 Adelaide und Erich u. s. w.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Circus Busch.

(Bahnhof Börse.)
 Sonnabend, 24. Oktober 1896:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Die Jagd nach dem Glück.
 Neue Einlagen: Fortuna-Tanz, Cancan, Tarantella, Skioptische Darstellungen.
Versenkbarer Manago.
 Außerdem: Zum 1. Male:
 Mr. Mariani als Reittänzer ohne Sattel. Zum 1. Male: Adjanot, ohpr. Bengel, ger. v. d. Schulreiterin Mlle. Eugenie. Dir. Busch als Schulreiter.
 Equestre Arrangement v. 100 Hengsten, vorgeführt vom Dir. Busch. 4 ung. Amazonen; der sensationelle Sprung über 1 Bandauer mit Insaßen, Sonnenritt. Doppel-Jockey, ausgef. von Mlle. Louise u. Mr. Rob. Cottrell. Mlle. Bliss, Bahnathletin. Austr. d. Gigerl-Clovens Mr. Daniels. Spezialitäten 1. Ranges. Zum 1. Male: Fratelli Guillemo, musk. Clowns.
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) und abends 7 1/2 Uhr: Jagd nach dem Glück.

Vogler's Casino

fr. Weltrestaurant, Dresdenstr. 97
 Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
 Entree vollständig frei!
 Im ersten Theateraal die unübertreffl. **Hamburger Sänger.**
 Im zweiten Theateraal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
 Auftreten v. Kunstkräften 1. Ranges.
 Ausführung v. Possen u. Singspielen.
 Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Fikardo. 4 neue Fingelbahnen.
 Sorgf. gepf. Biere, anerl. gute Küche.

Cösliner Hof.

Cöslinerstr. 8.
 Sonntag, den 25. Oktober 1896:
Gr. Tanzkränzchen.
 Anfang 4 Uhr.

Berein d. graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

(Filiale Berlin).
Codes-Anzeige.
 Am 21. Oktober starb unser Mitglied, der Steinbrucker **Gustav Hoffmann.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
 Um rege Theilnahme und besonders der Mitglieder des Gefangenenvereins, bittet
 Die Verwaltung.

Zentralverband deutsch. Brauer und Berufsgenossen.

Allen Kollegen zur Kenntniß, daß das Mitglied **Gustav Dreyer**
 am Mittwoch verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr vom Elisabeth-Krankenhaus (Lühowstr.) aus statt.
 Um rege Theilnahme ersucht
 Der Vorstand, J. A.: Preuss.

Tankfagung.

Für die zahlreichen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirths **Karl Ulrich**
 sage allen, insbesondere dem Gesangverein „Vorbeerkranz“, sowie dem Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins meinen herzlichsten Dank.
 Belshof (Wannsee).
 Wwe. Klara Ulrich.

Hoffmann's Zoologische Handlg.

empfeilt größtes Lager in- und ausländisch. Vögel. Spezialität: Universalfutter für Insekten fressende Vögel, z. B. 50 Pf. Streng reelle Bedienung.
Reintendorferstr. 64. Laden (Bahnh. Wedding.) Kaufe geb. Papagei-Käfige, Wellensittiche, weiße Mäuse! 9506

Goldwaaren

re. billigste direkte Bezugsquelle
Goldwaarenindustrie Belmonte & Co.
 Einzelverkauf Königsstr. 22, Hof part.
 B. Kinderr. verl. Köpnickestr. 36, v. VI.
 Destillation 9625
 mit Zahlfelle weg. Veränderung billig zu verkaufen. Zu erfragen Rantewellstr. 64 (Barbiertladen).
Pantow. Empfehle Genossen und Freunden mein Weis- und Vairisch-Bieröl. 9496
Delucis Hoffmann, Brehmstr. 16.
 100 Mark
 zahle demjenigen, der mir eine bessere Privatantenne vermittelt. 9656
 Postamt 61: A. B. 105.
 Heute Gänse-Ausspielen bei **Hübner,** Stallstr. 125. Brennspiritus & Öter 25 Pf. 9636
 Jeden Sonnabend Gänse-Ausspielen bei **Voetz,** Breslauerstr. 9. 9756

Kartellwesen.

Das über jede Rücksicht sich hinwegsetzende Bestreben des Unternehmertums, mittels der Kartelle seinen Profit zu steigern, wird in einer Korrespondenz anschaulich geschildert, die über die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes in der „Voss'schen Zeitung“ veröffentlicht war. Dieses kram Kapitalistische Blatt schrieb: „Die Lage des Walzisenmarktes ist noch unverändert günstig, wenn die Nachfrage in den einzelnen Erzeugnissen auch nicht mehr in dem Maße steigt, wie während der Sommermonate. Der weitestgehende Teil des Bedarfs ist bis Ende des ersten Quartals 1897 bereits gedeckt, und manche Käufer zaudern noch angesichts der gegenwärtigen hohen Preise mit den Bestellungen für das nächste Geschäftsjahr, indem sie mit der Möglichkeit eines geschäftlichen Rückschlages rechnen. Man findet thätigst in den Kreisen der Verbraucher vielfach die Ansicht vertreten, daß die andauernden „Preistreiberien“ der Werke und Verbände schließlich zu einer Krise führen können, welche die ganze Marktfrage mit einem Schlage verändern würde. Die Verbraucher von Stabeisen, Trägern und Grobblechen klagen schon seit längerer Zeit über eine zu große Verteuerung dieser Fabrikate und erklären, auf die Dauer dabei nicht mehr bestehen zu können. Letzteres mag richtig sein, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Preisbewegung auf dem Walzisen-Markt doch nur eine Folge der weit härteren Preistreiberien auf dem Roheisenmarkt ist. Soll den fortwährenden endlosen Preissteigerungen wirklich Einhalt getan werden, so ist der Anfang damit auf dem Roheisenmarkt zu machen, der seit Jahresfrist in bezug auf die Preise das Bild eines andauernden Wetlaufens bietet. Als Entschuldigung wird auf die höheren Preise für Kohle, Koks und Holz hingewiesen, allein diese sind keineswegs derart gestiegen, daß sie die ungewöhnliche Preissteigerung für Roheisen ganz rechtfertigen könnten. Eine größere Befähigung in bezug auf die Preisbewegung würde dem gesammten Eisen- und Stahlmarkt zum großen Vorteil gereichen, da sie die Kaufkraft der Verbraucher heben würde. In Hinblick auf die bereits eine geringe Abnahme der Aufträge zu verspüren, welche die Werke nöthigt, bis zu 3 M. pro Tonne unter die bisherigen Marktpreise herabzugehen. Andererseits nimmt auf den Drahtwalzwerken, welche sich mit ganz geringen Preissteigerungen begnügen haben, obwohl sie am meisten unter dem Steigen der Rohstoffe leiden, die Beschäftigung langsam, aber stetig zu. Ein engeres Zusammengehen der Werke würde auch für die Drahterzeugung von großem Vorteil sein, wie denn überhaupt die Erscheinung zu Tage tritt, daß da, wo die Erzeuger gleicher Branchen sich zu Verbänden zusammengeschlossen haben, eine Besserung in der Marktlage eingetreten ist. In letzter Zeit haben freilich einige dieser Verbände im Vollbewußtsein ihrer Stärke leider sich zu Preissteigerungen verhalten, die, wie oben ausgeführt, befürchten lassen, daß sie der Gesamtlage nicht zum Vortheil gereichen werden. Eine größere Mäßigkeit in Preisbewegung ist namentlich dem Roheisen-Syndikat unter allen Umständen dringend zu empfehlen.“

Es versteht sich, daß diejenigen Leute, die die Walzwerke im Besitz haben, genau so rücksichtslos die Preise steigern würden, wenn sie die Roheisen-Produzenten wären, auf die sie die Schuld an der Preissteigerung schieben. Es liegt in der Natur der Sache: wer die Produktionsmittel im Besitz hat, diktiert dem andern das Gesetz. Aber dieselbe Gesellschaft, die ihre Preissteigerung für selbstverständlich hält, verlangt, daß die Arbeiter an dem mehr oder weniger erbärmlichen Lohne sich genügen lassen, der in der Erzeugung und Erzeugungsgewinnung gezahlt wird. Grubenbesitzer und Metallindustrielle verwehren den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts, bringen die Rentisten durch schwarze Listen um die Arbeitsgelegenheit, kurz sie üben ein Schredensregiment aus, angesichts dessen der Staat es nur der disziplinären Agitation der Sozialdemokratie zu danken hat, wenn es nicht zu Katastrophen kommt. Dennoch hat diese Ausbeutergesellschaft auf die Regierung so viel Einfluß, daß sie deren Sozialpolitik fast zum Stillstand hat bringen können!

Wegen des fortwährenden Steigens der Rohmaterialienpreise hat der Verein der deutschen Tempergießereien beschlossen, vom 15. Oktober ab die Preise abnormals zu erhöhen, und zwar um 5 pCt. Es sind dies Gießereien, wo schmiedbares Gußeisen hergestellt wird.

Die Errichtung eines Syndikats der Grobblech-Walzwerke ist nach der „Rheinisch-Westfäl. Zeitung“ als „geschert“ zu betrachten. Voraussichtlich wird Ende dieses Monats in einer Sitzung der Werkvertreter über die Statuten Beschluß gefaßt werden.

Das österreichisch-ungarische Eisenkartell wird, wie die „Voss. Ztg.“ mittheilt, Anfang November in einer Sitzung über seinen Fortbestand entscheiden. Wahrscheinlich wird das bisher einheitliche Kartell in zwei selbständige, eins für Konstruktions-eisen und in ein anderes für Kommerzeisen, umgewandelt werden.

Der Beirat des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats hat in seiner am 21. Oktober in Essen abgehaltenen Sitzung die Vorkonvention des Förderplanes für das Jahr 1897 einem besonderen Ausschusse überwiefen. Ferner wurde beschlossen, die Abgaben und die Entschädigung für die Mehr- beziehentlich Minderförderung auf 1 M. pro Tonne herabzusetzen, die Strafen für Nichtlieferung der gemeldeten Mengen dagegen auf 2 M. zu belassen. Eine aus der Mitte der Versammlung angeregte Nachprüfung der Feststellung der ersten Beihilfungsgrößen wurde dem Ausschusse zur Vorkonvention überwiefen. Die Frage, von wann ab neue Schächte fördern dürfen, blieb wiederum wegen Stimmgleichheit unentschieden. (Nach Meinung der Syndikatsverwaltung sollen neue Förderanlagen nur am 1. April oder 1. Oktober in Betrieb gesetzt werden.) Die Umlage für November wurde auf 8 pCt. belassen. Ein etwa notwendiger Ausgleich erfolgt im Dezember. Die nächste Versammlung der Zechenbesitzer findet am 10. November statt.

Laut „Köln. Ztg.“ werden demnächst 14 neue Doppel- und 15 einfache Schächte Anspruch auf einen Förderungsantheil beim rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat erheben, wodurch die Gesamtbetheiligungssiffer an der Förderung sich um 5 160 000 Tonnen jährlich erhöht.

Vom Ruhrkohlenmarkt wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet, daß, wenn der Abfall von Kohlen für die Industrie in der ersten Hälfte dieses Monats auch keine nennenswerthe Steigerung erfahren habe, so ständen doch sämtliche Zett- und Flammkohlen-Zechen in sehr flotter Förderung; insofern dessen habe man die Zahl der Arbeiter vermehren oder Ueberflüssigen einlegen müssen. Koks-Kohlen könnten nicht in dem erforderlichen Maße beschafft werden. In Koks und Bricketts sei das Geschäft ungewöhnlich lebhaft. Unbefriedigend wäre der Abfall nur bei einigen Zechen der Gb- und Magerkohlenpartie, für deren Produkte sich trotz niedriger Preise nur wenig Abnehmer fänden. Diese Zechen, die „eigentlichen Schmerzenskinder des Syndikats“, würden von diesem, so gut es geht, mit durchgeschleppt. Wegen des brillanten Geschäftsganges streben namentlich die Flammkohlen-Zechen eine Erhöhung der Kohlenmenge an, die nach der

vom Syndikat getroffenen Vereinbarung von den Zechen gefördert werden darf.

Die vor einiger Zeit angekündigte Vereinigung von großen Londoner Kohlenhändlern ist, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, jetzt ins Leben getreten, und zwar unter dem Titel: Wm. Cory and Son, Limited. Das Aktienkapital beträgt 2 000 000 Pfund Sterling (über 40 Millionen Mark). Der Kaufpreis des nunmehr vereinigten Unternehmens ist auf 2 874 000 Pfund Sterling festgesetzt.

Zur angeblich bevorstehenden Auflösung der Deutschen Salinen-Konvention wird dem „Berl. All.“ geschrieben: Die Bemühungen unter den Deutschen Salinen, eine Verhinderung über Abgrenzung des Absatzes, sowie Feststellung gemeinsamer Preise, Zahlungs- und Lieferungs-Bedingungen herbeizuführen, reichen bereits sehr weit zurück und haben auch vor längerer Zeit schon dazu geführt, daß in gewissen Gegenden lokale Vereinigungen zu Stande gekommen sind. Bis jetzt hat sich diese Einrichtung durchwegs bewährt und es ermöglicht, den einzelnen Salinen einen mäßigen Betriebsgewinn zu sichern. Daß derselbe sich in bestimmten Grenzen bewegt, lehnen die Rechnungs-Abwickler der bekannteren Aktien-Gesellschaften auf diesem Gebiete, die, wie zum Beispiel die Vereinigten Thüringischen Salinen oder die Saline Salzgitter im vergangenen Jahr nicht mehr als 5 beziehungsweise 6 pCt. Dividende erbracht haben. Die Egestoifischen Salzwerke, welche allerdings 8 pCt. vertheilt haben, sind zugleich im Besitze chemischer Fabriken und beziehen auf diesen einen bedeutenden Antheil ihres Reingewinns. Es bietet keine große Schwierigkeit, eine neue Saline zu bauen. Laucht nun irgend ein solches Projekt auf, so hält man die Eröffnung der Konvention für gefährdet und zwar mit vollem Recht, denn die Ausnahmebefähigung des Marktes für Siedesalz, welches hauptsächlich als Speisesalz in den Handel kommt, ist eine genau beschränkte und die vorhandenen Werke können den Bedarf mehr als reichlich decken. Sie haben es nur ihrer Weisheit und durch die Konvention bedingten Selbstbeschränkung in der Produktion und im Absatz zu verdanken, wenn der Markt sich seit Begründung der Konvention in ruhigen Bahnen bewegt und der Verkauf des Salzes einen mäßigen Gewinn abgeworfen hat. Eine Konjunktur existiert für Speisesalz nicht. Ein plötzlicher Mehrbedarf kann höchstens bei Eröffnung eines Krieges eintreten, wo der Bedarf für das mobile Heer mit einem Schlage zu decken ist und die Festungen mit Salz zu versorgen sind. Das ganze Ertragniß der Siedesalzwerke beruht in folgedessen „leiblich“ auf der Konvention. Geht diese in die Brüche, so kann es kaum ein unlohnenderes Geschäft geben, als Siedesalz zu produzieren, wie dies die früheren Jahre vor 1888 in der einschneidendsten Weise dargezogen haben. Bis jetzt ist es durch ein weitgehendes Entgegenkommen der verschiedenen staatlichen und privaten Salinen gelungen, einige mit mäßigen Ansprüchen auf Vertheilung an die Konvention herantretenden neuen Salinen aufzunehmen und deren Produktion unter eigenen Opfern am Absatz auf dem Markte unterzubringen; es ist indeß die äußerste Grenze in dieser Beziehung bereits erreicht, so daß jedes neu auftauchende Projekt der Gründung einer neuen Saline den Zusammenbruch der sogenannten Konvention in greifbare Nähe rückt.

Die Verhandlungen über die Bildung eines Kartells der deutschen Rohzuckerfabriken, denen später auch die österreichischen Rohzuckerfabriken angegliedert werden sollen, werden von der „Magdeburgischen Zeitung“, dem Organ der deutschen Zuderindustriellen, als nicht aussichtslos bezeichnet. Der Leiter des Vereins der Rohzuckerfabriken in Deutschland, der in den Kartellbestrebungen die Führung übernommen hat, will eine Einrichtung ins Leben rufen, die den gemeinschaftlichen Verkauf der gesammten in den Kartellfabriken erzeugten Zudermeigen durch eine Zentralstelle bewirken soll. Man will dadurch erreichen, daß die vierhundert deutschen Rohzuckerfabriken aufhören, sich gegenseitig zu unterbieten, und vor allem, daß die Häufung des Angebotes, die in den ersten Monaten eines jeden Betriebsjahres stattzufinden pflegt, beseitigt werde. Man hofft durch die Regelung des Angebotes nach der jeweiligen Marktlage auch den Operationen des amerikanischen Zudertruffs besser die Spitze bieten zu können. Die Vorschläge des Vereins der Rohzuckerfabriken in Deutschland scheinen sich an den im Jahre 1889 entworfenen Plan der Einrichtung einer deutschen Zuder-Kommissions-Fabrik anzulehnen. Da gegenwärtig auch die österreichischen Zuderfabriken im Begriffe stehen, eine Verkaufsvereinigung ins Leben zu rufen, so wird, wie die „Magdeburgische Zeitung“ weiter meldet, beabsichtigt, später mit den österreichischen und vielleicht auch mit den russischen Exporteuren ein Abkommen zu treffen.

Die deutschen Zuderbarone sind sonach „Patrioten“ von echtem Schlage: um sich den Raubzug auf die Taschen des deutschen Volkes zu erleichtern, schließen sie internationale Bündnisse ab! — Die „Magdeburgische Zeitung“, die an toller Beschimpfung der internationalen Arbeiterbewegung beinahe alle anderen Ausbeuterblätter in Schatten stellt, sucht das Publikum über die bössartige Natur des in der Bildung begriffenen Zuderfabrikanten-Kartells hinwegzutäuschen. Dafür wird ihr von Herrn Eugen Richter, dem bewährten Vertreter der bürgerlichen „Ordnung“, der Text wie folgt gelesen: „Die „Magdeburgische Zeitung“ versucht wegen der Bildung eines solchen Kartells zu verurtheilen. In Wahrheit aber würde ein solches Kartell eine Ironie sein auf die bei der Zuckersteuer-Novelle ausgegebene Parole, daß man der Landwirtschaft den Rübenbau in dem gegenwärtigen Umfang erhalten müsse. Das Kartell würde umgekehrt darauf ausgehen, den Rübenbau einzuschränken, um durch diese Einschränkung der Produktion eine Preissteigerung hervorzurufen. Die Bildung der Kartells würde ebenso den Interessen der Landwirthe und des Rübenbauern wie den Interessen der Konsumenten in das Gesicht schlagen. Die „Magdeburg. Ztg.“ versucht, auf dieses Projekt allgemeine Betrachtungen über Kartelle und deren Zulässigkeit anzuwenden. Diese allgemeinen Ausführungen treffen aber hier nicht zu. Denn die deutsche Zuderfabrikation ist zunächst vor jeder Konkurrenz mit ausländischer Produktion geschützt durch hohe Schutzzölle, und weiterhin ist gerade durch die Zuckersteuernovelle und die damit in Verbindung stehende Kontingentierung auch die Konkurrenz im Inlande durch Gründung neuer Zuderfabriken und Ausdehnung des Rübenbaues künstlich von Reich wegen eingeschränkt. Neue Zuderfabriken müssen bekanntlich nach der Zuckersteuernovelle für die ersten Jahre einen den Ausfuhrprämien entsprechenden Zuschlag zu der Verbrauchsabgabe zahlen. Ein Kartell der deutschen Zuderfabriken würde also eine Ausbeutung der Konsumenten darstellen auf der Grundlage künstlicher, durch die Gesetzgebung geschaffener Monopole.“

Die im vorigen Jahre gegründete Zwickau-Verdener Ziegelfabrikation hat im letzten Halbjahr 1895 die Preise pro 1000 Ziegel von 13 M. auf 17 M. zu erhöhen vermocht. Bei der Kundenschaft soll die Neuerung anfänglich auf Widerstand gestoßen sein, nach und nach aber immer mehr Anklang gefunden haben, weil das unsolide Bau-Unternehmertum zurückgedrängt worden sei und die unvorhergesehenen Preiswankungen aufgehört hätten. Dazu bemerkt das „Sächsische Volksblatt“: Das sagen natürlich die Herren von der Konvention, denn von den „langsam“ steigenden Preisen — auch im Laufe der diesjährigen Waison sind die

Preise wieder gestiegen — werden die Bauunternehmer auch gerade nicht erbaut sein. Und inwiefern durch die Einrichtung, daß die Bauunternehmer die Bestellungen für Ziegel bei einer Zentralstelle zu bewirken haben, unsolide Bau-Unternehmungen der Boden entzogen wird, steht noch dahin. Die Hauptsache ist, daß es der Konvention gelungen ist, die Preise beträchtlich in die Höhe zu bringen. Und das war doch wohl die Hauptsache. Verschwiegen soll nicht werden, daß auch die Arbeitslöhne etwas gestiegen sind, aber nicht in dem Verhältniß wie die Ziegelpreise.

Der Lederring in den Vereinigten Staaten (The United States Leather Company) hat im Laufe eines Jahres die Preise um 10 pCt. hinausgeschraubt. Der Ring pumpte sich 1 Million Dollars und ließ in den Exportländern für Häute, in Süd- und Zentralamerika sowie in Mexiko, durch Agenten alle Häutevorräthe auslaufen, deren er habhaft werden konnte. Diese Anläufe gingen so unauffällig vor sich, daß der Ring bereits in Besitz aller Vorräthe war, bevor den Häute-Lieferanten der Zweck der Anläufe bekannt wurde. Andersfalls wären Gegen-Kartelle entstanden oder die Lieferanten hätten mindestens höhere Preise gefordert. Jetzt ist der Ring in den Hauptmärkten Südamerikas, in Buenos-Ayres und Montevideo, der einzige Käufer und hat nun die Lieferanten in der Hand. Die ersehnte zehnprozentige Preissteigerung wird natürlich von den Fabrikanten, die Leder zu verwenden haben, benutzt werden, um den Preis ihrer Produkte so zu steigern, daß auch ein fastiger Gewinn für sie abfällt. Für billige Schuhe wird bereits eine 20prozentige Preissteigerung, für feineres Schuhwerk eine noch höhere in Aussicht gestellt.

Man sieht, mit welchem Feuereifer die Unternehmer daran sind, mittels der Organisation ihren Profit zu steigern. Das gelingt ihnen in demselben Maße, wie ihre Organisationen stark an Mitgliedern sind. Mögen die in-differenten, in der Vereinigung dahin lebenden Arbeiter daran erkennen, wie thöricht sie sind, sich ihren Arbeiterorganisationen nicht anzuschließen. Eben weil die Arbeiterorganisationen noch schwach sind, geht es der Arbeiterschaft vielfach so überaus erbärmlich. Ist der Zeitpunkt gekommen, wo jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Organisation angehört, dann ist die heute noch unermessliche Macht des Unternehmertums wenigstens derart eingeschränkt, daß es nicht mehr willkürlich die Arbeitsverhältnisse festsetzt und der Arbeiterschaft sogar Vorschriften in Privatsachen machen kann wie heute. Dann erst wird auch die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit aus den aufsteigenden Geschäftskonjunkturen dauernden Nutzen ziehen.

Koalitionsfreiheit und wirtschaftliche Abhängigkeit.

Der Spinmeister Teschow bei Gebr. Gatte hatte gegen den Redakteur Mezschke des „Korrespondent für die Arbeiter der Hausindustrie“ eine Beleidigungsklage angestellt wegen eines Artikels, den dies Blatt am 16. April 1896 veröffentlicht hatte, und worin gewisse Uebelstände in der Fabrik von Gebr. Gatte beleuchtet worden waren. Auch die Lohnarbeiterin Frau Hundertmark hatte sich der Klage angeschlossen, während der Werführer Menze, dem gerade die aller schlimmsten Dinge nachgesagt worden waren, nicht geklagt hatte. Der Artikel warf dem Teschow vor, daß er die ihm unterstellten Arbeiterinnen zu bewegen versucht habe, dem Hirsch-Dunder'schen Gewerkeverein beizutreten, daß er dagegen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die dem Unterstützungsverein Deutscher Hutmacher angehörten, durch Tyrannisierung veranlaßt habe, wieder auszutreten, und als sie der Organisation doch wieder beizutreten waren, sie fortwährend hinarbeitet habe. Dabei habe er auch allerhand geschmacklose Neuierungen über den Unterstützungsverein gebraucht. Der Frau Hundertmark sagte der „Korrespondent“ nach, daß sie ihre Mitarbeiterinnen „angeschnauzt“ habe.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht I zu Berlin, die fast 4 Stunden dauerte, gelang es nun dem Angeklagten, den wesentlichsten Theil seiner Angaben durch Zeugenaussagen zu belegen. Kläger Teschow, vertreten durch Rechtsanwalt Sonnenfeld, begann die Verhandlung mit einer Darlegung der Prinzipien der Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine, die ganz unpolitisch seien, namentlich auch keinerlei Beziehungen zur freisinnigen Partei unterhielten, und nur die Bedingung stellten, daß jeder Eintretende schriftlich versicherte, nicht der Sozialdemokratie anzugehören. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine erwiderte sofort, daß es darauf zwar wenig ankomme, daß es aber eigentlich doch keinen Zweck habe, so allgemeine bekannte Dinge, wie den Zusammenhang zwischen dem Hirsch-Dunder'schen und der freisinnigen Partei zu bestreiten. Der Angeklagte hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten, aus den Zeugenaussagen heben wir das wichtigste hervor.

Fraulein Knopf arbeitete längere Zeit unter Teschow. Sie war schon im Herbst 1895 im Unterstützungsverein, fand aber, daß sie seitdem launenhaft und barsch behandelt wurde. Sie ließ deshalb dem Teschow ihr Mitgliedsbuch vorlegen, um ihm zu beweisen, daß sie die Mitgliedschaft durch Nichtzahlung der Beiträge aufgegeben habe. Seitdem war Teschow freundlich, so daß sie ihm sogar Spargeld zum Aufheben gab. Er redete ihr auch zu, dem Hirsch-Dunder'schen Verein beizutreten, die Zeugin that es aber nicht. Als Teschow hörte, daß die Zeugin wieder in den Unterstützungsverein eingetreten sei, sagte er: „Holen Sie sich Ihr Spargeld und tragen Sie es zu den Hutmachern.“ Bald darauf erhielt Fräulein Knopf die Kündigung. Sie war überzeugt, daß dies nur seinen Grund in ihrem Beitritt zum Unterstützungsverein habe, und hielt dem Teschow vor, weshalb gerade sie gekündigt würde, die anderen wären doch auch im Verein. Teschow erwiderte: „Die kommen auch alle, eine nach der anderen ran.“ Diese Kündigung nahm Teschow später zurück, als sämtliche Arbeiterinnen ihn daten.

Seit fast alle Arbeiterinnen im Unterstützungsverein waren, änderte Teschow seinen Ton völlig. Er schimpfte bei jeder Gelegenheit, duldete nicht mehr das kleinste Gespräch und wurde auch viel peinlicher bei der Abnahme. Damit hatte die Klägerin Hundertmark zu thun. Bis dahin hatte diese keine Fehler im Gespinnst immer ausgebeffert, jetzt erklärte sie die Arbeit auch bei dem geringsten Mangel für unbrauchbar und verwarf alles. Teschow eiferte sie dazu an.

Frau Kottwitz befähigt, daß, als die Arbeiterinnen in den Unterstützungsverein eingetreten waren, die Hundertmark gesagt habe, sie dürste jetzt keinen Hut mehr ausbessern. Solange die Zeugin nicht im Unterstützungsverein war, wurde ihre Arbeit immer für gut gehalten, nur selten mal ein Hut als unbrauchbar verworfen; seit sie aber eingetreten war, verwarf die Hundertmark fast alles. Die Zeugin äußert sich ferner über einen Fall, wo die Hundertmark eine Arbeiterin angegriffen habe, weil sie in der Fabrik eine andere zum Beitritt zum Unterstützungsverein hätte bereuen wollen, während in Wahrheit das Gespräch sich um völlig andere Dinge gedreht hätte.

Neblich sagt eine ganze Reihe anderer Zeuginnen aus,

Der Arbeiter Moriz bekundet, daß Tschow ihn gefragt habe, ob er in den Unterstützungsverein eingetreten sei, worauf er ihm erwidert habe: „Meister ich frage Sie ja auch nicht, in welchem Verein Sie sind.“ Darauf habe Tschow gesagt: „Wenn Sie auch schon im Verein sind, so können Sie mit dem ganzen Verein nach Daldorf gehen, Sie als Direktor, schließen Sie aber den Vorstand nicht aus.“

Interessant für die wirtschaftliche Einsicht in gewissen Kreisen ist die Aussage der Arbeiterin Meißner, die ebenfalls im Unterstützungsverein war, jetzt aber wieder bei Gebr. Gattel arbeitet und auch aus dem Verein ausgetreten ist. Die Zeugin will von einer Ungleichmäßigkeit der Behandlung durch Tschow nichts wissen, dagegen sagt sie ziemlich stark gegen die Hundertmark aus. Auf Befragen des Verteidigers ergibt sich, daß die Hundertmark nicht mehr bei Gattel arbeitet. Der Verteidiger fragt die Zeugin, weshalb sie jetzt wieder aus dem Unterstützungsverein ausgetreten sei, worauf die Zeugin erwidert: „Ich habe den Verein ja nicht mehr nötig, ich habe ja jetzt wieder Arbeit.“ Dies naive Bekenntnis rief einige Heiterkeit hervor.

Rechtsanwalt Sonnenseld beantragte die Bestrafung des Angeklagten; der Verteidiger Rechtsanwalt Heine vertrat die Ansicht, daß der Angeklagte gegen Tschow nichts gesagt habe, was er nicht in Wahrung der berechtigten Interessen des Vereins habe sagen dürfen und müssen. Zweifelloß habe Tschow die Arbeiterinnen tyrannisiert und chikanirt, um sie für ihren Eintritt in den Unterstützungsverein zu steuern und sie zum Austritt zu zwingen. Bei der Hundertmark sei ebenfalls der tatsächliche Gehalt des Artikels erwiesen, doch liege da eine formelle Verleumdung vor.

Das Gericht erkannte, daß die inneren Absichten, die Tschow bei seinem Vorgehen verfolgt habe, zwar nicht genau festzustellen seien, doch spräche der Schein sehr gegen ihn. Der Angeklagte hätte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, immerhin lägen formelle Verleumdungen vor, für die 30 M. Geldstrafe angemessen wären.

Die Gerichtsverhandlung hat das Verdienst, daß sie die bekannten Praktiken der Hirsch-Lunder'schen Aushalter in einem ganz besonders effektanten Fall aller Welt offenbart hat. Zur Ehre der Arbeiterkraft muß gesagt werden, daß die Zahl der braven Werkereinträger trotz aller Protektion mancher Unternehmer im Verhältnis zur Gesamtmasse verschwindend klein geblieben ist. Gerichtsverhandlungen wie diese werden dazu beitragen, daß der Abscheu vor solchen „Organisationen“ sich selbst manchem Anhänger derselben mittheilt.

Gerichts-Beitrag.

Die Polizei gegen anständige Arbeiter. Wegen Gefangenenbefreiung war der Hutmacher Schulze, einer der Ausgesperrten der Gattel'schen Hutfabrik, zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Die Sache, die neuerdings in der Berufungsinstanz zur Verhandlung kam, lag folgendermaßen: Die gewöhnlich bei Arbeiterausständen verwehrt die Polizei den Ausgesperrten den Aufenthalt in der Nähe der Fabrik. Selbst einem Gutarbeiter Peiß, der in einem benachbarten Hause wohnte, wollte der Schuhmann Schwanebeck nicht gestatten, daß er sich an seiner Haustür aufhielt, und als Peiß dieser Weisung nicht nachkam, verhaftete er ihn. Wie Peiß behauptet, wurde er durch Schwanebeck aus dem Hause herausgerissen. Schwanebeck packte den Peiß fest und ging mit ihm davon. Diese Behandlung erregte allgemeinen Unwillen, und der Angeklagte Schulze rief dem Schuhmann zu: „Lassen Sie den Mann doch los, der geht ja freiwillig mit.“ Nun wurde auch Schulze zur Wache geführt, und nach einiger Zeit erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß er einen Versuch gemacht haben sollte, Peiß zu befreien. Der Schuhmann Schwanebeck beschwor, der Angeklagte hätte den Peiß am Arme gefaßt und versucht, ihn loszureißen, auf Befragen gab er jedoch zu, daß er nicht wisse, ob Angeklagter wirklich „gerissen“ habe, er hätte nur Schulze's Arm auf dem des Peiß gesehen, und zwar nur einen Augenblick. Der Kermel sei aber nachher zerrissen gewesen. Peiß selber erklärte bestimmt, nicht einmal eine Berührung des Schulze gefühlt zu haben, jedenfalls sei es unmöglich, daß dieser ihn fest angefaßt habe; den Kermel habe ihm aber der Schuhmann zerrissen, als er ihn aus dem Hause herausgerierte. Noch einige andere Zeugen betonten, daß der Angeklagte gerufen hätte, Peiß werde freiwillig mitgehen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine beantragte darauf Freisprechung und erklärte, daß die Anklagen wegen verführerischer Gefangenenbefreiung sich neuerdings zu einer Art Gegenstück zum „groben Unfug“ herauszubilden schienen. Die Prokuratur der Schutzleute sei in diesem Falle so weit gegangen, daß sie Gesperrte gefangen hätten, denn wie solle man an einen Befreiungsversuch durch körperliches Anfaßen glauben, den der angeblich zu Befreiende selber nicht gespürt habe. Wenn Schulze wirklich eine unwillkürliche Bewegung gemacht haben sollte, so hätten doch die Schutzleute aus den Worten, die er dabei sprach, entnehmen müssen, daß es ihm auf nichts weniger angekommen sei, als auf Befreiung des Peiß von der Verhaftung. Habe er ihm aber nur eine würdige Behandlung verschaffen wollen, so sei das nicht strafbar. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Verurteilung, das Gericht konnte aber nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Schulze sich strafbar gemacht habe, und sprach ihn frei.

Eine wichtige Entscheidung, die Steuerpflicht der Konsumvereine betreffend, hat der II. Senat des Oberverwaltungsgerichts gefällt. Der Konsumverein „Biene“ in Schönebeck, eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht, war für das Steuerjahr 1896/97 zur Gemeindesteuernsteuer herangezogen worden. Er legte Einspruch ein und verlangte seine völlige Freistellung von der Steuer, weil er als Konsumverein nicht steuerpflichtig sei. Der Einspruch wurde zurückgewiesen und in den Gründen besonders betont, daß der Verein einen offenen Laden halte. Die Klage des Vereins hat nunmehr das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz endgültig zurückgewiesen. Es ging von folgenden Erwägungen aus:

Eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, hätten nach § 33 Ziffer 3 des Kommunalabgaben-Gesetzes Steuern zu zahlen. Hiernach sei jeder Konsumverein, der einen offenen Laden halte, zur Steuer verpflichtet, da er als eine der genannten Genossenschaften anzusehen sei. Ein offener Laden sei eine Verkaufsstelle, in der die Verkäufer an die Eintretenden im Kleinvertrieb von den vorhandenen Waaren ohne vorherige Bestellung abgeben, und zu der kein physisches Hinderniß den Eintritt verwehrt. Sollte eine Verkaufsstelle eines Konsumvereins nicht als offener Laden angesehen werden, dann müßten Einrichtungen geschaffen werden, die vorerst dem freien Eintritt eines jeden entgegenstehen und die den Eintritt von Nichtmitgliedern unbedingt ausschließen. Hierzu genügen nicht Erklärungen des Konsumvereins im Statut, daß nur an Mitglieder verkauft werde, ferner nicht Bekanntmachungen in den öffentlichen Blättern, Tafeln und Plakate vor oder in dem Laden, durch die Nichtmitgliedern der Zutritt untersagt werde. Dadurch allein würde die allgemeine tatsächliche Zugänglichkeit des Geschäftsortes nicht beseitigt werden, worauf es allein ankomme und wozu ein körperliches Hinderniß erforderlich sei. Um dem Laden die Eigenschaft eines „offenen“ zu nehmen, müsse man ihn regelmäßig verschlossen halten, so daß jeder, der eintreten wolle, sich erst melden müsse; und außerdem sei notwendig, jedem den Eintritt in das Geschäft zu verweigern, der für Nichtmitgliedern Einkäufe machen wolle. In dieser Weise seien aber die Geschäftsleiter vom Konsumverein „Biene“ nicht verfahren. — Diese Entscheidungsgelände klingen geradezu unglücklich. Sie legen die Frage nahe, ob der Konsumverein etwa diverse handfeste Kerle anstellen soll, die, mit Gummischläuchen bewaffnet, den Nichtmitgliedern den

Zutritt wehren. Und wie soll der Verein diejenigen Mitglieder erkennen, welche die geheime Absicht haben, für Nichtmitglieder Waare einzukaufen?

Versammlungen.

Professor L. Quidde aus München hielt am Donnerstag vor einer von wenigstens 1000 Personen besuchten Versammlung im Keller'schen Saale einen Vortrag über „Majestätsbeleidigungen“. Auch diesmal ging es nicht ohne polizeiliches Einschreiten ab. Unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung, die als eine solche des „Bayerischen Arbeitervereins“ angemeldet war, löste der überwachende Beamte dieselbe auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes auf, weil dies nicht eine Vereins-, sondern eine öffentliche Versammlung sei. Die Anwesenden verließen den Saal und bewegten sich kurze Zeit auf der Straße, wo ein starkes Aufgebot von Schutzleuten postiert war, kehrten aber bald darauf wieder in den Saal zurück, um einer später angeordneten öffentlichen Versammlung beizumohnen, die denn auch ohne Zwischenfall zu Ende geführt wurde. Professor Quidde, mit stürmischem Applaus und Hochrufen begrüßt, ging zunächst auf die Einseitigkeit des Begriffs der Majestätsbeleidigung im alten Rom ein, sowie auf den Uebergang dieses Begriffs ins deutsche Recht. Noch heute — so meinte der Redner — sei die Verfolgung der Majestätsbeleidigung eine ebenso aufgeblühte, wie zur Zeit des Tiberius. Nur die Strafen trügen, entsprechend der Milderung der Sitten, nicht mehr den grausamen Charakter wie damals. Politische Neuschöpfungen, die sich mit der Person des Monarchen gar nicht beschäftigen, sowie die Beleidigungen der Vorfahren des Herrschers suche man zu lassen, und das Denunziantentum stehe auch heutzutage in üppiger Blüthe. Freilich sei es nicht in allen Staaten so wie bei uns, wo man annehme, daß der Schutz des Regenten vor Beleidigungen im Interesse der Monarchie liege. In England, wo die Königin nicht durch Majestätsbeleidigungs-Paragrafen geschützt sei, stehe die Monarchie fester als anderswo. Nun wären ja bei uns die Verhältnisse anders wie in England. Die konstitutionelle Auffassung, daß der Monarch außerhalb des Parteigetriebes stehe und deshalb nicht in die politische Debatte gezogen werden dürfe, treffe bei uns nicht zu, denn in vielen Fällen werde hier die Politik durch die Person des Monarchen bestimmt. Das brauche durchaus nicht bedauert werden. Im Gegenteil; es sei erwünscht, daß der Monarch mit seiner Meinung hervortrete. Man solle da nicht schreien über Verletzung des konstitutionellen Prinzips, sondern auch dem Volke das Recht geben, seine Meinung frei zu äußern und gegebenenfalls die Anschauungen des Monarchen zu kritisieren. Das sei jedoch heute nicht möglich, ohne daß man mit dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen in Konflikt komme. Dies hindere uns auch, den Hyazinthus, der sich in unverwundbarer Weise breit macht, zu bekämpfen. Aus diesen Gründen fordert der Redner die Abschaffung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Er glaubt jedoch, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine solche nicht zu denken ist und empfiehlt daher als nächstliegende Ziel der praktischen Politik, daß die Verjährungsfrist für Majestätsbeleidigungen bedeutend herabgesetzt werde, und nur öffentliche Beleidigungen des Monarchen, und zwar nur auf seinen Antrag verfolgt würden. Ferner sei zu verlangen, daß die Majestätsbeleidigungen nach denselben Grundsätzen definiert würden, wie private Beleidigungen, auch müsse bei Majestätsbeleidigungen der Antritt des Wahrheitsbeweises zulässig sein. Wenn man aber meine, daß der Monarch ganz besonders geschützt werden müsse, dann gebühre derselbe Schutz auch den anderen konstitutionellen Faktoren. Der Redner tritt zum Schluß für Verweisung der politischen Vergehen von den Schwurgerichten und für Wahl der Richter durch das Volk ein, da sich die heutigen Verhältnisse als Repräsentanten der Staatsgewalt fühlen und auch die heutigen Schwurgerichte nur Klassenorgane seien, von denen die Arbeiterklasse, welche die politische Führung übernommen habe, ausgeschlossen sei. Dem zweistündigen Vortrage folgte langanhaltender Beifall.

In der Diskussion bemerkte Adolph Hoffmann, die von dem Vortragenden aufgestellten Forderungen würden die Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung auch nicht herabmindern, denn wo das Gesetz nicht ausreicht, werde die Auslegungslust nachhelfen. Herr Quidde sehe wohl mit seinen Anschauungen so ziemlich allein in den bürgerlichen Kreisen da. Der Männerklub vor Königs-Thronen sei in den Kreisen des bürgerlichen Liberalismus längst geschwunden. Wie gering der Anhang der bürgerlichen Demokratie sei, beweise der Umstand, daß der größte Theil der hier im Saale Anwesenden zur Sozialdemokratie gehöre. (Der diesen Ausführungen geollte Beifall ließ erkennen, daß der Redner die Versammlungsbefucher richtig beurteilt hatte.) Herr Quidde werde mit seinen Anschauungen bald allein stehen, oder zur Sozialdemokratie übergehen müssen, denn nur diese Partei vertrete seine Forderungen. Demgegenüber fährt Prof. Quidde aus, er werde die Gegenstände, welche zwischen seiner Richtung und dem Freisinn bestehen, nicht hervorheben, zweifelloß gebe es aber Berührungspunkte zwischen den Anschauungen der äußersten Linken bis etwa zu denen des Prinzen Karolath. Für die Fehler der Freisinnigen dürfe man aber die Volkspartei nicht verantwortlich machen. Wir glauben — so schließt der Redner — diejenige Partei zu sein, welche die Schlafenden und Halbtothen im Bürgerthum wieder erweckt. Die Manterung, welche Sie (die Sozialdemokraten) nach dem Sozialistengesetz trotz Ihrer Ablehnung doch durchgemacht haben, läßt uns hoffen, daß wir auch in Ihren Reihen Verständnis finden werden. Ich bin so wenig Parteimann, daß es mir ganz egal ist, ob wir zu Ihnen, oder Sie zu uns kommen. Unser Ziel ist eine starke Volkspartei, die sowohl für politische, wie für wirtschaftliche Freiheit eintritt.

Der Verein der Zimmerer hielt am 18. Oktober eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Kassirer verlas zunächst die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme inklusive alter Bestand betrug 3884,12 M., die Ausgabe beläuft sich in diesem Quartal auf 548,20 M., mithin bleibt ein Bestand von 3335,90 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und dem Kassirer wird hierauf Decharge erteilt. Nummer gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Thätigkeit im letztverfloßenen Geschäftsjahr. Er fordert, obwohl die Mitgliederzahl gestiegen ist, zu noch regerer Agitation für den Verein auf. Im Anschluß hieran stattet die Rechtschyn-Kommission, sowie die Jehner-Kommission ihren Bericht. Die Jehner-Kommission beantragt, 28 Mitglieder, die während des Streiks bei gesperrten Firmen gearbeitet haben, auf ein Jahr aus dem Verein auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen. Die Jehner-Kommission wurde, da sie ihren Zweck erfüllt hat, aufgelöst. Die sodann vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Obst. 2. Vorsitzender: Krause. 1. Kassirer: Schaffer. 2. Kassirer: Alte. 1. Schriftführer: Wäch. 2. Schriftf.: Liebenau. Zu Revisoren wurden Hugo Lehmann, Klammann und Kiebschlager, zu Kontrolloren Guttman und Mizwily und zum Bibliothekar Ebert gewählt. Die Rechtschyn-Kommission besteht aus Julius Kottlow und Pöster. Die nunmehr verlesene Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberfluß von 99,25 M. Wegen der vorgeordneten Zeit wurden verschiedene Anträge zurückgestellt und die Versammlung geschlossen.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein hielt am 19. d. Wts. seine Generalversammlung ab, in der Frau Rohrlack in einem interessanten Vortrag über das Thema: „Die Frauenarbeit in der heutigen Großindustrie“ referirte. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner und wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung die Mitglieder per Karte einzuladen. Die Mitglieder werden ersucht, ihren etwaigen Wohnungswechsel beim Kassirer anzuzeigen.

Der Fachverein der Bilderrahmenmacher hatte am 19. d. M. eine Generalversammlung abgehalten. Dem Verein sind im letzten Halbjahr 15 neue Mitglieder beigetreten und zeigt der Kassenabluß einen erfreulichen Fortschritt der Organisation. Zur Erledigung stand die Wahl des Vorstandes, die folgendes Resultat ergab: Dumast erster, Peters zweiter, Vorsteher; Brüll erster, Weinböfer zweiter Schriftführer; Lüttge Kassirer. — Am Sonntag Vormittag findet eine öffentliche Versammlung statt.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Zentrale II) hielten am 20. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen der Zentrale II zum Anschluß an den Holzarbeiter-Verband? entspann sich eine sehr rege Diskussion. Die Ausführungen gingen dahin, daß durch den Anschluß die Organisation gestärkt und im Falle eines abermaligen Streiks ein geschlossenes Vorgehen mehr Aussicht auf Erfolg habe. Falls eine Vereinigung der Verbände stattfindet, wird auch die Agitation eine regere, und würden die noch fernstehenden Kollegen mit zum Kampfe für ein menschenwürdiges Dasein herangezogen. Einige Redner konnten sich für den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband nicht recht erwärmen und bemerkten, daß unter den Tischlern der Holzzeit sehr vorberühmt, der Maschinenarbeiter sozusagen als ihr Vorkämpfer betrachtet werde. Sodann wurde auch die Leitung des Arbeitsnachweises in Frage gestellt. Dem gegenüber wies man darauf hin, daß der Nachweis allerdings einer Zentrale unterstellt, jedoch für Tischler und Maschinenarbeiter in Spezialfächer eingetheilt werden müsse. Da ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt wurde, ließen die Versammelten den Wunsch laut werden, daß die Verbände beider Zentrale in einer kombinierten Sitzung das weitere beschließen mögen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom dritten Quartal; dieselbe ergab: Einnahme: 125,20 M., Bestand vom zweiten Quartal 103,94 M. Davon wurden an die Hauptkasse gefaßt 69,40 M., die Ausgaben der Zentrale betragen 47,55 M., bleibt Bestand 112,19 M. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Des weiteren wurden auf Antrag dem Vertrauensmann 10 M. bewilligt und die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag vormittag 9 Uhr im Alten Schützenhaus, Liniensir. 5, eine öffentliche Versammlung stattfindet. Betreffs der an die Kollegen der Firmen Hecker, Bölsch und Reichelt ergangenen Einladungen wurde festgestellt, daß von Reichelt niemand erschienen war.

Eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes tagte am Mittwoch in Cohn's Festsaal. Dieselbe erörterte die Frage einer wirksamen Agitation in denjenigen Werkstätten, in welchen die Tischler u. dem Deutschen Holzarbeiter-Verband noch indifferent gegenüber stehen. Eine Anzahl von Rednern besprach die überaus schwierige Arbeit der Werkstättenagitation. Die zu dieser Aufgabe gewählte Kommission läßt sich keine Mühe verdrängen, auch die juristischbedenklichen Elemente zu überzeugen. Unter den heutigen Verhältnissen, wo jeder Unternehmer nur das Bestreben hat, durch Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter sich selbst eine bessere Existenz zu gründen, müsse der Arbeiter sich schützen, um sich eine bessere Bezahlung und Behandlung sichern zu können; diesem Zweck dient die gewerkschaftliche Organisation. Es wurden die verschiedensten Vorschläge für eine wirksamere Agitation gemacht. In den Bezirksversammlungen sollten mehr denn bisher gewerkschaftliche Vorträge gehalten werden und die Arbeiter in den zurückgebliebenen Werkstätten durch Flugblätter zu solchen Versammlungen eingeladen werden. Ferner wurde von mehreren Vertrauensmännern betont, daß es Pflicht und Aufgabe der Vertrauensmänner sei, in der Werkstätten darauf zu sehen, daß sämtliche Kollegen dem Verbande angehörten und auch allmählich die Verbandbeiträge bezahlt werden. Besonders sei es zu empfehlen, daß die Kollegen jeder Werkstätte von Zeit zu Zeit in ihrem Verkehrslokal zusammenkommen, den Bericht des Vertrauensmannes entgegen nehmen und sich über die Preise und Verhältnisse in der Werkstätte wie im Gewerbe unterhalten. Bei Maßregelungen der Vertrauensleute sei es selbstverständlich, daß die Unterstützung durch den Verband eintreten müsse. Die Unternehmer, die sich rüsten, um die im Frühjahr errungene Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohn-erhöhungen wieder rückgängig zu machen, müßten durch die Einigkeit der Kollegen einsehen lernen, daß die Organisation ein nicht zu überschätzender Machtfaktor im wirtschaftlichen Kampfe sei. Die Versammlung überwieß schließlich die gemachten Vorschläge der Ortsverwaltung, damit dieselbe auf Grund dieser Vorschläge die Agitation nachdrücklicher gestalte. Die Ueberarbeit, welche in letzter Zeit in einer Anzahl Werkstätten Platz gegriffen, soll entschieden bekämpft werden. Denjenigen Kollegen, welche infolge dessen gemahregelt werden, genährt die Organisation Unterstützung. Ferner wurde beschlossen, die Kollegen der Bauwerkstätte Koll, Demminerstr. 7, die die Arbeit mit Zustimmung der Kommission niedergelegt, weil Abzüge gemacht wurden, zu unterstützen. Generell wurde beschlossen, daß dort, wo wegen Abzüge die Arbeit eingestellt werden müsse, die Kollegen, soweit sie dem Verband angehören, vom ersten Tag der Arbeitseinstellung an unterstützt werden sollen. Einige Werkstätten-differenzen, welche in den letzten Wochen stattgefunden und zu Gunsten der Arbeiter geregelt sind, brachte der Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-10 Uhr: Schulung. Waldemarstr. 14. Nationalökonomie (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftssysteme. Entwicklung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Theorie des Werts und des Ueberschusses). Herr Dr. Conrad Schmidt. — Nordstraße, Brunnenstraße Nr. 25: Natur-erkenntnis. Antike und moderne Naturbeobachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weltbild und biblische Uebersetzung. Die Enttöpfung der Erde aus ihrer vorerzogenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Menschen in das Naturganze (Lamarck-Darwin). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Naturerkenntnis. Herr Dr. C. Jost.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends geöffnet.

Arbeiter-Hausverein Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ab. Mannmann, Vorkassirer S. Alte. Beratungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Korum, Montanstr. 19, 0. 2 Tr.

Arbeiter-Hausverein Berlin und Umgebung. Beratungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Grund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Jede Aufzählung, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 a.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Oktbr., vorm. 8 1/2 Uhr. Festgottesdienst: „Der Jhesusgehalt des Paulus“ Referent: Herr Julius Lurt. 2. In den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag: „Die Bedeutung Platons für die deutsche Literatur“ Referent: Herr Heinrich Schulz. Darauf: Gesellschafts-Besprechungen.

Vergnügungsklub „Schwad“. Jeden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Sitzung. Nachdem die Bibliothek, Straußbergstr. 4 bei Wöll.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgebung. Jahrbuch 6. Jahrgang. Sonnabend von 7 bis 9 Uhr abends bei Julius, früher Riermann, Stenographenstr., an den übrigen Wochentagen und Sonntags bei Karl Schulz, Villa Pölsch, Jahrbuch.

Allgemeine Kranken- und Sterbende der Metallarbeiter. (S. S. Nr. 29, Zentrale Kammelsburg.) Deuts. abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Burgard, Konstr. 44. Mitglieder-Versammlung.



Hüte Parteigenossen!
 nur mit [58422]
Hüte Kontrollmarke,
 Schirme, Stöcke, Kravatten.
 Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2,
 Ecke Thalitzerstr. 2.

Möbel, Spiegel,
 Polsterwaren
 Waare.
Franz Tutzauer
 Tischlermeister, Büchelerstr. 14.
 Ganze
 Wohnungs-
 Einrichtungen in
 Nussbaum u. Mahagoni
 zu soliden Preisen. ☞

Weihnachts-Ausstellung
 verbunden mit grossem
Weihnachtsmarkt
 vom 1. bis 31. Dezember d. J.
 im
Messpalast, Alexandrinenstrasse 110.
 Anmeldungen werden im Büro des Messpalastes
 Zimmer No. 16 part. vorm. 9-1 und nachm. 3-7 entgegengenommen

Total-Ausverkauf
 zu außerordentlich billigen Preisen
 wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.
 Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken,
 Möbelstoffe (Reste), Wäsche, Corsets, Trikots,
 Tücher, Hemdentuch, wollene Tücher,
 Herrenwesten, Velleringen, Taschentücher, Hand-
 schuhe, Strümpfe etc.
Amandus Wronkow
 Oranienstrasse 162 zwischen Moritz-
 und Oranienplatz.

Cirka 10300 Stück
Zug-Harmonika's
 mit meiner in verschiedenen Ländern
 patentirten,
 in Deutschland patent-
 amtlich geschützt
 unter D. R. G. M. W.
 47483 eingetragenen
 und von mir leicht
 erfindbaren Klarinet-
 tur mit Spirals-
 Tasten-
 führungsbild
 bereits seit
 3 Monaten
 (Mol. Juni,
 Juli 1896) ver-
 kauft! Nicht eine
 Reklamation
 wegen Bruch
 oder Schaden
 werden mel-
 der wegen
 Tasten-
 bewegung ist in
 dieser Zeit
 eingegan-
 gen. Ich
 garantiere
 nach wie
 vor 10 Jahre für diese Harmonika's!



1000 Mark!!
 Ich habe denjenigen Fabrikanten oder Händ-
 lern, welcher mit den Harmonika's erbsitzt, doch
 er die gleiche Anzahl Zug-Harmonika's in
 dem oben angegebenen Zeitraum an Ver-
 käufe abgibt hat. Ein weiterer Beweis für
 die Brauchbarkeit meiner Instrumente wird
 dadurch überflüssig; Jedermann wird die
 Überzeugung gewinnen, daß man im größten
 Geschäfte in der Regel auch am besten und
 billigsten kauft!
 Für nur 5 Mark 70 Pfg.
 sende ich meine bekannten, vorzüglichen
 Instrumente mit obiger vollständig ge-
 schützten Fehrerung versehen. Jedes mit
 10 Registern, 10 Tasten, 40 dreifach mit
 2 Klappen, 2 Ventilen, offener Klappen-
 atur mit einem breiten Mundstück, unregt,
 guten Harten Holz mit 2 Doppelklappen, 2
 Ventilen, festesten Falten, mit Stahl-
 schrauben und bestmöglichen Metallteilen.
 Größe dieses Instrumentes 35 cm.
 Dasselbe Instrument 3-tönig mit 3 Re-
 gistern Nr. 750. Dasselbe Instrument 4-tönig
 mit 4 Registern Nr. 850. Verpackung
 und Selbstlernmethode umfasst Porto 80 Pfg.
 Man bestelle beim Erfinder **Heinr. Suhr**
 in Neuenrade.



An den Fingern
 abzuzählen ist der
 Vortheil, wenn man
 beim
Grossisten
 kauft

Unsinn!
 Es ist viel Geld für Güte ausgegeben,
 man erhält auch zu billigen Preisen
 gute und elegante Sachen, z. B.:
 Knabenfilzhüte von 1.- M. an
 Herrenfilzhüte 1,50 " "
 Cylinderhüte 4.- " "
 Haarfilzhüte 4,80 " "
 Chapeau claque, Plüsch-Hüte,
 Loden- u. Jagdhüte enorm billig
 im Einzelverkauf
 bei **Arnold & Eggert,**
 Gut-Engroskäufer,
 Waldemarstr. 44, part. rechts
 im Komptoir. Kein Laden.
 Nur moderne Waare in großer
 Auswahl.

Herren-Hüte enorm billig.
 Nur neueste Façons in allen Farben,
 vollständig fehlerfrei,
 giebt einzeln ab die Fabrik zu folgenden Preisen:
 Steif 1,90-2,90-2,50-3,00 M.
 Weich 1,00-4,00 M.
 Daarhüte 4,80-6,00 M.
 Zylinder-Hüte 4-11 M.
 6008L*
 im Komptoir **Grüner Weg 2, I. a. d. Zifflandstraße.**

Damenhüte
 und **Kinderhüte**, garnirt und ungarnt, sowie
 sämtliche Hutartikel empfiehlt in größter Auswahl
 zu billigsten Preisen
 172L*
**Th. Sabor, Oranienstr. 204 (zwischen Heinrichsplatz
 und Mautensfelstraße.)**

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,
 achten alten Nordhäuser Biter Nr. 1, 1/2 L. M. 0,50,
 extra alte Waare 1,40, " " 0,70.
 Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Künstl. Zähne.
 F. Steffens, Rosenhägerstr. 61, 2 Tr.
 Zehnjahrling pr. Woche 1 M.

Herren-Hüte 65 Pf.
 Bessere Hüte, enorm billig,
 verkauft aus der Fabrik
 im Komptoir 3243b
Barnimstr. 45.
 Kasanien-Allee 101.

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Hippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
 5028L*
H. F. Dinlage,
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

Hauschlächter für
 Restaurateure u. Private empfiehlt sich
 A. Nöcker, Fleischermeister,
 Münchebergerstr. 11, 1 Tr.

Damen-Mäntel!
P. Göing, Dresdenerstr. 127, 3. Etage.
 (Fabrikpreise.) 960b
 Elegante Fadels, nur neueste Façons,
 von 9-18 in allen Farben vorräthig.
 Kragen, Röder, Regenmäntel. An-
 fertlg. nach Maß ohne Preisauflage.
 Gute rothe Bartoffeln verkaufe ich
 bis Montag 4 Uhr. 2 Mk., Stralau,
 Dorfstr. 14 am Wasser.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Zehnjahrling
 wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
 ziehen, Zahnreinigen, Herabdrücken bei
 Bestellung unsonst.
Gudel, Bauhüserplatz 2, Gasserstr. 12,
 Steglitzerstr. 71, I.

Paster's
Gesellschafts-Säle
 Neue Königstrasse 7.
 Säle von 100-400 Personen
 mit Garten für Festlichkeiten und
 Versammlungen. 5018L*

Cösliner Hof,
 Cöslinerstr. 8.
 Jeden Mittwoch und Sonntag:
 Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Entree frei.
 Anfang Mittwoch 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
 Saal (1000 Pers.) an Vereine u. zu
 Festlichkeiten zu vergeb. 2 heizb. Regelb.

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig.
 1 Stück Lanolinseife und ein reines
 Handtuch liefert ich f. 10 Pf. p. Woche.
 Handtuch-Verleih-Institut L. Figner,
 1222* Neue Königstr. 17.
 Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
 Oranienstr. 30, Ecke Koalbertstraße.
 Gr. Lager aller
 Arten Lederwaren
 und Schmucksachen
 zu billigsten Preisen.
Albums
 in Plüsch oder Leder
 M. 3,-
Die Staffelei
 M. 3,-

M. J. Hahlo,
 Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.
 Patentnachsichtung und
 Verwerthung. [58249*]
 Rath, Ankauf und
 Konserven kostenlos.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande

Reell und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-
 fabrik von W. Hirschke, gegründet 1872,
 Thalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
 am Kottbusser Thor. 50152*

Jede Uhr
 repariren u. reinigen kostet
 bei mir unter Garantie des
 Gutgehens nur 1 M. 50 Pf.
 außer Bruch, kleine Reparaturen
 billiger. Großer Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regula-
 toren und Wecker, alle Arten Ketten,
 sowie Brillen und Pinzetten.
Carl Lux, Uhrmacher,
 35, Chaussee-Strasse 35.

Harmonika, Violinen,
 Zithern
 in nur
 besten Qualitäten kaufen Sie sehr
 vortheilh. v. **Paulus & Kruse**
 Markneukirchen 189. Rat. gratis.

Cohn's Hosensabrik
 und **Reiserhandlung**
 befindet sich nicht mehr Pallisadenstr. 7
 sondern nur 5923L*
Pallisadenstr. 3.

Meine Fabrikate
 sind weit bekannt als gut
 und billig!

Rom. Nickel M. 6.-
 Silber 800/1000
 Goldr. M. 10.-
 Ancro Spir. Breguet
 15 Stein. M. 16.-
 mit 16 Stein., 1 Chäton,
 System Glashütte
 M. 20.-

Wecker, leuchtend M. 2.70
 Regulatur 1 Tag Geh- u. Schlagw. M. 8.50
 Regulatur 10 Tg. Geh- u. Schlagw. M. 12.-
 Illustr. Preiskourant über Uhren, Ketten,
 Wecker, Regulature, Gold- u. Silber-
 waaren gratis u. frko. Nicht Passend
 wird umgetauscht oder der Betrag zurück-
 erstattet.

Eug. Karecker, Uhren-
Fabrik,
 Lindau i. B., Nr. 47, früher Constanz
 2 Jahre Garantie!

Fruchtweine
 Johannisbeerwein, weiß und roth, Stachel-
 beerwein, Preiselbeerwein 1/2 l. (4 Str.) 1/2 M.
 à Liter 1 Mark etc.

pro Glas.
10
 PENNIE.
 1/10 Liter.

Kosthülle der Berliner Groß-Debitantur
 Berliner Gouvernements-
 steier, Eisenbahn-Geldscheine, Marine-Kassenscheine.
Eugen Neumann & Co.
 Detail-Verkaufsstellen:
 Belle-Alliance-Str. 98, Oranien-
 str. 190, Gendarmenstr. 29, Potsdam: Böder-
 str. 7, Charlottenburg: Kaiser Friedrich-
 str. 48.

Beachtenswerth für Schneider!
 Sonnabend: Resterverkauf.

Angug- u. Dalerstoffe.
Brenner & Cie.
 Alte Jakobstrasse 57/59.

W. Winkler
 Gerichtstr. 18,
 früher Reinickendorfer-
 str. 2g.
 Uhren- u. Goldwaaren-
 Verkauf. Reparaturen.
 Musikinstrumente, Spottbill, verkauft,
 Rosenthalerstr. 4, 3 Tr. I. Bildhauer.

Deutsche Schuh-Fabrik
Erfurt

liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
 in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
 den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
 und
Rosenthalerstr. 63/64
 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
 München, Sendlingerstraße 10.
 Dachauerstraße 89.
 Landsbergerstraße 7.
 Frankfurt a. M., Diebsrauen-
 berg 28.
 Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
 Köln a. Rh., Eigelstein 88.
 Bremen, Faulenstraße 75.
 Hannover, Klagenmarkt 7a.
 Hamburg, Bergstraße 8a.
 Leipzig, Beierstraße 87.
 Braunschweig, Döbe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten
 Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und
 Qualität zufriedengestellt. - Unser Geschäftsgrundsatz ist:
 Geringer Verdienst, rascher Umsatz. - Jedem unserer
 Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
 Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,
 In der Bellealliance-Strasse bitte genau
 auf Nummer 98 zu achten. 5846L*

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Jede Dame spart Geld
 beim Einkauf von Damenmänteln!
 Winterjakotts 5-15,00, hochlegante Modelle in Kragen, Capes, Applicationen
 und Eideretten auf Seiden-Plüsch, Federkimmer, Seal, Eskimo, Astrachan
 10-45,00. Abendmäntel, auf Seide wattirt, mit echten Pelzbesätzen 8-30,00.
 Stoff-Abendmäntel 8-15,00. Den Rest Regenmäntel Gelegenheitsmänteln.
 und Golf-Capes 4-10,00. Steter Eingang von
Landsberger-Strasse 59, 1 Tr. (kein Laden).

F. Nahrstedt,
 45/46 Wrangel-Strasse 45/46
 Gediegene Auswahl in Kleiderstoffen.
 Besonders beachtenswerth für den Herbst sind:
 Wollene Kleider-Lamas. - Mühlhauser Warps.
 Zum Umzug: Gardinen, Bett- und Tischdecken.
 Ganze Ausstattungen in Wäsche.
 Fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.
 Wollene Westen und Trikotsagen.
Arbeitsanzüge für Mechaniker, Maler
 sowie für jedes Gewerk,
 auch nach Maß.